

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **8./9. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 27. August 2018

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz:	A. Steiner (GLP)
Protokoll:	A. Fatzer
Entschuldigt:	8. Sitzung: M. Sorgo (SP), F. Albanese (SVP) 9. Sitzung: G. Milicevic (Grüne) 8./9. Sitzung: P. Rüsche (SVP), Z. Dähler (EDU), Ch. Leupi (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokolle der 4./5. und 6./7. Sitzungen	
2.*	18.54 (DFI)	Kredit für die Bereitstellung von «Tageskarten Gemeinde»	R. Kappeler
3.	18.38 (DB)	Kredit von Fr. 375'000.-- für das Projekt Erschliessung «Im Link», Sulzerallee bis Seenerstr., Radweg (Investitionsbeitrag), Projekt-Nr. 11446	H.R. Hofer
4.*	18.73 (DSO)	Wiederkehrender Kredit für die bewachte Velostation am Hauptbahnhof Winterthur für die Jahre 2019, 2020 und 2021	R. Lüchinger
5.*	18.69 (DKD)	Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), T. Brüschi (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Wahlbüro-Organisation Winterthur	
6.*	17.7 (DKD)	Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Winterthur als Kulturhauptstadt Europas	
7.*	17.8 (DKD)	Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. «Free Piano» (Kultur näher zur Bevölkerung bringen)	
8.*	17.9 (DKD)	Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Entwicklung einer langfristigen Kulturmarke für Winterthur	

- 9.* 17.24 (DKD) Beantwortung der Interpellation M. Wenger (FDP), B. Konyo (SP), R. Dürr (Grüne/AL), K. Cometta (GLP/PP), M. Bänninger (EVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Aus- und Weiterbildung für Stadträtinnen und Stadträte
- 10.* 17.25 (DKD) Beantwortung der Interpellation M. Sorgo (SP) betr. Umgang und Prävention von stressbedingten Erkrankungen am Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung
- 11.* 17.26 (DKD) Beantwortung der Interpellation R. Keller (SP) und Ch. Baumann (SP) betr. Information über Einbürgerungsverfahren / Bürgerrechtserwerb
- 12.* 17.36 (DKD) Beantwortung der Interpellation Th. Leemann (FDP) betr. bessere Vermarktung des Tech-Umzuges in der Kommunikation für die Bildungsstadt Winterthur
- 13.* 17.39 (DKD) Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Mehrwert für Winterthur durch Studierende
14. 17.40 (DKD) Beantwortung der Interpellation K. Gander (Grüne/AL), Ch. Baumann (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. Umnutzung der ehemaligen Polizeigebäude
15. 17.41 (DKD) Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Standortmarketing erweitern auf BRICS Staaten
16. 17.42 (DKD) Beantwortung der Interpellation U. Hofer (FDP) betr. One-Stop-Shop – Konzept und Funktionsweise
17. 17.43 (DKD) Beantwortung der Interpellation I. Kuster (CVP), M. Wenger (FDP) und M. Zehnder (GLP) betr. Digitalisierung und Industrie 4.0
18. 17.44 (DKD) Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Bilden, Wohnen und Arbeiten in Winterthur
19. 16.120 (DSO) Beantwortung der Interpellation D. Oswald (SVP), A. Geering (CVP) und D. Schneider (FDP) betr. islamistische Einrichtungen und Extremismus in Winterthur
20. 17.10 (DSO) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren
21. 17.23 (DSO) Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich
22. 16.20 (DSO) Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter
23. 16.59 (DSO) Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär»

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Begrüssst alle zur Gemeinderatssitzung.

Für beide Sitzungen entschuldigt sind Pascal Rütsche, Zeno Dähler und Chantal Leupi. Nur für die 1. Sitzung entschuldigt sind Maria Sorgo und Franco Albanese. Verspätung angemeldet hat Silvio Stierli.

Speziell begrüssen möchte ich Dominik Siegmann, der neu unter uns ist, anstelle von Christoph Baumann. Herzlich willkommen.

Ebenfalls speziell begrüssen möchte ich unseren inoffiziellen 61. Gemeinderat, Stefan Erdös, der erst kürzlich seinen 90. Geburtstag feiern durfte, und fast immer auf den Zuschauerreihen sitzt. Es ist sehr schön, wenn sich Leute so interessieren für die Geschäfte bei uns in der Stadt. An die Adresse des Landboten: Vielleicht könnte man an dieser Stelle wieder einmal darauf aufmerksam machen, dass diese Ratssitzungen öffentlich sind und dass es vielleicht noch andere Leute gäbe, die auch gerne einmal hineinschauen würden. Ich kann das allen nur empfehlen.

Ebenfalls speziell begrüsse ich die KV-Lernenden aus dem 3. Lehrjahr, die ebenfalls hier sind.

Dann komme ich leider schon wieder zu einer Verabschiedung. Heute das letzte Mal im Rat sitzen wird Marcel Trieb. Er hat uns den Rücktritt bekanntgegeben und entsprechend verabschieden wir Dich heute. Marcel Trieb war von Mai 2014 bis Mai 2016 in der BÜK und von Mai 2016 bis heute in der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur.

Marcel, ich danke Dir für Deine Arbeit und wünsche Dir alles Gute. (Applaus)

Mitteilungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Während der Ratssitzung wird eine Liste im Umlauf sein, auf der man eintragen kann, wer ein Budgetbuch in Papierform haben möchte. Man hatte ja einmal beschlossen, dass man Rechnung und Budget und die Weisungen nur noch elektronisch erhält. Man hielt aber damals fest, dass man beim Budget eine Ausnahme macht für alle diejenigen, für die es bequemer ist, in einem Buch mit diesem Budget zu arbeiten. Also einfach ankreuzen, ob man das in Buchform möchte.

Auf den Tischen liegen noch Informationen von Stadtbuss. Es wurde letzte Woche gross angekündigt, dass es sehr grosse Veränderungen geben wird. Es ist der grösste Fahrplanausbau, seit es die S-Bahn überhaupt gibt, seit 1990. Es gibt einen sehr grossen Leistungsausbau ab diesem Dezember. Die wichtigsten Punkte sind in dieser Broschüre enthalten und ich dachte, das ist derart spannend, dass man gleich allen eine verteilen könnte.

Noch eine weitere Mitteilung: Die Einladung für das Sommertheater wurde verschickt. Die Anmeldefrist ist eigentlich abgelaufen. Wer aber unbedingt doch noch teilnehmen möchte, kann das heute Abend noch Jürg Bachmann melden.

Dringliche Interpellation

betr. Externe Persönlichkeiten im Stiftungsrat der Pensionskasse Winterthur (GGR-Nr. 2018.77)

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu den ordentlichen Traktanden. Als erstes würden wir die dringliche Interpellation behandeln, die von Seiten FDP eingereicht wurde. Urs Hofer, bitte.

U. Hofer (FDP): Ich spreche zuerst nur zur Dringlichkeit, das ist richtig? Die Begründung der Dringlichkeit ist ziemlich offensichtlich. Wenn wir vor der Wahl des nächsten Stiftungsrates (Neuwahlen sind nächstes Jahr, das haben wir gehört), vom Stadtrat hören möchten, was er sich für Überlegungen gemacht hat, dann ist nur mit einer Dringlichkeitserklärung möglich.

Vor diesem Hintergrund bitte ich alle Anwesenden, den Antrag auf Dringlichkeit zu unterstützen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir würden in dem Fall über diese Dringlichkeit abstimmen. Für das müssen wir zuerst ausmehren, denn es zählt das Mehr der anwesenden Personen. Entsprechend müssen wir herausfinden, wie viele im Rat sind. Ich bitte die Stimmzählenden, das zu erfragen.

Es sind 53 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte hier. Damit können wir abstimmen über die Dringlichkeit. Wer dem zustimmt, dass diese Interpellation dringlich überwiesen werden soll, soll das bezeugen durch Handerheben.

Das ist eindeutig, damit wäre die Dringlichkeit gegeben.

Wir gehen damit zum Inhaltlichen.

U. Hofer (FDP): Das Wichtigste aus unserer Sicht vorab: Mir oder der FDP geht es mit dieser Interpellation nicht darum, was geschehen ist. Es geht nicht darum, mit dem Finger auf den jetzigen Stiftungsrat zu zeigen und irgendwelche Vorwürfe zu machen. Es kann sein, dass wir im Rahmen der Sanierungsvorlage tatsächlich auch über die Rolle des Stiftungsrates in der Vergangenheit sprechen müssen, aber heute ist das für uns noch nicht das Thema, denn es geht eigentlich um strategische Entscheide und die sollte man nicht aufgrund von einzelnen Vorkommnissen treffen. Ich möchte deshalb alle bitten (so gut wie es überhaupt geht), sich auf der grünen Wiese Gedanken zu machen, wie optimale Corporate Governance aussieht und wie man optimalerweise einen solchen Stiftungsrat besetzen würde.

Meine Erwartung an einen Stiftungsrat (und das deckt sich eigentlich auch mit dem Anforderungsprofil, das im Internet zu finden ist): Vertrauensvolle, seriöse Persönlichkeit mit Lebenserfahrung und sonst Erfahrung, PK- und Anlage-Knowhow. Eine Persönlichkeit, die auch unabhängig ist und keine Interessenskonflikte hat, eine Persönlichkeit, die die zeitlichen Ressourcen hat.

Wir wissen, aktuell sind von den 5 Arbeitgebervertretern zwei Stadträte und zwei ihrer leitenden Angestellten. Das macht das Gros der Arbeitgebervertreter aus. Wenn man das versucht abstrakt zu beurteilen, habe ich folgenden Eindruck:

Vertrauenswürdigkeit und Seriosität traue ich jedem Stadtrat und leitenden Angestellten zu, egal von welcher Partei er ist, das ist kein Thema. Erfahrung – man bringt sicher wichtige Erfahrungsschätze mit als Stadtrat und als leitender Angestellter, die man einbringen kann, muss aber da schon sagen, Thema Erfahrung mit anderen PKs, mit der Finanzindustrie usw., da sieht es dann schon nicht so gut aus. Gar nicht gut sieht es aus, wenn man spezifisch PK- und Anlagen-Knowhow anschaut. Dem Leiter Finanzdepartement möchte ich nicht absprechen, dass er gewisse Finanzerfahrung hat, aber die öffentlichen Finanzen sind nicht ganz dasselbe wie die Finanzindustrie und das Anlageuniversum, das heisst nicht zwingend, dass man auch alle Produkte, die man hat bei der PK, auch wirklich versteht. Ich selber habe 5 Jahre Banken und Fonds beraten, ich habe geholfen, solche Strukturen aufzubauen – und auch ich muss sagen, ich verstehe nicht alles.

Was ist das Problem, wenn das fehlt? Man kann mit der Geschäftsleitung, aber v.a. auch mit der Vermögensverwaltung bei den Banken nicht auf Augenhöhe diskutieren und muss sich vielmehr auf deren Aussagen verlassen. Das war eine wichtige Lehre aus der Finanzkrise, dass die PK-Verwaltungen zu wenig Knowhow hatten, auch die Versicherungsbranche, wo es auch um die Anlage von grossen Vermögenswerten ging. Man machte dort Fehler. Deshalb ging die Entwicklung weiter, das Rad der Zeit drehte sich weiter. Es ist so, dass wir immer mehr Vorschriften haben, die viel höhere Anforderungen stellen. Es gibt mittlerweile auch empirische wissenschaftliche Studien, die belegen: Ein unerfahrener Stiftungsrat investiert häufiger risikoreicher und teuer. Und ja, der Stiftungsrat muss nicht alles selber wissen, und er soll und darf auch Experten beiziehen. Das wird auch in Zukunft so sein. Aber es geht darum, was der Minimum-Knowhow ist, von dem wir erwarten, dass dieser im Stiftungsrat selber vorhanden ist.

Bei der Unabhängigkeit und bei den Interessenskonflikten habe ich auch den Eindruck, dass das nicht gut erfüllt ist. Überspitzt kann man sagen: Wir haben eigentlich Stand heute 9 Arbeitnehmervorteiler drin, weil 4 der Arbeitgebervertreter selber von den Entscheiden betroffen sind. Und ja, es war üblich, dass früher der Stadtrat selber Einsitz genommen hat, auch bei anderen Pensionskassen ist das z.T. immer noch der Fall, und dass man auch leitende Angestellte entsendet. Aber das Rad der Zeit hat sich weiter gedreht und ich glaube, man ist sich relativ einig heute, aus Corporate Governance-Sicht, dass das nicht die ideale Besetzung wäre. Auch im Vergleich mit Finanzinstituten, Vermögensverwaltern etc., dort gibt es gesetzliche Vorschriften, die sagen, mindestens ein Drittel oder z.T. sogar die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder muss unabhängig sein. Unabhängigkeit bezieht sich nur auf das Arbeiten für das Institut, sondern auch die letzten zwei Jahre vorher. Es geht auch um die Unabhängigkeit untereinander: Ich finde es problematisch, wenn der direkte Vorgesetzte auch im Stiftungsrat ist. Man muss seine eigene Meinung äussern kann. Je nach Konstellation geht das natürlich auch, das ist schon möglich. Aber grundsätzlich ist es problematisch, wenn der Vorgesetzte auch gleich dabei ist.

Und, natürlich hat es bei der aktuellen Zusammensetzung auch eine politische Komponente. Wir haben die ganze PK in die Unabhängigkeit entlassen – sein Stiftungsrat ist nicht das politische Gremium.

Dann das Letzte, die zeitliche Verfügbarkeit: Ich kann nicht beurteilen, wie viel Stiftungsräte für Ausbildung in diesem Bereich und für Stiftungsratsarbeit investieren, ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass alle dieser 4 Leute auch andere Prioritäten hätten. Da wäre auch die Frage der Ziel- und Prioritätensetzung.

Kurzum: Ich erachte die heutige Zusammensetzung als schlechtes Beispiel für gute Corporate Governance. Die Frage ist, ob der Stadtrat gewillt ist, das zu ändern.

Ratspräsidentin A. Steiner: Grundsätzlich ist bei einer dringlichen Interpellation eigentlich keine Begründung nötig. Du hast jetzt einfach nochmals mündlich ausgeführt, was schriftlich da ist. Entsprechend geht die Frage direkt an den Stadtrat, ob er die Antwort heute geben möchte oder an der nächsten Sitzung?

Stadtpräsident M. Künzle: Ich gebe sie jetzt. Der Stadtrat hat sich bereits vor längerer Zeit, vor dieser Interpellation, schon im Frühling 2018 mit dieser Evaluation der bisherigen Amtsdauer, dieser 1. Amtsdauer, beschäftigt. Wir haben darüber diskutiert, wie eine solche Arbeitgebervertretung im Stiftungsrat aussehen soll. Und ich kann Ihnen auch versichern, dass es schon lange ein Anforderungsprofil gibt für die Mitglieder des Stiftungsrates, und insofern – dies vielleicht gleich an die Adresse des Landboten oder derjenigen, die das ins Auge gefasst haben – es braucht den angekündigten, den möglichen Vorstoss wegen dem Anforderungsprofil nicht.

Der Stadtrat begrüsst externe Vertreterinnen und Vertreter im Stiftungsrat. Aktuell ist je ein Arbeitgebervertreter und eine Arbeitnehmervertreterin nicht in der PK der Stadt Winterthur versichert. Beide verfügen über eine langjährige BVG-Erfahrung aus ihrer Tätigkeit in anderen Stiftungsräten. Der aktuelle Präsident verfügt zudem noch über eine Berufsausbildung im BVG, er hat den eidgenössischen Fachausweis. Zudem hat der Arbeitgeber im Stiftungsrat eine weitere externe Fachperson für die Anlage-Kommission ernannt. Dr. Andreas Hoppler ist Rechtsanwalt in Zürich, ein ausgewiesener BVG-Fachmann, und er bringt grosse und langjährige Erfahrung aus anderen BVG-Gremien mit als Präsident von anderen Anlage-Kommissionen, z.B. der PK der Stadt Zürich, er ist Mitglied vom Verwaltungsrat der PK Basell-Stadt usw. Gegenwärtig ist er der Präsident unserer Anlage-Kommission. Und wenn ich das mit früher vergleiche, dann muss ich einfach sagen: Ein Quantensprung.

Der Stadtrat hat sich auch mit der Frage beschäftigt, ob weiterhin eine Vertretung der Exekutive im Stiftungsrat dabei sein soll. Dabei hat die Zusammenstellung von anderen Städten ergeben, dass bei öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen im Regelfall die Exekutive vertreten ist. Die BVK des Kantons Zürich bildet eine Ausnahme. Weiter ist es praktisch immer so, dass das HR des Arbeitgebers im Stiftungsrat vertreten ist, ebenso wie die Finanzverwal-

tung. Auf der Grundlage dieser Diskussionen, die wir im Stadtrat hatten, und zu dieser Interpellation, die nun für dringlich erklärt wurde, kann ich die Fragen, die sich stellen, sehr gut beantworten.

Die 1. Frage war, ob der Stadtrat die Ansicht teilt, dass die Anforderungen an den Stiftungsrat stetig zugenommen haben, und es wichtig ist, dass die Stiftungsräte ihrer Arbeit unabhängig und frei von Interessenskonflikten und Parteibuch nachgehen können.

Der Stadtrat teilt die Ansicht, dass die Aufgabe eines Stiftungsrates sehr anspruchsvoll ist und die Anforderungen auch im Hinblick auf schwierige Situationen der beruflichen Vorsorge in der Schweiz generell zunehmen. Das Grundprinzip der beruflichen Vorsorge in der Schweiz aber beruht darauf, dass Laien in den Stiftungsrat gewählt werden. Diese Personen müssen über die Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, die für die Erfüllung der Aufgaben des Stiftungsrates erforderlich sind (gemäss BVG) oder bereit sein, sich diese Kenntnisse anzueignen. Es gehört zu den gesetzlichen Aufgaben (auch nach BVG), von jeder Vorsorgeeinrichtung, die Erst- und Weiterbildung ihrer Stiftungsräte und -rätinnen sicherzustellen. Nur schon daraus ergibt sich, dass unabhängig von der unbestrittenermassen komplexer werden den 2. Säule neu gewählte Mitglieder des Stiftungsrates nicht schon am 1. Tag ihrer Tätigkeit bereits über das Expertenwissen verfügen müssen, aber sie müssen daran arbeiten, sich solches anzueignen. Das fachliche Niveau des aktuellen Stiftungsrates der PK Stadt Winterthur darf man als überdurchschnittlich bezeichnen. So sind aktuell 4 Juristinnen und Juristen Mitglied dieses Stiftungsrates und zwei Stiftungsräte sind zudem ausgewiesene Fachleute in der beruflichen Vorsorge. Das Parteibuch spielt nach Auffassung des Stadtrates werden auf Arbeitgeber- noch Arbeitnehmerseite eine Rolle. Beide Lager stehen in der gemeinsamen Verantwortung, das zwingt uns, das finanzielle Gleichgewicht einer Pensionskasse in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit zu stellen. Sie sehen das auch an den beschlossenen Massnahmen. Die Mitglieder des Stiftungsrates, die in der PK versichert sind, die kürzen sich mit ihren Entscheidungen, die sie mittragen, ihre eigenen Leistungen massiv und erhöhen ihre eigenen Beiträge substantiell. Und die meisten Arbeitgebervertretungen zurzeit gehören zu den am stärksten betroffenen Jahrgängen.

Frage 2: Wie sieht der diesbezügliche Handlungs- und Verbesserungsbedarf betreffend der Zusammensetzung der Arbeitgebervertretung im Stiftungsrat der Pensionskasse Winterthur aus?

Der Stadtrat hat im Frühsommer 2018 diskutiert, wie die Zusammensetzung der Arbeitgeberseite im Stiftungsrat in der nächsten Amtsdauer aussehen soll. Er kam dabei zum Schluss, dass in der nächsten Legislatur, wegen der aktuellen politisch sehr hohen Bedeutung, der Stadtrat weiterhin im Stiftungsrat vertreten sein muss. Aufgrund der bevorstehenden Volksabstimmung ist der Stadtrat der Ansicht, dass der Stadtpräsident weiterhin Mitglied dieses Stiftungsrates sein soll. Es ist ein hochbrisantes politisches Thema, das für die Stadt als Arbeitgeberin von grosser Bedeutung ist. Hingegen haben wir im Stadtrat so entschieden, dass voraussichtlich kein 2. Mitglied des Stadtrates mehr im Stiftungsrat vertreten sein wird, d.h. Yvonne Beutler wird zurücktreten. Weiterhin vertreten sein soll die Leitung des Personalamtes, das ist aufgrund der grossen Schnittstelle des Personalrechtes mit der städtischen Pensionskasse absolut notwendig. Geplant ist auch, dass der neue Leiter des Finanzamtes im Stiftungsrat Einsitz nehmen wird. Einerseits ist das angezeigt, weil so der Aspekt der städtischen Finanzen unmittelbar vertreten ist. Und dann ist Stadträtin Beutler nachher ja nicht mehr im Stadtrat – Entschuldigung – im Stiftungsrat vertreten, deshalb ist es umso wichtiger, dass einer ihrer Chefbeamten wirklich dabei ist. Und andererseits bringt, und das ist jetzt wirklich ein guter Umstand, der neue Leiter Finanzamt auch Erfahrungen als Geschäftsführer einer Vorsorgeeinrichtung mit. Er wird ein ausgewiesener Fachmann sein in diesem Gebiet. Und vor der übernächsten Amtsdauer wird der Stadtrat die Situation wieder analysieren und dann wieder entscheiden.

Frage 3: Nach welchen Kriterien hat der Stadtrat in der Vergangenheit seine Vertretungen ausgesucht und nach welchen Kriterien wird er das zukünftig machen?

Der Stadtrat wählt geeignete Personen, um seinen Auftrag als Arbeitgebervertreter in der PK Stadt Winterthur wahrnehmen zu können. Diese Aufgabe können nicht einfach nur externe Fachpersonen übernehmen, sondern es braucht auch den Bezug zur Arbeitgeberin Stadt

Winterthur. Insbesondere muss der Informationsfluss sichergestellt sein. Eine reine externe Vertretung wäre daher aus Sicht des Stadtrates nicht zielführend. Weitere Aspekte habe ich schon bei der Einleitung erwähnt. Der Stadtrat entschied bereits 2013, einen Sitz den angeschlossenen Arbeitgebern zu überlassen. In der Amtsdauer 2014-2018 war der Vertreter der Hilfsgesellschaft, Pedro Fischer, im Stiftungsrat. Das hat sich sehr bewährt und soll auch so weitergeführt werden. Pedro Fischer ist primär ein Vertreter einer angeschlossenen Arbeitgeberin, gleichzeitig ist er aber auch beruflich im Vorsorgebereich tätig, was zusätzlich ein Gewinn ist für dieses Gremium.

Frage 4: Beabsichtigt der Stadtrat bei der kommenden Wahl in den Stiftungsrat für die Amtsdauer 2019 – 2022 mehr externe Persönlichkeiten in den Stiftungsrat zu wählen als bisher? Wenn nein, warum nicht?

Ich kann sagen: Ja, wir wollen mehr externe Vertretung drin haben. Wie erwähnt tritt Yvonne Beutler zurück. Diese Stelle werden wir wieder ersetzen. Wir sind momentan in Kontakt mit Fachleuten, die von extern sind. Eine solche Kandidatur muss aber aufgebaut werden. Wie gesagt sind wir in verschiedenen Diskussionen. Diese haben sich Bedenkzeit ausbedungen, diese läuft momentan noch. Ich muss Ihnen auch sagen: Ich habe diese Gespräche geführt mit ihnen. Es ist schon so: Wenn ich dann sage, in welcher Situation wir sind und vor was wir gerade stehen, vor einer Volksabstimmung, dann wird sich der eine oder andere schon noch Gedanken machen, ob er wirklich in diesen Stiftungsrat kommt, denn es kommt eine grosse Verantwortung auf einen zu. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir eine gute externe Fachperson finden werden, die das notwendige Rüstzeug mitbringt, die auch ein bisschen politische Erfahrung mitbringt. Und von daher sieht das gar nicht so schlecht aus. Ich denke, die Neuberufungen und die Neuwahlen in den Stiftungsrat gehen in die Stossrichtung, wie es die Interpellanten gewünscht haben – wir haben uns bewegt. Danke.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Beratung und Würdigung dieser Interpellation.

U. Hofer (FDP): Nachdem ich vorher lange gesprochen habe, mache ich es kurz. Ich bin froh, dass wir immerhin in die richtige Richtung gehen. Du wirst auch verstehen, nach allem, was ich gesagt habe, dass es noch ein bisschen zu wenig in diese Richtung ist. Es ist unsere Forderung. Wir fordern nicht vollkommene Unabhängigkeit, es muss kein rein externer Stiftungsrat sein - aber auch 2 von 5 ist uns zu wenig, das kann ich so sagen.

R. Kappeler (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtpräsidenten für die ausführliche und sehr differenzierte Antwort. Wir können uns in praktisch allen Punkten zu 100% hinter diese Antwort stellen, im Gegensatz zur Interpellation selber. Wir teilen zwar die grundsätzlichen Fragen und das Anliegen, aber die Art und Weise, wie diese Interpellation daherkommt und auch wie sie Urs Hofer vertreten hat zu Beginn, ist schon sehr tendenziös und z.T. sind die Fragen suggestiv.

Was heisst denn schon «unabhängig»? Nach Gesetz ist der Stiftungsrat eben genau paritätisch zusammengesetzt zwischen Interessensvertretern von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In dem Sinne ist niemand ganz unabhängig, soll es nicht sein, kann es nicht sein. Der Stadtpräsident sagte es: Das BVG geht ganz klar von Laienbehörden aus und hat darum sehr viele Prüfmechanismen eingebaut: Wir haben eine Stiftungsaufsicht, wir haben einen BVG-Experten und die grösseren Pensionskassen haben alle eine Anlagen-Kommission oder einen Anlage-Ausschuss, die meistens durch Fachleute besetzt sind. Der Stadtpräsident hat das erklärt, das ist auch bei der Stadt Winterthur so. Die Unabhängigkeit ist per se schon ein bisschen fraglich. Wenn dann da plötzlich noch das Parteibuch ins Spiel kommt bei der Frage 1, dann sehen wir doch langsam, wo das hinführt. Es geht entgegen der Behauptung von Urs Hofer halt doch einfach darum, dass man seit ca. einem Jahr den jetzigen Stiftungsrat einfach basht und auf ihm herumhackt und nicht seine Kompetenz, nicht seine Entscheide, nicht seine sachliche Arbeit anschaut, sondern bestehende und sogar vergangene Parteimitgliedschaften hervorzieht. Das kann nicht das Kriterium sein. Wir danken da dem Stadtrat ganz klar, dass er die Kriterien dargelegt hat und dabei das Parteibuch zu Recht nicht erwähnt.

Zur Frage 2 haben wir keine Ergänzungen, wir sehen diese Verbesserungen.

Frage 3, das habe ich gesagt, die Kriterien sind da. Geeignete Personen, Vertreter von angeschlossenen Arbeitgebern, das dünkt uns sinnvoll.

Auch mit der Stossrichtung von Frage 4, dass man mehr externe Personen hineinnimmt, da sind wir durchaus einverstanden. Urs Hofer sagte zur Governance, das Rad der Zeit dreht sich weiter. Es ist nicht nur ein Weiterdrehen, es ist auch eine Pendelbewegung. Corporate Governance, das pendelt so ein bisschen hin und her. Es gab auch Zeiten, da sagte man (z.B. bei Übernahmen von Tochtergesellschaften), diejenigen, die Verantwortung tragen, die müssen im Verwaltungsrat sein. Das Gleiche gilt für einen Stiftungsrat. Heute ist das Pendeln eher auf der Seite, wo man sagt, externe Experten und Fachleute gehören da hinein. Ich bin überzeugt, in 5 – 10 Jahren redet man wieder davon, dass vermehrt Verantwortungsträger in den leitenden Gremien eingebunden sein müssen. Ich glaube, die Stadt Winterthur ist da auf einem guten Weg, in einem guten Mix. Wenn wir uns überlegen, dass diese Pensionskasse bis vor 4 Jahren zu 100% ein Teil der Stadtverwaltung war, dann ist es wohl für die 1. Amtsdauer absolut nachvollziehbar und vernünftig, dass der Stadtrat zum Schluss kommt, er wolle als Exekutive selber drin sein. Der Stadtpräsident sagte es: Die Tatsache, dass die Leiterin HR und der Chef Finanzamt drin sind, das ist alles andere als aussergewöhnlich – und die Kriterien sind nicht das Parteibuch.

Nochmals ganz herzlichen Dank dem Stadtrat für diese Antwort.

M. Gross (SVP): Wir sind nicht so schnell wie die SP und deshalb kann ich nicht schon für die Fraktion Antwort geben auf die Antwort des Stadtpräsidenten. Aber ich möchte nach diesen sachlichen Argumenten doch noch ein paar emotionale Argumente anbringen: Es geht immerhin um einen Betrag von 150 Mio. dieses Mal, 300 Mio. haben wir eingeschossen. Wenn man das zusammenzählt, dann ist das etwa die Hälfte der Verschuldung, die Winterthur angehäuft hat. Es ist fast die Hälfte der Verschuldung.

Ich möchte ein paar grundsätzliche Punkte ansprechen. Die Probleme der Pensionskasse Winterthur sind grösstenteils hausgemacht. Weder die Börse noch die Nationalbank noch sonst widrige Umstände haben zu dieser desolaten finanziellen Lage geführt, sondern die Entscheide der Organe. Dafür verantwortlich ist u.a. der heutige Stiftungsrat, der eigentlich nur auf dem Papier paritätisch zusammengesetzt ist, in der Realität aber politisch und nicht immer sachbezogen handelt. Statt mit fachlichen Entscheiden die starken Veränderungen in der Finanzwelt und Gesellschaft nachzuvollziehen, wurde die PK wie eine Gewerkschaft geführt. Man macht die Augen zu vor dem realen Wandel, man will mit aller Gewalt bewahren und verteidigen, was sich in der übrigen Welt längst unumkehrbar verändert hat. Da Geld für diese Fehler wird durch Zwangsmassnahmen vom Staat eingezogen.

Die heutige Führung der PK ist so für uns nicht tragbar. Zu viele Fehler wurden gemacht, von der Personalführung über die Anlagenpolitik bis hin zur Strategie. Wir sehen nirgends Lichtblicke. Die jetzige Situation ist weder für die Mitarbeiter noch für die Stadt selber und schon gar nicht für die Steuerzahler akzeptabel. Der viel zu hohe Umwandlungssatz führt nämlich dazu, dass eine massive Umverteilung von Jung zu Alt gemacht wird. Die Kasse ist trotz hervorragendem wirtschaftlichen Jahr weiterhin in Unterdeckung. Die Rendite ist im Vergleich zu grossen Instituten sehr schlecht und die Kosten sind viel zu hoch. Die Veränderungen in der Gesellschaft werden kaum beachtet und die Rechnung muss der Steuerzahler tragen.

Ich bringe ein Beispiel aus der Praxis: Die AXA Winterthur hat letzte Woche den Umwandlungssatz von 5.8 auf 5.2 gesenkt. Das war aber nicht die grosse Meldung. Die AXA Winterthur sagte den jüngeren Mitarbeitern, dass sie neu ab 20 Jahren in die Pensionskasse einzahlen können. Und sie hat die Sparbeiträge erhöht, und zwar beidseitig (arbeitnehmer- und arbeitgeberseitig). Das sind Massnahmen, die man heute ergreifen kann, wenn man eine schlechte Rendite hat. Das garantiert auch den jüngeren Mitarbeitern eine sichere Altersvorsorge. Und was macht die PK der Stadt Winterthur? Was hat diese für Ideen? Wir sehen sie nicht. Es braucht jetzt Fachleute am Steuer der Pensionskasse. Die Zeit der politischen Führung und des Silo-Denkens muss enden. Wir fordern eine Arbeitgebervertretung mit Fachpersonen, die ein grösseres finanzielles Debakel für die Mitarbeiter und die Stadtkasse verhindern. Die Zeit ist reif für mehr Fachknowhow und weniger politische Spielchen.

U. Glättli (GLP): Ich mache es kurz und knapp und ja, vielleicht auch ein bisschen tendenziös. Die GLP-Fraktion unterstützt diese Interpellation. Wir stehen ein für Corporate Governance. Man staunt ja schon: Im Stiftungsrat der PK Winterthur sitzen zurzeit mehrere Stadträtinnen und Stadträte, Chefbeamtinnen und Chefbeamte. Ein Zustand, der bei allen anderen, zeitgemässen und progressiv aufgestellten öffentlichen Kassen längst der Vergangenheit angehört. Kein Wunder, kommen die Sanierungsvorhaben aus dem Stiftungsrat zu spät, zu mild und unkritisch transportiert durch den Stadtrat, und immer wieder mit ultimativen Forderungen, sich aus der fragilen Stadtkasse bedienen zu dürfen. Stimmen wir dieser Interpellation zu.

M. Wäckerlin (PP): Ich möchte das, was meine Vorredner gesagt haben, noch ein bisschen deutlicher sagen. Ich bin mit dieser Antwort gar nicht einverstanden. Die Pensionskasse ist nicht mehr Teil der Verwaltung heute, sie ist eben genau ausgelagert. Für mich ist es ein absolutes No-Go, dass als Vertreter des Arbeitgebers Personen drin sind, die selber bei dieser Pensionskasse versichert sind. Deshalb ist es für mich auch ein No-Go, dass sie am Schluss ihre eigenen Leistungen kürzen müssen. Auch wenn sie das bis jetzt, wie Urs Glättli gesagt hat, eben sehr unzureichend gemacht haben. Der Stiftungsrat verweigert es, die nötigen Sanierungsmassnahmen einzuleiten, die er gemäss Volksabstimmung von 2013 machen müsste. Stattdessen startet er einen Raubzug auf die Steuerzahler. Der jetzige Stiftungsrat hat in seiner Gesamtheit mein Vertrauen vollständig verloren. Ein geschlossener Rücktritt des Stiftungsrates würde ich für angemessen halten.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir danken dem Stadtrat für die Antwort. Wir sind nicht der Ansicht, dass es bisher 9 Arbeitnehmervertreter im PK-Stiftungsrat hatte. Ich persönlich finde es gut, dass man, wenn Yvonne Beutler zurücktritt, diesen Sitz durch eine externe Person ersetzt, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass der Stadtrat bzw. leitende Angestellte gar nicht mehr im Stiftungsrat vertreten sind. Meiner Ansicht nach wissen sie bei dieser Tätigkeit, welchen Hut sie wann tragen und können das auch richtig einschätzen. Wenn man der Pensionskasse Winterthur irgendetwas vorwerfen kann, dann ist es das, dass die PK Winterthur häufig das macht, was andere Pensionskassen auch gemacht haben – sie macht es aber häufig einfach ein paar Jahre später. Das hat in einzelnen Fällen halt zu schlechten Resultaten geführt. So ist z.B. die PK Winterthur später als andere in die Börse eingestiegen und dummerweise dann halt zum falschen Zeitpunkt. Nochmals besten Dank für die Antwort.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion setzen uns schon lange für Transparenz und eine gute Governance ein – für die Stadt und das Gleiche gilt selbstverständlich auch für die Pensionskasse. Und da gehört auch die Zusammensetzung des Stiftungsrates dazu. Rollenunabhängig – man ist immer von jemandem abhängig, aber mindestens bei der Pensionskasse nicht abhängig von den Leistungen der Pensionskasse. Bereits in unserer Medienmitteilung vom Dezember 2017 haben wir Überlegungen betreffend Governance der Pensionskasse gefordert, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Nur schon die Chance von Interessenskonflikten gilt es zu verhindern und die Personen nicht in solche Konflikte zu bringen. Im Mai 2018 forderten wir, dass mindestens die Hälfte des Arbeitgeber-Stiftungsrates externe Persönlichkeiten sein sollten. Das ist mit dem jetzigen Vorschlag auch nicht gegeben. Die BVK lebt vor, dass es mit externen Stiftungsräten gut funktioniert, obwohl auch hier anfänglich kritische Stimmen zu hören waren. Wir freuen uns natürlich aber auch, dass mittlerweile auch einige andere Parteien dies heute gleich sehen wie wir und eine gute Governance bei der Pensionskasse wichtig ist. Deshalb unterstützt unsere Fraktion natürlich das Anliegen.

Stadtpäsident M. Künzle: Ich danke den Fraktionen, die zum Stadtrat stehen. Ich denke, es wäre absolut ein falsches politisches Zeichen, wenn jetzt, vor dieser Volksabstimmung, bei

der es um 144 Mio. geht, zwei Stadträte, die bisher drin waren, den Rücktritt geben und austreten. Dieses politische Zeichen wäre ein absolutes Zeichen für Feigheit, das wir so einfach auch nicht platzieren wollten.

Ich habe es vorher angetönt: Wir sagten jetzt, für die nächste Phase eine Exekutive drin, und in vier Jahren, wenn es wieder den Wechsel gibt, schaut der Stadtrat die Situation wieder an. Vielleicht hat sich das Rad dann auch weiter gedreht, bestimmt hat es sich weiter gedreht. Ich erinnere einfach daran: Die BVK ist eine Ausnahme. Die meisten anderen Pensionskassen haben noch Exekutiven drin. Ich möchte das nochmals betonen.

Und wie gesagt: Wir haben eine Korrektur drin, wir haben jemand Externen, der zusätzlich noch dazu kommt. Wir haben also zwei externe Stiftungsräte, nachher werden wir jemanden mehr haben. Und wir haben auch einen Präsidenten in der Anlagen-Kommission, der sein Handwerk versteht. Als er neu kam, gab es auch Korrekturen, gerade bei der ganzen Anlagenstrategie. Der Stiftungsrat hat das intensiv diskutiert und hat Korrekturen vorgenommen. Und natürlich, man muss diese Märkte weiterhin beobachten, man muss weiterhin schauen, ob diese Strategie noch Bestand hat - das machen die Anlage-Kommission und der Stiftungsrat.

Ich denke, die Wortmeldung seitens Michael Gross ist schon fast die Thematik Volksabstimmung, jedenfalls die Einleitung, die wir dann, bei dieser Volksabstimmung, wieder anschauen müssen. Ich bin der Meinung, dass der jetzige Stiftungsrat grosse Korrekturen gemacht hat. Man kann immer rückblickend darüber diskutieren, ob es die richtigen waren, zum richtigen Zeitpunkt. Ich möchte da auch nicht mehr wiederholen, wie wichtig die Geschichte der Pensionskasse ist. Auch wenn das andere ausblenden möchten: Diese Kasse hat eine Geschichte und die Probleme, die wir heute haben, sind die Folge von früheren Entscheidungen. Und wenn ich früher sage, dann war das ganz früher. Jetzt stehen wir vor der Hürde, dass wir sie heute lösen müssen. Wir sind momentan dran im Stiftungsrat, diese Lösungen umzusetzen. Dann kam das Beispiel mit der AXA Winterthur. Jawohl, habe ich auch gelesen, ich finde es gut, dass die AXA Winterthur das so machen konnte. Aber alle Massnahmen, die dann so bei solchen Veränderungen umgesetzt werden, brauchen flankierende Massnahmen, das muss man abfedern. Und dazu sind wir aktuell einfach schlicht nicht im Stand.

Ich meine, die Situation hat sich verbessert mit dem Stiftungsrat, den wir jetzt gehabt haben. Ich finde es ein bisschen überrissen und sicherlich auch medial geschuldet, dass da der Pirat von Raubzug und von geschlossenem Rücktritt spricht. Das kommt sicher sehr gut an und es wird sicher im Landboten auch darüber geschrieben, aber ich denke, das ist überrissen und völlig nicht adäquat der Leistung gegenüber, die der Stiftungsrat bis jetzt erbracht hat, gerade in dieser letzten Legislatur.

Und nochmals, wir bringen dort Korrekturen an, wo wir sehen, dass es nötig ist. Ich muss aber auch sagen: Eine Strategie wirft man eigentlich nicht alltäglich über den Haufen. Eine Strategie ist eine Strategie und die muss Bestand haben. Aber wenn das geboten ist, dann machen wir diese Änderungen.

Wie es die CVP gesagt hat: Transparenz finde ich auch richtig, aber das hat ja nichts mit dem Externen oder nicht Externen zu tun. Wichtig ist, dass die Kasse in dem Bereich, in dem sie öffentliche Informationen geben kann, das auch macht, dass diese Transparenz eben auch umgesetzt wird. Das finde ich einen wichtigen Aspekt und auch das hat sich die Pensionskasse für die Zukunft auf die Fahne geschrieben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre die dringliche Interpellation abgeschrieben.

Traktandenliste

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur ordentlichen Traktandenliste.

Wir haben im Vorfeld angekündigt, dass wir bei Traktandum 2 gerne auf Beratung verzichten würden. Da kam dann aber Intervention von Seiten SVP, dass man doch bitte dieses Geschäft normal beraten würde. Entsprechend werden wir das auch so machen.

Das Traktandum 3 ist noch nicht behandlungsreif.

1. Traktandum

GGR-Nr. Protokolle der 4./5. und 6./7. Sitzungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Protokoll der 4./5. und 6./7. Sitzung. Gibt es noch Anmerkungen oder Korrekturen? Damit werden diese Protokolle genehmigt, besten Dank.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2018.54: Kredit für die Bereitstellung von «Tageskarten Gemeinde»

Ratspräsidentin A. Steiner: Traktandum 2, wie vorhin erläutert, wird behandelt. Zuerst wird es vorgestellt von Roland Kappeler.

R. Kappeler (AK): Die Vorlage 18.54 geht um ein sehr populäres Produkt: Tageskarten Gemeinde. Ich möchte in vier Punkten die Sache kurz vorstellen: Die Ausgangslage, dann haben wir zwei Ziffern des Stadtrat-Antrages, die müssen wir einzeln behandeln, und dann der Antrag der Aufsichtskommission.

Ausgangslage: «Tageskarten Gemeinde» ist ein sehr attraktives Angebot. Das wird geschätzt von den Bewohnerinnen und Bewohnern von Winterthur. Der Stadtrat hat das 2009 eingeführt, sukzessive aufgebaut (anfänglich 10 Sätze Tageskarten, heute sind wir bei 45). Man kann unter der Woche für 41 Fr., am Wochenende für 48 Fr. einen Tag lang das ÖV-Netz (SBB, Post, städtische Verkehrsbetriebe usw.) benutzen. Im Vergleich dazu: Die Tageskarte, die die SBB anbietet (zu dem man aber noch das Halbtax haben muss), kostet 75 Fr. Das ist wirklich attraktiv und beliebt bei der Bevölkerung, sowohl bei Privatpersonen als auch für Firmen, die für gewisse Reisen diese Tageskarten von der Stadt beziehen.

Es ist aber auch aus Sicht der Stadt eine absolute Erfolgsgeschichte. Es ist kostenneutral, wir legen bisher nichts drauf. Die Absatzzahlen sehen wir in der Weisung, die wiederhole ich nicht. Wenn wir die Auslastung vom letzten Jahr nehmen, die der Stadtrat dokumentiert hat (93.5%), dann kommen wir auf Selbstkosten pro Tag für eine Tageskarte (ein Jahressatz kostet 14'000 Fr.) von ziemlich genau 41 Fr. Das entspricht genau dem Werktag-Einnahmepreis, d.h. es geht auf.

Warum spricht man über das Geschäft? Bis 2017 wurde der Verkauf durch Stadtwerk organisiert. Man konnte sie an der Unteren Vogelsangstrasse beziehen. In der letztjährigen Vorlage kam man auf den Grund dafür zurückgekommen: Man wollte das so nah wie möglich beim Bahnhof machen. Die SBB tolerierte aber nicht, dass das z.B. unter dem Pildach bei Stadtbus passiert, das sei zu nah und sei eine zu grosse Konkurrenz. Deshalb kam man auf die Untere Vogelsangstrasse. Beim Umzug von Stadtwerk fand man, das sei dann zu weit weg und entschied sich dafür, das in den Superblock zu verlegen. Das ist passiert, das funktioniert bereits dort. Und darum soll das auch in der Rechnung und der administrativen Verantwortung weg von Stadtwerk und an die Produktgruppe Immobilien übergehen, die im Finanzdepartement ist.

Jetzt gibt es da nun noch einen gesetzlichen Rahmen: Das Gemeindegesetz verlangt für Ausgaben immer eine Bruttokostenbetrachtung (was bezahlt die Stadt – unabhängig davon, was sie daran verdient), ausser die Einnahmen sind juristisch völlig abgesichert. Das sind sie da nicht, wir verkaufen diese ja auf dem freien Markt. Deshalb müssen wir die Bruttokosten betrachten und da verlangt das Gemeindegesetz, dass das von den zuständigen Organen bewilligt wird. Das ist am Anfang passiert, mit 10 Tageskarten-Sätzen konnte das der Stadtrat in eigener Kompetenz machen. Die Finanzkontrolle hat dann im Rahmen der ganzen Stadtwerk-Untersuchung festgestellt, dass Stadtwerk inzwischen 40 - 50 solche Sätze beschafft und dass eine Umgehung ihrer Finanzkompetenzen ist. Seit dem Jahr 2011 haben wir also da illegal gelebt, obwohl die Bevölkerung uns dafür «Danke» gesagt hat. Dann betrogen

diese Kosten über Fr. 300'000 und hätten in den Gemeinderat kommen müssen. Wir legalisierten das 2017 soweit, ziemlich genau vor einem Jahr. Wir hatten eine ähnliche Vorlage und haben damals für das Jahr 2017 den Kauf von 45 Tageskarten-Sätzen bewilligt (Vorlage 2017.113). Ihr erinnert Euch vielleicht noch.

Man muss aber ganz klar sagen: Die Kalkulation war kostendeckend, die Stadt hat keinen Rappen Verlust gemacht damit, sogar einen ganz kleinen Gewinn. Das Ganze ist mehr oder weniger budgetneutral. Aber jetzt müssen wir das halt eigentlich jedes Jahr wieder so machen. Deshalb nun auch 2018. In der Weisung letztes Jahr hat der Stadtrat sich am Schluss ein bisschen mit diesem Verfahren auseinandergesetzt und fand, eigentlich seien die Ausgaben nicht wiederkehrend, denn wir haben jedes Jahr die Möglichkeit, mehr oder weniger von diesen Tageskarten-Sätzen zu bestellen oder das Angebot ganz einzustellen. Das hat mir eigentlich eingeleuchtet. Der Stadtrat dachte sogar laut, man könnte vielleicht mit einem Rahmenkredit des Gemeinderates das wieder zurück in die Ausgabenkompetenz des Stadtrates geben. Die Finanzkontrolle sieht das ganz anders und beharrt da auf einer sehr strikten Auslegung des Gemeindegesetzes. Sie sagt, das sind wiederkehrende Kosten. Und deshalb müssen wir in diesem Fall sogar das Volk zu einer Volksabstimmung bemühen. Schlanke Verwaltung sieht für mich anders aus, aber... Machen wir das.

Aus abwicklungstechnischen Gründen muss nun aber die Vorlage in zwei Teile aufgeteilt werden. Ziffer 1 des Stadtratantrages ist quasi copy/paste von dem, was wir letztes Jahr gemacht haben: Wir bewilligen nun für ein Mal noch die Tranche für den Kauf von 45 Tageskarten-Sätzen für das Jahr 2018. Das kostet 630'000 Fr. Die Immobilien kalkulierten, schlugen 20'000 Fr. Betriebskosten dazu (v.a. Software-Kosten, Lizenz-Kosten, Updates). Es wurde kein zusätzlicher Personalaufwand budgetiert, denn schon bei Stadtwerk hat man das am Empfang mit dem bestehenden Personal gemacht und das ist im Superblock nun auch so. In der AK wurde das gefragt, es hat uns eingeleuchtet, dass das im Moment nicht nötig ist. Deshalb der Kredit 650'000 Fr. zulasten der Erfolgsrechnung dieses Jahres. In dieser ganzen Tranche ist noch anzumerken (das müssen wir nicht beschliessen hier). Der Stadtrat hat bereits jetzt ab Oktober die Tarife ein bisschen erhöht – er macht das auch immer ein bisschen mit Blick auf andere Städte, damit man da vergleichbar liegt. Dann gibt es noch ein kleines technisches Problem: Diese Tageskarten-Sätze sind immer gültig vom 1. Oktober bis 30. September nächstes Jahr. Bei uns und in den meisten anderen Städten sagt man, man könne die Tageskarten zwei Monate im Voraus reservieren. Um das dem Publikum zu gewährleisten, hätten wir den Kredit eigentlich schon vor den Sommerferien bewilligen müssen. Der Stadtrat hat deshalb vorsorglich im Rahmen seines Stadtratkredites schon einmal 14 solcher Sätze bewilligt bzw. gekauft. Ich zeige das nachher kurz im Internet, wie man die buchen kann und dass diese 14 Sätze tatsächlich schon vorhanden sind. Mit unserer Kreditbewilligung heute können dann ziemlich zügig auch die restlichen 31 Sätze bestellt werden, so dass der Benutzer fast nichts merkt davon, dass im Moment nur 14 Sätze da sind und nicht 45. Aufwand und Ertrag sind im Budget 2018 noch nicht bei der Produktegruppe Immobilien budgetiert. Das ist 2017 passiert, es war zum Zeitpunkt, als der Budgetprozess lief, noch nicht klar, wohin es geht. Man sagte nur, es geht weg von Stadtwerk. Weil aber Aufwand und Ertrag in etwa gleich gross sind, wird sich das Resultat der PG Immobilien und von Stadtwerk nicht verändern.

Ich zeige ganz kurz die Website der Stadt Winterthur. Wenn man da ÖV-Tageskarten anklickt, dann kommt da die Reservation. Man sieht da bereits die angepassten Preise, die höheren Preise ab 1. Oktober. Wenn man da auf Online-Reservation geht, dann kommt da der Kalender. Im August sind keine mehr verfügbar. Im September sieht man z.B. eingeblendet, dass noch 42 erhältlich sind am 26. – es sind also erst 3 der 45 Karten gebraucht. Im Oktober sind nur noch 14 vorhanden – das sind eben die 14, die der Stadtrat bereits gekauft hat. Und sobald wir das bewilligt haben, kommt dann dort auch wieder 45 hinein.

Das ist Punkt 1 des Antrages: Einmalig 650'000 Fr. zulasten Erfolgsrechnung 2018. Das ist in unserer Kompetenz.

Und dann, damit wir dieses Spielchen nicht jedes Jahr machen müssen, kommt eben Ziffer 2 des Antrages: Wiederkehrender Kredit – und dieser muss eben durch die Volksabstimmung. Dieser wiederkehrende Kredit ist ein bisschen höher. Warum? Man sagte, man geht da auf

das Maximum von 50 Tageskarten-Sätzen. Mehr als 50 darf die Stadt gar nicht kaufen, das bietet die SBB nicht an. Wenn man die 50 nimmt zum heutigen Preis und die 20'000 Betriebskosten dazurechnet, ist man bei 720'000 Fr. Teuerungsbedingte Mehrkosten (Preiserhöhung seitens SBB, MWST) sind im Antrag enthalten, dann erhöht sich dieser wiederkehrende Kredit entsprechend.

Mit den neuen Verkaufspreisen, die jetzt ja 3 Fr. höher sind als die alten (das hat man vorwärts und rückwärts durchgerechnet und sehr konservativ geschätzt), ist die Kostendeckung absolut garantiert, d.h. man kann das Produkt weiterhin budgetneutral der Bevölkerung anbieten. Zudem hat der Stadtrat die Preisfestsetzung in Ziffer 2 des Antrages an die Immobilien im Finanzdepartement delegiert und man kann von Jahr zu Jahr mit der Anzahl Sätze, die man kauft, einer schwankenden Nachfrage durchaus entgegenkommen.

Weil diese Bruttokosten wiederkehrend über 0.5 Mio. sind, überschreiten wir unsere Kompetenz und deshalb braucht es da diese Volksabstimmung.

Im Budget 2019 und im IAFP der folgenden Jahre sind die Beträge aber bereits in der Produktgruppe Immobilien enthalten.

Damit bin ich beim Antrag der Aufsichtskommission. Wir haben einen ganz kleinen redaktionellen Änderungsantrag: Punkt 1 betrifft die Erfolgsrechnung 2018. Im Antrag des Stadtrates und in der Weisung steht 2018/2019, aber wir haben Kalenderjahrrechnung. Wir sind einverstanden, dass der Zusatzkredit von einmalig 650'000 Fr. bewilligt wird und Ziffer 2 wiederkehrend von 720'000 Fr. (Ziffer 2 zuhanden der Volksabstimmung). Die AK hat das einstimmig bei einer Abwesenheit 10:0 zur Annahme empfohlen und deshalb gibt es normalerweise auch keine Diskussion. Aber ich warte jetzt mal mit der Stellungnahme von uns, bis die SVP, die da diskutieren will, sagt, was sie denn da zu diskutieren hat.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank, Roland Kappeler, für diese ausführliche Präsentation inklusive Nachhilfe, wie wir Tageskarten reservieren können.

T. Brütsch (SVP): Ich komme in diesem Fall noch auf den Punkt zu sprechen, weshalb wir eine Beratung verlangt haben. Es sind aus unserer Sicht zwei Gründe: Es ist zwar durchaus so, dass die Kommission diesem Geschäft einstimmig zugestimmt hat, es ist aber falsch, deshalb dieses Geschäft als per se unbestritten zu qualifizieren, wie das die Ratsleitung gemacht hat. Es gibt unseres Erachtens durchaus 1-2 Punkte, die kritisch anzumerken und im Protokoll festzuhalten sind. Immerhin geht es, wie wir gehört haben, um eine wichtige Vorlage, insofern sie sogar dem obligatorischen Referendum untersteht. Folgt man dem Vorgehen der Ratsleitung, wie es zumindest ursprünglich geplant gewesen wäre, wird die Diskussion verunmöglicht, was wir gerade in diesen Zusammenhang als nicht zulässig erachten. Es empfiehlt sich vielleicht bei dieser Gelegenheit, auch einmal die Geschäftsordnung zu überdenken. Ich möchte darauf hinweisen, dass z.B. im Kantonsrat ein solcher Maulkorb per se nicht möglich ist. Dort muss zumindest, wenn keine mündliche Debatte vorgesehen ist, den Ratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, sich schriftlich zu äussern. Das ist mit ein Grund, weshalb wir dieser Meinung sind. Und bei allem Verständnis für das Motiv der Ratsleitung, nämlich der effizienten Behandlung der Geschäfte, finden wir, dass ein solches Vorgehen bei einem wichtigen Geschäft nicht zulässig ist.

Grundsätzlich ist das Angebot der SBB-Tageskarten eine gute Sache und unter dem Strich rechnet die Stadt in Zukunft ja sogar mit einem kleinen Gewinn. Auch die SVP hat deshalb in der Kommission dem Geschäft zugestimmt.

Allerdings gibt es bei der Kalkulation des Stadtrates doch noch ein paar kritische Bemerkungen anzubringen: Damit am Schluss eine Schwarze Null oder sogar ein kleiner Gewinn resultiert, müssen nämlich folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Die Anschaffungskosten für die Tageskarten bei der SBB für die Stadt betragen 700'000 Fr. bei einer Anschaffung von 50 Tageskarten täglich. Die Stadt rechnet mit einer Bezugsquote von 87%. Die Tickets werden der Bevölkerung unter der Woche zum Preis von 44 Fr. und am Wochenende zu 51 Fr. abgegeben resp. können bezogen werden. Das scheint somit realistisch und würde zu Einnahmen von 730'000 Fr. führen (bei Ausgaben von 700'000 Fr.).

2. – und das ist meines Erachtens der kritischere Punkt – rechnet die Stadt für das Angebot mit jährlichen Ausgaben von 20'000 Fr., und zwar für die Betriebskosten. Dabei handelt es sich um IT-Kosten für den Betrieb der Online-Plattform, über die die Karten bezogen werden können. Nach wie vor (und ich habe es auch schon in der Kommission angetönt), erschliesst sich mir aber nicht, dass keine Personalkosten veranschlagt werden bei diesem Kreditantrag. Immerhin muss jemand diese Karten verschicken oder am Empfang abgeben und auch der Betrieb der Online-Plattform inkl. Aktualisierung und Update muss sichergestellt werden. Dass die Herausgabe und der Versand bei den jeweils einzelnen Bestellungen keinen grossen Aufwand verursacht, mag wohl sein - aber diese Sichtweise erinnert mich persönlich ein bisschen an das Mani Matter-Lied vom Wecker, der 5 Minuten vorgeht. Bei 50 Kartenbestellungen pro Tag dürfte sich der Personalaufwand auch summieren und insbesondere für den IT-Unterhalt wäre meines Erachtens ein Personalaufwand zu kalkulieren, damit diese Rechnung im wahrsten Sinne des Wortes aufgeht. Diesen Vorbehalt möchten wir zumindest in Bezug auf den vorliegenden Kredit explizit angebracht haben.

Und schliesslich, und das ist fast noch der wichtigere Punkt, ist auch zu sagen, dass bei einer geschätzten Auslastung von 87% umgekehrt 13% dieser Tageskarten ungenutzt verfallen – zurückgeben kann man sie der SBB jedenfalls nicht. Das entspricht einem Kostenfaktor von rund 100'000 Fr. respektive bedeutet umgekehrt ein Potential von der gleichen Grössenordnung, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. Wir – und das wollen wir auch festgehalten haben – erwarten von der Verwaltung, dass sie in diesem Zusammenhang eine gewisse Kreativität walten lässt und alternative Bezugsmöglichkeiten prüft, insbesondere für die Karten, die sonst verfallen.

Abschliessend kann ich auch noch feststellen (und habe erfreut festgestellt), dass man insofern mittlerweile offenbar auf Inputs aus der Aufsichtskommission reagiert hat. Ab 1. Oktober wird ein Last-Minute-Angebot geschaffen für den Bezug dieser Karten.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben sich die Voten erschöpft. Als erstes würde ich schnell eine Antwort geben zur Kritik an die Ratsleitung, die vorgeschlagen hat, dass dieses Geschäft nicht beraten werden soll. Das ist jeweils immer so formuliert, dass die Ratsleitung das so vorschlägt und dass die Fraktionen jederzeit die Gelegenheit haben zu intervenieren, dass man dort Wortmeldungen bringen möchte. Das ist jetzt erfolgt. Und von daher gesehen glaube ich nicht, dass wir da ein rechtliches Problem haben.

Als nächster Punkt frage ich den Stadtrat, ob er sich der Änderung anschliesst, die in der AK beschlossen wurde, und dann zugleich das Wort geben.

Stadtrat St. Fritschi: Zur Erläuterung, dass ich aufstehe: Yvonne Beutler ist nach wie vor Stadträtin (sie ist auch nach wie vor Stiftungsrätin), aber sie ist heute einfach nicht hier. Und weil ich vor einem Jahr ein ähnliches Geschäft da vertreten durfte, hat Yvonne Beutler mich gefragt, ob ich da für sie Stellung beziehe.

Der Stadtrat passt sich dieser Änderung selbstverständlich an, dass man statt dem Jahr 2018/2019 das Jahr 2018 einsetzt. Damit können wir uns einverstanden erklären.

Ich begrüsse natürlich sehr, wenn Ihr das unterstützt. Der Stadtrat ist auch der Meinung, dass es eigentlich eine wahnsinnige Kanone ist, mit der wir da auf Spatzen schiessen. Also ich meine jetzt, dass man eine Volksabstimmung und das obligatorische Referendum machen müssen. Aber für uns ist das nicht so matchentscheidend, dass wir da eine gegenteilige Meinung haben als die Fiko, dass wir dagegen ankämpfen würden. Schlussendlich finden wir es eine gute Sache und wir glauben auch, dass das Volk dem zustimmen wird. Wir hoffen natürlich auch, dass Sie heute Abend vorher dem zustimmen werden.

Man muss dazu sagen, wir sind eigentlich die einzige Gemeinde in der Schweiz, die uns bekannt ist, die da das obligatorische Referendum hat zu diesem Geschäft der Gemeinde-Tageskarten – aber vielleicht sind wir ja auch Vorreiter und nach uns werden dann ganz viele Gemeinden auch Volksabstimmungen und Gemeindeversammlungen zu den Gemeinde-Tageskarten machen...

Es ist so, dass wir da ein sehr gutes Angebot haben und ein Angebot, das die Stadtkasse nicht belastet. Da lässt man etwas an einem vorbeiziehen, das einen nichts kostet, aber an

dem die Bevölkerung sehr viel Freude hat und dabei die Umwelt auch nicht belastet, weil man ja mit dem ÖV in der Schweiz herumfährt. Und von daher ist es doch sinnvoll, wenn wir das Angebot so machen, und so auch auf gute rechtliche Grundlagen setzen, dass auch das Departement Finanzen/Immobilien selber nach wirtschaftlichen Grundsätzen den Preis gestalten kann, so dass die Stadt am Schluss kein Defizit hat.

Ich glaube, auf die Last-Minute-Forderung, die der 2. Grund ist, dass die SVP heute darüber sprechen will, hat die Stadt relativ schnell reagiert. Das ist eigentlich bereits umgesetzt, so wie das Angebot des Bäckers, der ab 17 Uhr die Brötchen zum halben Preis verkauft. Da wird sicher das Departement Finanzen etwas Sinnvolles ausarbeiten, so dass die Schnäppchenjäger dann am Nachmittag vor dem betreffenden Tag zu ganz günstigen Konditionen noch eine Tageskarte kaufen können und wir das das Potential von 100'000 noch ein bisschen herunterfahren können. Aber es ist halt so, das ist wie bei den Brötchen, das ist das Geschäftsrisiko, dass man am Schluss noch ein paar Brötchen im Laden hat, die man dann vielleicht wegwerfen muss – denn wir können diese Tageskarten nicht gut dem Esel oder den Hühnern zum Essen geben. Diese werden wir dann einfach wegwerfen müssen.

Noch zur Frage wegen den Personalkosten: Wir haben zwei Personen, die immer anwesend sind beim Empfang vom Superblock, und das ist die Minimalanforderung, die wir haben an den Empfang der Stadtverwaltung, unabhängig von den Gemeinde-Tageskarten. Und deshalb sind wir der Meinung, dass wir diese Kosten nicht auf diese Gemeinde-Tageskarten legen wollen, denn auch wenn Sie diesem Geschäft nicht zustimmen würden, müssen weiterhin genau gleich viele Personen beim Empfang tätig sein, denn das ist einfach die Minimalanforderung, die wir haben an einen Empfang, der kundenfreundlich ist. Und deshalb haben wir das nicht hineingenommen. Das kann man wirtschaftlich so oder so sehen, aber wir können Ihnen versichern: Wenn Sie nicht zustimmen, können wir keinen Personalabbau beim Empfang machen, also wir haben genau gleich viel Personal beim Empfang.

Dann danke ich Ihnen schon jetzt für eine allfällige Zustimmung. Und für alle die, die sie auch brauchen jahrein jahraus, wünsche ich schöne Ausflüge in der schönen Schweiz.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es ist noch eine persönliche Erklärung angetönt worden. Wir würden zuerst abstimmen und nachher die persönliche Erklärung.

F. Helg (FDP): Die Frage müsste vor der Abstimmung kommen. Es ist ein bisschen eine einseitige Diskussion. Gibt es jetzt noch eine Diskussion oder nicht?

Ratspräsidentin A. Steiner: Man konnte ganz ordentlich aufstrecken. Es hat niemand aufgestreckt, es war niemand auf der Liste – folglich war die Diskussion erschöpft.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich möchte eigentlich das Gleiche sagen wie Felix Helg. Ich wollte zuerst warten, was Tobias Brütsch sagt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Man kann ja trotzdem aufstrecken. Ich hatte niemanden mehr, darum dachte ich, es sei erschöpft.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es erübrigt sich dann vielleicht.

Ratspräsidentin A. Steiner: In dem Fall ist die Diskussion nochmals geöffnet, damit alle noch etwas zu diesem Geschäft sagen können, wenn sie wollen. Es ist jetzt von der Reihenfolge her definitiv nicht richtig und ich möchte daran erinnern: Bitte streckt in Zukunft rechtzeitig auf, damit da vorne auf der Liste mindestens ein Name vorhanden ist. Sonst ist die Diskussion fertig.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir dachten ja eigentlich, es sei alles gesagt worden in der AK, aber ich finde, es ist wirklich ein ganz tolles Angebot für Winterthurerinnen und Winterthurer, das die Stadt fast nichts kostet. Was mich aber jetzt schon ein bisschen stört, ist dass man da eine Diskussion eröffnen musste. Die SVP hat in der Aufsichtskommission meiner Ansicht

nach die Preiserhöhung auch ein bisschen kritisiert, möchte nun aber, dass man noch das Personal dazurechnet. Das widerspricht sich meiner Ansicht nach. Und dann möchte ich auch darauf hinweisen: Mehr Kreativität bezüglich dieser Tageskarten, die nicht weggehen – das wurde von mir vorgeschlagen. Und deshalb erstaunt mich das Schwanken der SVP schon ein bisschen und ich weiss nicht, wie Ihr mit dem in eine Volksabstimmung gehen wollt. Dass wir Grünen dafür sind, ist wohl klar.

F. Helg (FDP): Das Geschäft kommt ja jetzt nur zur Abstimmung wegen dem Brutto-Prinzip. Wir sprechen über etwas, über das es in den anderen Gemeinden gar keine Diskussion gibt. Nichts desto trotz, von der FDP aus ist das ein Angebot, das man unterstützen sollte. Es ist ein beliebtes und stark genutztes Angebot.

Ich habe die Rechnung nochmals angeschaut: Wenn man ein Billett lösen würde Winterthur – Bern – Winterthur, ist das mit Halbtax-Abonnement 59 Fr. Mit den Tageskarten, die nun 44 Fr. unter der Woche oder 51 Fr. am Wochenende kosten, ist das immerhin doch noch einiges günstiger.

Ein kritischer Punkt, den ich auch in der Kommissionsdebatte eingebracht habe, war die relativ kurze Bezugsdauer, wenn man die Tageskarten dann persönlich abholen muss, v.a. wenn man das in letzter Minute macht. Wie ich das aber sehe aufgrund dieses Last-Minute-Angebotes, ist das nun auch entschärft, so dass man es ab 13.30 Uhr noch abholen kann und nicht auf das Zeitfenster beschränkt ist wie es ursprünglich vorgesehen war (10.30 – 14.30 Uhr). Das hätte es natürlich sehr erschwert, ein solches Last-Minute-Angebot noch benutzen zu können.

Den Bedenken von Tobias Brütsch wegen den Kosten möchte ich insofern ein bisschen entgegenzutreten, dass man natürlich nach wie vor im Rahmen einer Budget- oder Rechnungsberatung nochmals nachfragen kann und schauen, wie sich das Angebot entwickelt. Man muss das ja auch immer ein bisschen im Auge behalten, wie sich das in Bezug auf die Sparangebote entwickelt, die die SBB hat, wie sehr diese in 10 – 15 Jahren noch nachgefragt werden, kann man jetzt natürlich noch nicht sagen. Aber insgesamt ein gutes Angebot und aus unserer Sicht ein Ja.

U. Glättli (GLP): Das städtische Angebot für SBB-Tageskarten ist ein populäres, vernünftiges, bedarfsgerechtes, praktisches und erst noch gut kostendeckendes Angebot. Die Abwicklung bedarf eines Gestaltungsspielraumes für die Verwaltung, auch das ist grünliberale Politik. Es geht ja um die nachträglich korrekte Ausgabenbewilligung einer bestehenden Daueraufgabe. Erfüllungsvorgaben bei den Öffnungszeiten, Schalterorganisation und und und oder noch konservativer und defensiver, dreiseitiger detaillierter Fragenkatalog - das lehnen wir ab. Auch Diskussionen über diskussionslose Beschlussfassung in dem Ausmass, wie wir sie jetzt hatten, lehnen wir ebenso ab. Die Aufgabenerfüllung im liberalen Sinn braucht auch Vertrauen gegenüber unserer Finanzstadträtin und der Verwaltung. Wir jedenfalls stimmen dieser Vorlage vorbehaltlos zu, auch dem Änderungsantrag der Kommission.

T. Brütsch (SVP): Ich finde es interessant, wie man sich jetzt offenbar um die guten Ideen, die in der Kommission vorgebracht worden sein sollen, streitet - oder getreu Christian Grieser: «Wer hat's erfunden?». Es gibt immerhin noch so etwas wie das Kommissionsgeheimnis... Das nur als Randbemerkung.

Unsere Intention, Felix Helg hat es richtig gesagt, ist das Hinweisen auf den unseres Erachtens zumindest fragwürdigen Punkt bei der Kalkulierung. Man kann im Rahmen der Budgetberatung wieder auf das zurückkommen, wenn man schlauer geworden ist oder das Gefühl hat, man sei schlauer geworden. Im Übrigen habe ich es schon am Anfang gesagt, auch wir finden diese SBB-Tageskarten eine gute Sache.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir stimmen der Weisung selbstverständlich zu, weil das Angebot der ÖV-Tageskarten ein gutes Angebot für die Bevölkerung ist. Und trotzdem haben Bedenken.

Wir von der CVP/EDU verstehen nicht, weshalb die Preise schon wieder aufschlagen. Bloss weil andere Städte mehr verlangen, das ist für uns etwas dürftig. Eine Preiserhöhung der Karten macht aus unserer Sicht auch keinen Sinn, denn es wird mit einer Auslastung von 87% gerechnet, obwohl in den letzten 3 Jahren die Auslastung wesentlich höher, nämlich über 90%, lag. Auch dass Winterthur als einziger Anbieter Wochenendpreise hat, damit haben wir Mühe, im Sinn von möglichst viel der Bevölkerung zu ermöglichen.

Im Herbst 2009, das hat Roland schon gesagt, wurde das Angebot eingeführt mit dem Ziel, den Winterthurerinnen und Winterthurern ein attraktives Angebot zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu bieten.

Ziel dieser Dienstleistung muss sein, dass sie kostendeckend erfolgt – das ist es. Aber zu einem attraktiven Angebot gehört für uns mehr, nämlich dass die Bevölkerung die Tageskarten zu einem möglichst günstigen Preis beziehen kann. Zumal gemäss Auskunft die Preiselastizität nicht bekannt ist resp. die Auswirkungen dieser Erhöhung können weder abgeschätzt noch einberechnet werden, d.h. es ist unklar, ob die Preiserhöhung zu keinem, einem kleinen oder grossen Rückgang der verkauften Tageskarten führt. Dies haben wir von der CVP/EDU klar deklariert und wir fordern es auch heute: Die Preise sollen kostendeckend sein, aber zu möglichst tiefen Preisen angeboten werden.

Die vorgeschlagenen Preise erfüllen das nicht, aber die Preise waren auch nicht Bestandteil der Weisung und wir wollten auch nicht einen Antrag stellen, um möglichst flexibel zu sein. Aber wir hoffen natürlich, dass der Stadtrat hier noch möglichst korrigierend eingreift.

Wir begrüssen die Bemühungen, die nicht bezogenen Tageskarten sinnvoll zu nützen, ob das mit einem Last-Minute-Angebot ist, wie es jetzt scheinbar eingeführt wurde, oder auch indem diese Tageskarten gemeinnützigen Organisationen kurzfristig am Vorabend angeboten werden.

R. Kappeler (SP): Zur Position der SP: Wir stehen vorbehaltlos hinter dem Antrag der Weisung, mit der Änderung, die die AK beschlossen hat. Dass nun doch sehr viele operative Dinge hier diskutiert werden, befremdet uns ein bisschen. Genau diese sehr schnelle Einführung des Last-Minute-Angebotes zeigt uns, dass die Produktgruppe Immobilien fähig ist, da schnell und flexibel zu reagieren und ich bin überzeugt, sie wird auch auf Nachfrageschwankungen mit Anpassungen von Preisen und Mengen reagieren. Wir haben volles Vertrauen in die Stadtverwaltung und danken.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung. Stefan, Du hast nichts mehr dazu zu ergänzen?

Stadtrat St. Fritschi: Soll ich es nochmals sagen?

Ratspräsidentin A. Steiner: Rein von der Reihenfolge her hättest Du noch das letzte Wort. Aber in dem Fall stimmen wir nun ab.

Den Antrag 1 stimmen wir normal ab, den Antrag 2 müssen wir auszählen zuhanden der Volksabstimmung.

Wer dem Antrag 1 zu diesem Kredit für die Bereitstellung von Tageskarten zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist, glaube ich, sogar einstimmig – oder fast. Das ist noch nicht relevant, aber beim Antrag 2 müssen wir auszählen.

Wer dem Antrag 2 zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen. Auszählen bitte.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Damit haben wir diesem Geschäft, das wir eigentlich nicht beraten wollten, nach 20 Minuten mit 53:1 Stimmen zugestimmt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2018.38: Kredit von Fr. 375'000.-- für das Projekt Erschliessung «Im Link», Sulzerallee bis Seenerstrasse, Radweg (Investitionsbeitrag), Projekt-Nr. 11446

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Traktandum ist wie erwähnt noch nicht behandlungsreif und wird verschoben.

4. Traktandum

GGR-Nr. 18.73: Wiederkehrender Kredit für die bewachte Velostation am Hauptbahnhof Winterthur für die Jahre 2019, 2020 und 2021

Ratspräsidentin A. Steiner: Traktandum 4, da kommen wir zur Velostation. Renata Lüchinger hat das Wort.

R. Lüchinger (SSK): Bei der Weisung zum wiederkehrenden Kredit für die bewachte Velostation am Hauptbahnhof Winterthur geht es um einen Folgekredit für die Jahre 2019 – 2021. Die Kommission Soziales und Sicherheit hat an ihrer Sitzung vom 20. August das Geschäft behandelt. Der Antrag lautet: Für den Betrieb der bewachten Velostation Winterthur werden zulasten der Laufenden Rechnung der Arbeitsintegration Winterthur folgende Bruttokredite bewilligt: Fr. 390'000 für das Jahr 2019, Fr. 377'000 für das Jahr 2020 und Fr. 365'000 Fr. für das Jahr 2021.

Ich möchte kurz zurückblenden. Winterthur betreibt seit 1997 eine Velostation am Hauptbahnhof mit zurzeit zwei Standorten: Gleis 3 und Stellwerk Railcity. Es stehen rund 1'000 überdachte und bewachte Veloabstellplätze zur Verfügung. Betrieben wird die Velostation durch die Arbeitsintegration Winterthur. Und weil die Arbeitsintegration eine Produktegruppe des DSS ist, hat sich die Kommission Soziales und Sicherheit mit dieser vorliegenden Weisung beschäftigt.

Mit Beschluss vom 20. Januar 2014 hat der Gemeinderat für die Jahre 2014 – 2018 einen Betriebs- resp. Nettokredit bewilligt für die bewachte Velostation, und zwar abgestuft für das Jahr 2014 Fr. 290'000 und für die Jahre 2015 – 2018 wiederkehrend Fr. 240'000. Der Bericht der Velostation vom 30. Oktober 2017 dient als Grundlage für den vorliegenden Kreditantrag. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 28. Mai 2018 dem Bericht zugestimmt, wenn auch kritisch. Die Velostation hat ihre Berechtigung aus zwei Gründen: Aus verkehrspolitischer und aus sozialer Sicht. Bei der heutigen Weisung steht v.a. der finanzielle Aspekt im Vordergrund.

Ich möchte kurz auf die beiden erstgenannten Aspekte eingehen. Primär hat die Velostation ihre Berechtigung aufgrund des städtischen Gesamtverkehrskonzept. Dieses hat der Gemeinderat ja 2011 zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit der Mitunterzeichnung der Charta für nachhaltige städtische Mobilität im Jahr 2010, die die Städtekonferenz Mobilität verfasst hat, gingen wir als Stadt Winterthur eine Verpflichtung ein. Die Velostation ist ein Pfeiler in diesem Konzept und unter der Stossrichtung 4 vom Teilkonzept Veloverkehr des städtischen Gesamtverkehrskonzept wird auch festgehalten, dass man ein attraktives und sicheres Veloroutennetz in Winterthur garantieren möchte. Man will gut erreichbare öffentliche Abstellanlagen für die Velos anbieten. Und zur Aufwertung der Infrastruktur am Hauptbahnhof schaffte man eben bewachte Velostationen. In vielen Städten gibt es schon bewachte Velostationen. Dazu möchte ich nichts sagen, sondern auf diesen Velerbericht verweisen und auf die Vergleichszahlen, die man dort vorfinden kann.

Was sind die Dienstleistungen der bewachten Velostation? Man kann sein Velo dort zentral einstellen, die Öffnungszeiten sind ziemlich lang (von 5 Uhr morgens bis nachts um 1 Uhr),

der Standort ist auch Samstag/Sonntag geöffnet. Man kann dort sein Velo reinigen lassen (aber nicht reparieren) und man kann dort Mietvelos von Rent-a-bike ausleihen.

Der soziale Aspekt liegt darin, dass die Velostation Arbeitsplätze im Teillohn an Sozialhilfebezügler mit Wohnsitz in Winterthur vergibt. Das haben wir im Gemeinderat 2014 so beschlossen. Mit diesem Beschluss bekennen wir uns für die soziale Integration von Sozialhilfebezügern. Für sie besteht so ein Leistungsanreiz und es wird für sie die Möglichkeit geschaffen, wieder in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Der Lohn für diese Arbeitsleistung wird aus der Sozialhilfe finanziert. Es wurden damals schon im Rat Fragen zur Wirtschaftlichkeit von solchen Betrieben diskutiert, wobei man aber den sozialen Aspekt immer unterstützt hat.

Während der verkehrspolitische Aspekt und der soziale Aspekt unbestritten sind, gab und gibt auch heute der finanzielle Aspekt zu reden. So wurde auch in der Kommission die vorliegende Weisung kontrovers diskutiert. Die Frage der Wirtschaftlichkeit steht also nach wie vor im Raum. Der Kostendeckungsgrad liegt bei fast 50%. Würde das ganze Personal regulär entlohnt, wäre dieser Kostendeckungsgrad nur 33%. Die Kosten der Velostation machen v.a. der Personalaufwand für Betriebsleitung und die Administration aus, für die Infrastruktur und den Sachaufwand. Erträge generiert die Velostation aus den Einnahmen für verkaufte Tageskarten und Abonnements. Die Jahresabonnements sind die grösste Einnahmequelle. Seit 2014 wurden immer wieder Anstrengungen unternommen, um diese Personalkosten senken zu können. Das bestätigen die Zahlen beim Nettoaufwand: Die Kosten konnten von Fr. 290'000 auf Fr. 240'000 gesenkt werden. Dies dank folgenden Anpassungen: Zu den Randzeiten arbeiten jetzt Teillohneempfänger ohne Aufsicht. Sie haben zwar immer Unterstützung, aber diese ist nur noch telefonisch. Dank dem Pikettdienst ist die Betriebsleitung aber doch immer telefonisch erreichbar.

Das wäre eine Aufstellung der Kosten. Der Stadtrat hat uns bestätigt und garantiert, dass er die Kosten optimieren will und damit auch die Nettokosten senken. Von 2019 – 2021 möchte man die Personalkosten um 0.3 Stellen senken. Das soll stufenweise passieren, 2019 um 0.2 Stellen und 2020 um die restlichen 0.1 Stellen. Das würde dann zu einer Kostenreduktion von Fr. 40'000 führen. Zusätzlich könnte man dank einer tieferen Einstufung von einer neuen mitarbeitenden Person die Kosten 2021 nochmals um Fr. 10'000 reduzieren. Auch dank Umlagerungen bei der Zuordnung der Kosten innerhalb der sozialen Dienste und der Arbeitsintegration könnte man die Kosten leicht reduzieren. Die Sachkosten hingegen werden voraussichtlich stabil bleiben.

Gehen wir zu den Erträgen. Auf 1. Januar 2014 hat die Stadt eine Preiserhöhung um 30 Fr. vollzogen, eine Preiserhöhung der Abonnements. Man konnte dann sehen, dass die Verkaufszahlen nicht gross gesunken sind und die Velostationen nicht an Attraktivität verloren haben. Im Bericht der Velostation hat man eine erneute moderate Preissteigerung bei den Jahresabonnements von heute 150 auf 170 Fr. in Betracht gezogen. Diese Preiserhöhung wäre eigentlich im Vergleich zu anderen Städten durchaus gerechtfertigt. Der Stadtrat möchte aber zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Preiserhöhung verzichten und die Preisfrage erst nach Abschluss der Umbauarbeiten am Hauptbahnhof anfangs 2022 neu prüfen. Er begründet das damit, dass wegen der Bauarbeiten der direkte Zugang zu den Gleisen vom Standort Stellwerk Railcity aus nicht mehr möglich ist, und er befürchtet, dass die Attraktivität der Velostation dadurch eingebüsst werden könnte.

Noch etwas zu den Zahlen: Bisher hat man Nettokredite bewilligt. Nettokredite beziehen sich auf die Zahlen in der untersten Zeile der Tabelle. Unter Nettokosten, das wissen Sie sicher alle, versteht man die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Jetzt ist es so, dass das neue Gemeindegesetz, das seit 1. Januar 2018 in Kraft ist, verlangt, dass die Berechnung der Ausgaben grundsätzlich immer nach dem Brutto-Prinzip erfolgt. Und der Bruttoaufwand wird da in der Tabelle unter den Kosten ausgewiesen.

Der beantragte Betriebskredit lässt sich nun wie folgt berechnen: Als Referenz für die Berechnung nimmt man den Bruttoaufwand für das Jahr 2017, das wären die Fr. 425'000. Dank der vorgängig erwähnten Anpassungen im Bereich Personal und Umlagen wird ein Minderaufwand im Bereich Personal und Umlagen prognostiziert und die Kosten können so sukzessive bis ins Jahr 2021 gesenkt werden. Im Jahr 2019 rechnet man deshalb mit einem Minderaufwand von Fr. 35'000, 2020 Fr. 50'000 und 2021 Fr. 60'000. Entsprechend verringert sich der

Bruttoaufwand bis in das Jahr 2021 und der Bruttokredit, der für die nächsten drei Jahre beantragt ist, geht parallel auch zurück. Für das Jahr 2019 wäre der Bruttokredit Fr. 390'000, für das Jahr 2020 Fr. 375'000 und für das Jahr 2021 Fr. 365'000.

Ich möchte Ihnen nochmals diese Tabelle zeigen: Man sieht, dass bei den Erträgen die Zahlen in den letzten Jahren stabil geblieben sind, immer rund um Fr. 200'000. Diese stabilen Erträge, die weiterhin angestrebt werden, bewirken, dass die Nettokosten sinken werden. Im Jahr 2019 rechnet man dann mit Nettokosten von Fr. 190'000, im Jahr 2020 von Fr. 175'000 und im Jahr 2021 mit Fr. 165'000.

Zum Schluss muss ich noch eine Erklärung anbringen: Gründe, um zu erklären, wieso der Betriebskredit bis 2021 befristet sein soll. Die Gründe sind folgende: Die neue Velostation PU Nord, die 2022 in Betrieb genommen wird, gehört der Stadt, während die anderen beiden Standorte der SBB gehören. Man muss also bis 2022 klären, ob das DSU die Trägerschaft für alle drei Standorte übernehmen kann, was eigentlich durchaus Sinn machen würde.

Gleichzeitig muss bestimmt werden, wer mit der Betriebsorganisation beauftragt wird. Wirtschaftlich und kundenfreundlich gesehen müsste das die gleiche Organisation sein, wie bisher die Arbeitsintegration oder eine andere soziale Organisation.

Nach kontroverser Diskussion, wie ich gesagt habe, hat die Kommission Soziales und Sicherheit mit einem Stimmverhältnis von 6:3 dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank, Renata Lüchinger. Bisher haben sich erst 2, nein 3 Leute gemeldet, dass sie sprechen möchten. Bei allem Verständnis für nach den Sommerferien, vielleicht an dieser Stelle für alle neuen Ratsmitglieder: Es wäre eigentlich die Meinung, während dem Vorstellen des Geschäftes möglichst bald aufzustrecken. Dann sehen wir Euch sicher und dann können wir Euch auch so hier vorne notieren.

Zuerst kommen wir zu einem Antrag von Seiten SVP-Fraktion: Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Ich stelle für unsere Fraktion den folgenden Antrag: Unter dem Punkt 1 ist zu ergänzen (vorne ist es projiziert): Ab 2022 läuft das Abstellen von Velos rund um den Hauptbahnhof möglichst kostendeckend.

Soll ich das gleich begründen? Sowohl ich wie auch die SVP-Fraktion haben von Anfang an immer wieder verlangt, dass die Velostation kostendeckend betrieben wird. Das wurde in der Kommission auch noch von anderen Seiten unterstützt, die können sich dann selber äussern. Die Veloabstellplätze an und für sich stellen wir nicht in Frage. Aber den unnötigen Luxus einer persönlichen Bewachung rund um die Uhr – und diesen noch mit Steuergeldern zu subventionieren. Während die Autofahrer bereit sind, im nicht betreuten Parkhaus für einen Abend gegen 20 Fr. zu zahlen und damit sogar Überschüsse generieren, zahlen die Velofahrer noch nicht einmal ihre Kosten, die sie verursachen. Ich denke, da ist ein Umdenken nötig. Gerade wenn die Stadt Luxus-Dienste anbietet wie eine bewachte Velostation, dann sollen wenigstens diese kostendeckend sein. Denn sonst werden die Autofahrer zwei Mal zur Kasse gebeten: Zuerst über die überteuerten Parkplätze und nochmals, wenn sie als Steuerzahler zur Subventionierung von Veloparkplätzen gezwungen werden. Das ist dann doppelt unfair. Es ist eine Unsitte, dass in der Politik immer wieder Forderungen aufgestellt werden, aber dann niemand bereit ist, die Kosten, die man verursacht, auch zu begleichen. Klar, eine bewachte Velostation ist wünschenswert. Und es ist auch durchaus zu begrüssen, wenn dadurch Stellen mit niedrigen Anforderungen geschaffen werden können. Aber offenbar sind Personen, die sich das wünschen, nicht bereit, die horrenden Kosten dafür zu tragen. Und wenn ein Angebot zwar gut ist, aber nicht kostendeckend, und die Kunden nicht bereit sind, den korrekten Preis zu zahlen, dann neigen die verwöhnten Schweizer dazu, nach dem Sankt-Florian-Prinzip den Staat zu beauftragen, ohne zu verstehen, dass letztlich sie selber die Kosten trotzdem tragen müssen und alles in irgendeiner Form wieder auf sie zurückkommt.

Der Stadtrat kann beim Aufwand oder bei den Einnahmen ansetzen. Er könnte die Kosten senken, indem er z.B. Stellenprozente in der Stadtverwaltung noch weiter senkt oder die Öffnungszeiten reduziert, er könnte z.B. das Abholen am Abend mit einem Magnetstreifen oder Lochkarte ermöglichen, so dass die Velobesitzer hineinkommen, auch wenn die Velostation

geschlossen ist und keiner mehr anwesend ist. Er könnte die Preise erhöhen, dann hat er aber Angst, dass weniger Velos kommen oder die irgendwo anders abgestellt werden. Um das zu verhindern, könnte er anfangen, Gratis-Veloparkplätze rund um den Bahnhof herum zu bewirtschaften. Ein wildes Abstellen könnte er z.B. verhindern, indem das einfach konsequent gebüsst wird. Er könnte für den Betrieb eine private Firma beauftragen, die dann noch mehr Dienstleistungen anbieten könnte als jetzt möglich ist, weil wir ja Private nicht konkurrenzieren wollen. Sie könnten z.B. vom Reparaturservice bis hin zum Kiosk etwas anbieten. Wenn der Antrag angenommen wird, wird unsere Fraktion diese Vorlage annehmen. Wenn der Antrag abgelehnt wird, würden wir sie ablehnen. Und zwar nicht, weil wir die Veloparkplätze nicht wollen, im Gegenteil, diese braucht es – aber wir wollen sie nicht zu diesen Kosten.

S. Näf (SP): Die Velostation hat sich aus Sicht der SP bewährt. Die bewachte Velostation leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Veloverkehrs. Dabei erfreut sich das Angebot, wie sich der hohen Auslastung entnehmen lässt, einer grossen Beliebtheit. Gleichzeitig erhalten ältere Sozialhilfebeziehende, die bei der Velostation eingesetzt werden, eine Tagesstruktur mit einer sinnvollen Tätigkeit. Es ist eine beeindruckende Leistung, dass die jährlichen Nettokosten dieses Angebotes von rund 290'000 im Jahr 2014 auf rund 240'000 im Jahr 2018 gesenkt wurden und jetzt bis im Jahr 2021 nochmals auf rund 165'000 Fr. gesenkt werden sollen. Somit werden die Kosten sich gegenüber dem Jahr 2014 um mehr als 1/3 reduzieren. Diese Kostensenkung resultiert v.a. aus weniger Personalkosten für städtisches Personal. Das wird möglich, indem den Sozialhilfebeziehenden stufenweise mehr Eigenverantwortung übertragen wird, wobei die Erreichbarkeit des städtischen Personals mit einem Pickettdienst während der Betriebszeiten der Velostation immer gewährleistet bleibt.

Nachvollziehbar erscheint uns, dass im Zusammenhang mit dem auf das Jahr 2022 geplanten Ausbau des Angebotes mit der neuen Velostation PU Nord geklärt werden soll, welche städtische Organisationseinheit die Verantwortung für alle Velostationen tragen soll.

Die SP stimmt dem wiederkehrenden Kredit für die bewachte Velostation am Hauptbahnhof Winterthur für die Jahre 2019, 2020 und 2021 zu.

Was den Antrag der SVP betrifft, ist festzuhalten, dass der Bericht zur Velostation vom 30. Oktober 2017, den wir am 28. Mai 2018 hier im Gemeinderat diskutiert haben, überzeugend aufzeigt, dass bewachte Velostationen in der gesamten Schweiz nicht kostendeckend betrieben werden können. Uns ist es aber wichtig, dass es weiterhin eine bewachte Velostation sein wird, in der auch die Sozialhilfebeziehenden einer Tätigkeit nachgehen können. Uns irritiert insbesondere, dass die CVP, die die Organisation der Velostation noch in der Sitzung vom 28. Mai als wirtschaftlich-soziale Win-win-Situation beschrieben hat, einen solchen Antrag unterstützen soll. Die SP lehnt diesen Antrag ab.

R. Dürr (Grüne/AL): Wie bereits beim Bericht zur Velostation, den wir zustimmend zur Kenntnis genommen haben, wird die Fraktion Grüne/AL diesen Kreditantrag vollumfänglich unterstützen. Einerseits ist es für uns ein weiterer wichtiger Schritt in die Förderung des Langsamverkehrs, des Veloverkehrs. Andererseits beinhaltet die Velostation auch Sicherheits- und Sozialaspekte. Man kann die Velos von morgens 5 Uhr bis morgens 1 Uhr bewacht abstellen und für diese Velos wird geschaut, es stiehlt sie niemand. Und wenn man sie holen geht, ist man auch bewacht, es ist immer jemand dort.

Daneben übernimmt die Velostation auch einen Anteil der sozialen Integration. Es sind Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen, die in dieser Velostation arbeiten. Es sind Leute, die praktisch nicht integriert werden können in den normalen Arbeitsalltag. Es ist Sozialhilfe, die ohnehin schon gezahlt wird. Sie werden entschädigt mit einem kleinen Teillohn als Zückerchen, weil sie etwas machen. Sie bekommen aber auch die Möglichkeit, dass sie einen geregelten Alltag haben, dass sie nicht zuhause hocken und ihrem Schicksal frönen müssen, weil sie Sozialhilfebezüger oder -bezügerinnen sind. Es gibt diesen Menschen, die ohnehin eigentlich schon am Rande der Gesellschaft stehen, die Möglichkeit, einen geregelten Alltag zu haben und eine sinnvolle Tätigkeit ausüben zu können.

M. Zehner (GLP): Wir Grünliberalen finden diese Velostation eine wichtige Institution am Bahnhof und begrüßen auch die Ankündigung, dass nach dem Umbau am Bahnhof noch weitere Stationen eröffnet werden. Wir erwarten eine Weisung noch vor 2022, in der dann erklärt wird, ob der Betrieb nach dem Umbau mit drei Velostationen am Bahnhof kostendeckend geführt werden kann bzw. ob der Kostendeckungsgrad erhöht werden kann. Wir erwarten, dass dort dann ersichtlich ist, welches Departement diese Velostationen führen wird und wir finden es auch wichtig, dass das weiterhin ein Teillohnprojekt ist, damit man diese Integration weiterführen kann.

Wir wünschen zwar einen höheren Kostendeckungsgrad, können uns aber mit der Forderung, dass das ganz kostendeckend sein soll, nicht abfinden. Ich glaube, das geht nicht. Das wurde in der Kommission erklärt, dass das unmöglich ist, dass das ganz kostendeckend ist. Vielleicht müsste der Pirat einmal kurz überlegen, wie denn der Kostendeckungsgrad beim Autofahren ist, bevor er bei den Velofahrern anfängt, überall das Geld so abzuziehen. Da die Weisung die nächsten drei Jahre betrifft, sind wir auch der Meinung, dass der Punkt 2 da gar nicht hineingehört. Wir bekommen ja für 2022 dann eine Weisung, wo wir das alles klären und nochmals besprechen können. Wir sind der Meinung, dass mit dem Abschluss des Umbaus dann längerfristig geplant werden kann, und falls das DSU oder ein anderes Departement nicht fähig ist, um andere marktwirtschaftliche Projekte aufzugleisen, dann müsste man sich vielleicht auch überlegen, ob man im Rahmen eines Vertrages für eine Auslagerung oder mit Rahmenverträgen allenfalls Drittanbieter beauftragen könnte, um diese Velostation zu führen.

Wir Grünliberalen stimmen dieser Weisung, so wie sie da ist, zu.

R. Lüchinger (CVP/EDU): Für die CVP/EDU-Fraktion ist es unbestritten, dass die Velostation eine gute Sache ist. Im Frühling verkündete die Winterthurer Zeitung ja bereits: «Winterthur bleibt die Velostadt Nr. 1». Das ist doch sehr erfreulich. Winterthur geht mit diesem Titel auch Verpflichtungen ein, sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch gegenüber der Umwelt. Die CVP/EDU-Fraktion trägt den politischen Willen mit, den Verkehrsträger Velo zu fördern. Sie steht deshalb auch hinter der Velostation. Es ist unbestritten: Um das Velo als Verkehrsmittel in der Stadt attraktiv zu halten, müssen wir wetter- und diebstahlsichere Abstellplätze in Zentrumsnähe anbieten.

Wir finden es eine sinnvolle Lösung, einigen Sozialhilfeempfängern so Arbeit anbieten zu können und sie im Teillohn zu entschädigen. Dass dieser Leistungsanreiz aber über die Sozialhilfe entschädigt wird, gefällt uns hingegen weniger. Auch das Wort «Teillohn» ist irreführend, weil Sozialhilfeempfänger nicht in einem Anstellungsverhältnis zur Stadt stehen. Lohnsubventionen, wie sie die Stadt den betreffenden Sozialhilfeempfängern anbietet, ist keine Sozialhilfe mehr und sollte auch nicht dort verbucht werden. Wir verlangen deshalb vom Departement, das mit dem Kanton zu klären.

Andererseits stört uns auch die Tatsache, dass der Kostendeckungsgrad der Velostation nur 50% beträgt. Deshalb haben wir den Ergänzungsantrag miteingereicht mit der FDP und der SVP, dass ab 2022 das Abstellen des Velos rund um den Hauptbahnhof doch möglichst kostendeckend ist. Es ist klar, Martin, kostendeckend bringen wir sicher nicht hin, deshalb sagen wir einfach «möglichst kostendeckend». Wir möchten auch, dass die Stadt in dieser Hinsicht jetzt Lösungen sucht. Wir möchten nicht, dass die Diskussion erst 2022 läuft, sondern dass 2022 eine passende Finanzierungslösung präsentiert wird.

Unangemessen finden wir in diesem Zusammenhang, dass die Abogebühren und insbesondere die Jahresabogebühren für die Velostation bis 2022 nicht erhöht werden sollen. Als Grund wird in der Weisung genannt, dass die Velofahrerinnen und Velofahrer durch die Bauarbeiten am Hauptbahnhof stark behindert seien und z.B. keinen direkten Zugang zu den Gleisen mehr hätten. Aber ich frage mich: Sind wirklich alle Velofahrerinnen und Velofahrer, die diese Velostation frequentieren, Pendlerinnen und Pendler und gehen auf den Zug?

Wir glauben nicht, dass eine Erhöhung der Abogebühr für die Velostation zum jetzigen Zeitpunkt scharenweise verärgern würde. Wir gehen davon aus, dass das Bevölkerungssegment, das das Angebot der Velostation nutzt, auch eine höhere Abogebühr zahlen würde. Eine Erhebung der Velostationsnutzer wäre in diesem Zusammenhang interessant.

Nichts desto trotz verlangen wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Abgebührenerhöhung, sondern gehen mit unserem Ergänzungsantrag einen angepassten Weg. Die Autofahrerinnen und Autofahrer zahlen in Winterthur in den Parkhäusern hohe Gebühren. Mit diesen Gebühren kann sehr viel Gewinn generiert werden. Wir sind aber gegen eine Quersubventionierung, was man ja auch diskutieren könnte. Autoverkehrsteilnehmende sollen in Winterthur mittelfristig neben den hohen Parkgebühren nicht auch noch die Velostationen über die Steuern mitsubventionieren. Die Velofahrer und Autofahrer sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Und der Anreiz für den Veloverkehr sollte nicht überproportional auf Kosten der Steuerzahler gehen. Damit das so funktionieren kann, muss die Velostation möglichst bald möglichst kostendeckend betrieben werden.

Autofahrer und Velofahrer müssen in die Pflicht genommen werden und für das Parkieren ihres Verkehrsmittels angepasste Gebühren zahlen. Denken wir doch an die langen Veloreihen, die z.B. entlang der Stadthausstrasse abgestellt sind. Sie gehen meistens über die markierten Abstellplätze hinaus. Auch gegen das Wildparkieren sind Massnahmen zu überlegen. Es kann doch nicht sein, dass man sein Velo ausserhalb der markierten Zone abstellen darf, nur weil es ja nicht viel Platz braucht und man so keine Gebühren zahlen muss. Die Fussgängerinnen und Fussgänger werden oftmals durch die abgestellten Velos behindert und die Stadtkasse füllt sich so auch nicht. Die CVP/EDU-Fraktion findet, entsprechende Lösungen sind gefragt - und nicht bis 2022 aufschiebbar.

S. Müller (EVP): Der Bericht der Velostation wurde einige Male erwähnt. Wenn ich das Stichwort gehört habe «Wir unterstützen den Antrag, weil er einen angepassten Weg geht», dann hat man wohl diesen Bericht nicht ganz gelesen, denn in diesem Bericht ist sehr wohl ersichtlich, dass nirgends in der Schweiz eine Velostation annähernd kostendeckend betrieben werden kann. Also werden wir wohl auch in Winterthur, auch wenn wir sehr kreativ sind, da nicht eine mega andere Lösung finden.

Wir als EVP unterstützen den Kreditantrag für die nächsten Jahre, lehnen diesen Antrag sicher ab und ich möchte da einfach nochmals sagen: Wir haben auch gute Aussichten. Wir sind nicht dagegen als EVP-Fraktion, dass man nicht noch besser machen, was gut ist - und vielleicht, ja, kann man bei der Preispolitik noch etwas machen, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt, sondern ab 2022, wenn das Angebot bedeutend lukrativer ist (eine Verdoppelung des ganzen Angebotes von Plätzen). Dann kann man das diskutieren, das ist angebrachter als jetzt. Man könnte auch restriktiver gegen die Wildparkierer vorgehen, das stimmt schon, aber ich glaube, der Stadtrat hat das richtig erkannt, dass das um den Bahnhof herum mit dieser Bauerei momentan ein bisschen eine sensiblere Lage ist, in der man ein bisschen Feingefühl haben sollte. Wenn man da mit dem Lastwägeli alle zwei Wochen hinfahren würde und die wildparkierten Velos einladen würde, dann hätte der Landbote wieder etwas zu schreiben. Ich möchte noch ein Wort dazu sagen, wie man Kosten sparen könnte, lieber Pirat, für eine bewachte Velostation (was immer noch der Anspruch ist): Wir könnten eine Kamera aufstellen, das wäre dann auch bewacht – aber ich weiss nicht, ob das dann in dem Sinne ist, wie Du es meinst. Und sonst sind die Kosten schon sehr tief. Das sieht man auch, wenn man diesen Bericht anschaut.

Wir stimmen wie gesagt diesem Antrag sicher nicht zu, der Weisung schon. Wir möchten einfach nochmals sagen: Um wirklich konstruktiv Lösungen zu finden, auch in der Preispolitik, bringen solche illusorischen Vorstellungen von 100% beim Kostendeckungsgrad einfach nicht sehr viel in der Diskussion.

D. Schneider (FDP): Wir unterstützen diesen Antrag im Sinne einer konsequenten bürgerlichen Politik. In den Diskussionen kam klar zum Ausdruck, dass bei den Kosten noch Potential ist, das merkt man auch schon in der Weisung. Wir finden es wichtig, dass man den Kostendeckungsgrad - möglichst kostendeckend, das ist etwas gummig – ich sage mal, dass man diesen erhöht. Das ist das, was für uns wichtig ist. Es ist ein Signal, das uns von der FDP wichtig dünkt. Es ist noch Potential da. Die ganze Weisung hat gute Sachen drin. Die ganze Frage der Betreiberorganisation, das hat noch Potential kostenmässig. Die Vergrösserung der Velostation hat Potential, das finden wir eine gute Entwicklung.

Auch wenn der Antrag nicht durchkommt, wird die FDP trotzdem dieser Vorlage zustimmen.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für die Präsentation der Referentin dieser Vorlage, für diese angeregte Diskussion. Ich glaube, alle Voten und Punkte sind durchaus sehr ausgiebig bereits gefallen. Ich danke auch für die Vorberatung in der Kommission und dass die Kommission die Zustimmung zu dieser Vorlage beantragt.

Ich glaube, ein Punkt, der im Antrag von Marc Wäckerlin und seiner verbündeten Parteien aufgeführt ist, leuchtet heraus: Wenn man sagt, dass man den Betrieb 2022 möglichst kostendeckend führen soll. Ein nicht ganz periodengerechter Wunsch, das haben wir von Martin gehört, über diese Weisung hinaus. Man spricht von 2022, und eigentlich beinhaltet die Weisung genau die Phase von 2019 – 2021. Und wenn man sagt «möglichst kostendeckend», suggeriert das ein bisschen, das könne man auch ganz kostendeckend machen. Dann muss man sich auch fragen, wie viel Kostendeckung ist denn möglich. Es war verschiedensten Voten zu entnehmen, Sie haben das erwähnt, dass man eigentlich schon im erwähnten Bericht, den der Gemeinderat – nicht ausschliesslich mit Begeisterung, aber doch einstimmig – am 28. Mai dieses Jahres zustimmend zur Kenntnis genommen hat, dort aufgelistet hat, dass ein kostendeckender Betrieb einer bewachten Velostation nicht möglich ist (nach jetzigen Annahmen). Man sieht auch, dass das in allen anderen Städten der Schweiz, die man geprüft hat, auch nicht der Fall ist. Von daher denke ich, kann man sich wirklich an diesen Bericht anlehnen, dieser zeigt ja auch auf, wo man Möglichkeiten hat, um noch zu optimieren. Das sind aber letztlich auch grundsätzliche politische Fragen. Also wenn man z.B. von einer Gebührenerhöhung spricht, dann müsste das dann auch den politischen Willen und eine Mehrheit finden. Es wurden verschiedene Dinge aufgezeigt. Wenn man weitere Angebote machen würden, die dann Private konkurrenzieren würde, könnte das auf der anderen Seite nachvollziehbar auf Opposition stossen. Und so hat man das in dem Bericht einfach sehr breit ausgelegt.

Die Weisung, die wir nun vorlegen und bei der die Kommission vorschlägt, sie zu unterstützen, ist eigentlich die konsequente Fortschreibung dieses Berichtes. Man sagte, wieso man nur den Schnitt von 2019 – 2021 nimmt, weil man ab 2022, wir haben es gehört, mit der neuen PU Nord eine ganz neue Situation haben. Man wird dann mit einem grösseren Mengengeschäft arbeiten können und dabei werden sich Fragen neu stellen. Das wird sicher dann auch in einer entsprechenden Weisung dargelegt, beantragt und da diskutiert werden müssen.

Was sich geändert hat, ist dass man neu das Brutto-Prinzip drin hat. Von daher ist der Zahlensprung auf den ersten Blick ein bisschen grösser. Man sagte damals im Bericht, eine Preiserhöhung wäre möglich. Auf diese hat man jetzt verzichtet, weil es wirklich zur Unzeit ist. Auch das wurde mehrfach erwähnt. Sie kennen die Situation am Hauptbahnhof, ich glaube, es wäre kein guter Zeitpunkt, um jetzt eine Erhöhung zu machen. Man muss sagen, dass man sowohl vom Kostendeckungsgrad wie auch von den Preisen her durchaus bei den Leuten ist. Es ist nicht so, dass wir weit entfernt wären im Vergleich mit anderen Velostationen. Und was man sich auch immer noch überlegen muss, ist dass man mit jeder Erhöhung (das haben wir auch schon bei der letzten Erhöhung erlebt), auch da und dort ein Abonnement verloren geht, das sich auch betriebswirtschaftlich rechnen müsste. 2022, wenn wir mit der neuen Velostation PU Nord in einer neuen, attraktiven Situation sind und wirklich einen Mehrwert anbieten können, dann ist sicher der richtige Zeitpunkt, um die Gebührenfrage dann nochmals zu stellen, ob es da eine moderate Anpassung geben soll. Was wir aber gemacht haben, und das ist ganz wichtig: Wir haben auf der Ausgabenseite, auf der Kostenseite, beim Personal nämlich, nochmals Optimierungen vorgenommen. Wir reduzieren schrittweise. Wenn ich zurückdenke an den Anfang der Velostation, die ersten Jahre um 2010, damals hatte man Nettokosten von rund Fr. 330'000 pro Jahr. Als wir das 2013 das letzte Mal hier drinnen behandelt haben, sagte der Gemeinderat für das erste Jahr 2014 Fr. 290'000, im folgenden Fr. 240'000. Jetzt gehen wir nochmals schrittweise hinunter auf Fr. 190'000 im nächsten Jahr und Fr. 175'000/Fr. 165'000 in den Folgejahren. Ich glaube, das ist so kostendeckend wie möglich. Man geht schrittweise vor und macht, was möglich ist. Und wenn ich

über die Zeit schaue, haben wir eigentlich eine markante Reduktion des Nettokredites geschafft in dieser Zeit. Von daher denke ich, dass das eine vernünftige, möglichst kostendeckende Variante ist, die man jetzt bringt – aber auch eine, die den sehr bewährten und beliebten Betrieb auch in Zukunft sicherstellen wird.

Und dann wird man sicher im Jahr 2022 mit einer entsprechenden Weisung nochmals ganz grundsätzlich schauen können, wie man da ein gutes Angebot macht, denn letztlich ist es auch aus verkehrspolitischer Sicht ganz wichtig, dass man gute, bewachte Velostationen hat, möglichst um den Bahnhof herum. Das wird man dann haben und dann kann man vielleicht auch mit der grösseren Menge die Kosten nochmals etwas optimieren. In diesem Sinn danke ich für die Debatte und die Unterstützung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Antrag der SVP-Fraktion ab und anschliessend über Ziffer 1.

Wer dem Antrag der SVP zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Damit haben Sie den Antrag mit 34:20 Stimmen abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag des Stadtrates.

Wer dem Antrag wiederkehrender Kredit für die bewachte Velostation vom HB Winterthur für die Jahre 2019, 2020 und 2021 zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Das ist eindeutig, besten Dank.

Marc Wäckerlin, wünschst Du die persönliche Erklärung?

M. Wäckerlin (PP): Ja, eine ganz kurze Anmerkung. Ich habe schnell im Protokoll kontrolliert: Es wurde mehrheitlich angenommen, es wurde nicht einstimmig angenommen. Das hast Du in Deinem Votum falsch gesagt. Es wurde mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen, aber nicht einstimmig.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2018.69: Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), T. Brütsch (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Wahlbüro-Organisation Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen noch zum Postulat Wahlbüro-Organisation. Mindestens die Begründung werden wir noch durchführen.

U. Glättli (GLP): Ich begründe das Postulat Wahlbüro-Organisation Winterthur. Fehlende Parteilisten in den Wahlunterlagen für das Parlament, vorläufiges Nicht-Zählen volle Parteilisten im Wahlkreis Wülflingen, verspätetes Erkennen davon durch die Verantwortlichen mit der Folge von einer falschen, später korrigierten Sitzverteilung im Parlament und – vorläufig das letzte – ist zum 10. Juni die Panne bei der Zustellung zu erwähnen.

Denken wir an die Parteien und ihre knappen Wahlbudgets. Ganz wichtig: Die rechtzeitige Zustellung ihrer Wahlflyer im Rahmen des offiziellen IPK-Wahlwerbeversandes. Genau diese Zustellung ist leider in der Vergangenheit immer wieder zu spät erfolgt – teilweise erst nach Zustellung der Wahl- und Abstimmungsunterlagen. Da kann man sagen, das ist Sache der IPK und der Parteien, aber immerhin gehen da städtische Adressauszüge an die IPK und man hat ein öffentliches Interesse, dass diese Wahl- und Werbecouverters auch rechtzeitig ankommen. Alle Parteien haben dieses Interesse, unsere Wahlkampfbudgets sind knapp.

Für die Organisation der städtischen Wahlen und Abstimmungen trägt der Leiter des Wahlbüros, bekanntlich der Stadtpräsident, die politische Verantwortung. Wollen wir ihm wirklich freie Hand geben und das Ergebnis der laufenden Analyse durch eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe bloss in der AK zur Kenntnis nehmen zu müssen? Nein, beauftragen wir doch den Stadtrat mit einem Bericht an das Parlament, in dem vertieft dargelegt werden muss, wie er

seine politische Verantwortung wahrnehmen will und ob und wie das Parlament ergänzende oder andere Bewegungen schaffen soll.

Es mutet auch eigenartig an, wenn bloss das Personal im Kreiswahlbüro Wülflingen ausgetauscht oder vorgeführt wird, und im Übrigen, so wäre es zu befürchten, alles beim Alten bleibt. Es geht da nicht um rechts oder links, es geht um Ordnung, Verantwortung und Vertrauen. Jede Stimme zählt. Ich appelliere an jeden und jede Einzelnen der Anwesenden: Nehmt Eure Kontrollverantwortung des Parlaments wahr und beauftragt mit diesem Postulat den Stadtrat, uns allen über die Behebung der herrschenden Mängel Bericht erstatten zu müssen. Überweisen wir gemeinsam dieses Postulat, damit wir da für geordnete Zustände sorgen können. Die Wählerinnen und Wähler werden es Ihnen danken.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es einen Ablehnungsantrag? Christian Griesser.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir stellen den Ablehnungsantrag. Es ist richtig, die Verordnung ist älteren Datums, sie stammt aus 1973. In der kritisierten Verordnung werden z.B. die Wahlkreise, die Urnenstandorte und die Wahl des Wahlbüros geregelt. Wesentlich jünger ist die Verordnung über Abstimmungen und Wahlen in der Stadt Zürich, diese wurde nämlich vor ca. einem Jahr das letzte Mal angepasst. Und darin ist genau das Gleiche geregelt wie in der Verordnung, die wir haben. Insofern zählt das Alter der Verordnung nicht.

Die Wahlpannen im 2018 hatten auch gar nichts mit dieser Verordnung zu tun. Laut meinem Wissensstand war nie die Rede von einem normativen Systemfehler, sondern von menschlichen und maschinellen Fehlern. Lässt sich das mit einer Verordnung verhindern? Wohl kaum. Es macht keinen Sinn, unserer Ansicht nach, dass der Gemeinderat in einer Verordnung Schnittstellenorganisation regelt und derartige Dinge. Das muss gesetzlich auf einer tieferen Hierarchiestufe, vom Stadtrat, geregelt werden. Er muss dafür sorgen, dass die Qualität gesichert wird. Wir können nicht eine Verordnung erlassen und jedes Mal diese Verordnung wieder anpassen, wenn die Verarbeitungssoftware einen Release gemacht hat und man dort irgendetwas neu und anders eingeben muss.

T. Brüttsch (SVP): Das bisherige Wahl- und Abstimmungsjahr 2018 kann man getrost unter dem Titel «Pleiten, Pech und Pannen» zusammenfassen. Und damit gebe ich nicht meinen parteipolitischen Standpunkt zu Protokoll. Es ist der Stadtverwaltung zwar zuzugestehen, dass bei der Häufung der Fehler auch eine gehörige Portion Pech mit im Spiel war. Immerhin ist der gleiche Fehler nicht mehrmals gemacht worden, dafür ist aber immer wieder ein anderer vorgekommen. Da ist insofern nur ein kleiner Wermutstropfen: Wenn ich sage, dass gewisse Fehler nicht mehrmals vorgekommen sind, dann gibt es eine Ausnahme, und diese finde ich da besonders irritierend: Dass man die Wahlvorschläge für die Friedensrichterwahlen sage und schreibe drei Mal publizieren musste, bis es schliesslich stimmte.

Der Stadtpräsident hat in Aussicht gestellt, wir haben es schon gehört, dass eine Arbeitsgruppe zur Qualitätsverbesserung eingesetzt wird und die Vorfälle in der jüngsten Vergangenheit analysieren soll. Wir sind jetzt dann gespannt auf die Ergebnisse. Unser Postulat setzt an dieser Stelle an: Wenn man dran ist, die Abläufe zu überprüfen und dann auch zu optimieren, dann sollte man auch die gesetzlichen Grundlagen einer Überprüfung unterziehen. Und die jetzige Verordnung über die Organisation des Wahlbüros stammt aus 1973 und ist – mit Verlaub – ein bisschen handgestrickt. Sie regelt eigentlich nur die personelle Zusammensetzung des Wahlbüros und die Urnenstandorte.

Offenbar hat Christian Griesser eine andere Verordnung der Stadt Zürich gelesen als ich. Ich empfehle jedenfalls dem Stadtrat, in der Verordnung der Stadt Zürich über Abstimmungen und Wahlen zu spicken. Dort drin sind insbesondere auch Stimmabgabe und die Ermittlung der Ergebnisse geregelt.

Ich möchte betonen, das Anliegen des Postulats ist keine parteipolitisch gefärbte Frage, sondern soll schlicht dazu führen, dass man eine moderne Grundlage schaffen kann, die vielleicht dazu beiträgt, Fehler bei Abstimmungen und Wahlen künftig zu minimieren und das Vertrauen in die demokratischen Entscheide zu stärken. Insofern darf man auch gerne von ratslinker Seite diesem Postulat zustimmen, es ist unverdächtig.

U. Hofer (FDP): Ich kann mich Urs nur anschliessen und es relativ kurz machen. Wir haben es gehört: «Pleiten, Pech und Pannen». Das ist unglücklich – was darunter leidet, ist das Vertrauen des Volkes in Abstimmungen. Das ist nicht zu vernachlässigen, das ist ein zentrales Element der Demokratie. Der Stadtrat hat versichert und ich glaube ihm das auch, dass er die operativen Abläufe nochmals untersuchen wird. Aber ich glaube, man muss schon auch die Überlegung machen, ob man nicht die gesetzlichen Rahmenbedingungen auch gleich bei dieser Gelegenheit erneuert und verbessert. Seit September 1973 wurde diese Verordnung nicht mehr angepasst, das war vor IT-Technik, vor Internet usw. Da lohnt sich vielleicht tatsächlich ein Blick hinein. Das Postulat ist mit Sicherheit parteipolitisch neutral, wichtig und auch sinnvoll für die Stadt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich wünsche allseits guten Appetit.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich entschuldige für die 2. Sitzung Gabriella Milicevic. Sie hat sich mit Fieber durch die erste Sitzung gekämpft, musste nun aber nach Hause gehen. Wir kommen zu den nächsten Voten zum Postulat Wahlbüro-Organisation.

B. Huizinga (EVP): Es stimmt, die Massnahmen, die ergriffen werden sollen, sind aufgegleist und sind am Laufen. Offene Türen sind bereits sichtbar, allerdings sehen wir nach genauer Prüfung des Postulats genau damit eine zusätzliche Möglichkeit, auch einen parlamentarischen Keil in die Türen zu stecken. Nicht dass sie aus Versehen unbemerkt wieder zu gehen. Der Vorstoss skizziert einige überzeugende Punkte zur Verbesserung der internen Organisation und ist mit der Formulierung «Änderungen sind zu prüfen» keine Richtlinie, die per se umzusetzen ist, sondern wir verstehen sie als Vorschläge. Zudem scheint dieses Postulat tiefer zu graben, tiefer zu gehen als die Massnahmen, die die Task Force bereits angepackt hat. Eine Mehrheit der EVP-Fraktion begrüsst das und wird somit der Überweisung des Postulats zustimmen.

R. Keller (SP): Wir werden diesen Vorstoss ablehnen und zwar aus ähnlichen Gründen wie Christian Griesser schon gesagt hat. Zwar ist der Vorstoss tatsächlich unverdächtig, wie Tobias es auch sagte, es gibt eigentlich nichts zu sagen dagegen - ausser dass er eigentlich nichts damit zu tun hat, um was es überhaupt geht, nämlich mit diesen Wahlpannen. Es bestreitet niemand, dass es tatsächlich Wahlpannen gab im April und im März schon. Ansgar Simon und Thomas Bolleter haben uns an zwei AK-Sitzungen erzählt, welche Massnahmen man trifft und wie man das jetzt analysieren will und wie man den Prozess verbessern will. Wir haben den Vorschlag, diese Arbeitsgruppe zu bilden und dann einen Massnahmenkatalog auszuarbeiten, wie man diese Wahlpannen verhindern kann. Ganz wird uns das wahrscheinlich nie gelingen, alles zu verhindern. Aber einige Massnahmen hat man tatsächlich auch schon umgesetzt: Druckauftrag verbessert, Plausibilitätsprüfung macht man auch anders usw. Das sind Dinge, die jetzt im Gange sind, und man ist daran, diese Abklärungen zu entwickeln und diese Arbeitsgruppe arbeitet. Und vor Ende Jahr, das ist ja nicht mehr so furchtbar lange, werden uns in der AK die Resultate dieser Abklärungen und Recherchen vorgelegt. Und dann können wir es wieder anschauen, können sicher sagen, wenn wir noch andere Sachen sehen oder noch Fragen haben dazu.

Es ist mir und uns als ganzer SP-Fraktion ein bisschen rätselhaft, was dieser Vorstoss nun genau soll und was diese Verordnung eigentlich mit diesen Wahlpannen zu tun hat. Und deshalb finden wir ihn eigentlich ein bisschen überflüssig. Der Stadtrat soll tatsächlich diese Verordnung einmal anschauen, aber mit den Wahlpannen hat diese Verordnung eigentlich gar

nichts zu tun. Und deshalb finden wir: Wenn Ihr den überweisen will, dann soll man das machen – aber wir finden nicht, dass man einen Zusatznutzen aus diesem Vorstoss ziehen kann. Wir werden den Vorstoss nicht überweisen.

A. Geering (CVP/EDU): Es hat v.a. bei den Wahlen im Frühling 2018 Pleiten und Pannen gegeben. Es gab Dinge, die nicht rund liefen, es gab Fehler. Wie wir alle wissen (und auch von Regula schon gesagt wurde) hat der Stadtrat das erkannt, hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die dem nachgeht, hat diese Arbeitsgruppe medial verkündet und steht damit auch unter einem selbstauferlegten Druck, Resultate zu liefern. Jetzt wissen wir auch, dass ein Termin für diese Resultate bekannt ist (in der AK wurden wir ja auch über die Medien hinaus noch informiert), und deshalb wissen wir, dass der Stadtrat und diese Arbeitsgruppe am Arbeiten sind und gehen davon aus, dass in dieser Gruppe die Resultate aufgezeigt werden, wo Veränderungen geschehen müssen. Es wird auch die gesetzliche Grundlage (Verordnungen) angeschaut. Wenn dort Potential besteht, wovon wir bei alten Verordnungen ausgehen, wird das dann auch aus dieser Arbeitsgruppe herauskommen.

Eingangs wurde gesagt, es geht um das Vertrauen vom Bürger in die Verwaltung, in das Abstimmungsverfahren. Ja, wir haben das Vertrauen zum Stadtrat, wir haben das Vertrauen zur Verwaltung, dass sie jetzt diese Arbeit seriös und gut machen, weil sie eben auch aufgrund der Geschehnisse wissen, dass sie nun wirklich seriös arbeiten müssen. Und so warten wir auf die Resultate und werden uns dann allenfalls wieder äussern, wenn es nötig ist.

Dieses Postulat hingegen werden wir nicht mitüberweisen.

Stadtpräsident M. Künzle: Abstimmungen und Wahlen sind Instrumente, die wir in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, in der Schweiz ausüben dürfen, und diese haben einen sehr hohen Stellenwert. Und es ist wichtig, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die, die das organisieren – nämlich in uns – dass dieses Vertrauen da ist. Ich muss nicht erinnern, wie tief die Quoten derer sind, die an die Urne gehen oder mitmachen bei Abstimmungen und Wahlen. Wenn solche Dinge passieren, dann ist das umso ärgerlicher und nicht vertrauensfördernder.

Deshalb kann ich auch nachvollziehen, wenn solche Forderungen kommen. Ich muss aber sagen, und das haben verschiedene auch schon gesagt: Man kann uns auch den Auftrag geben, mit dem Zug nach Bern zu fahren, obschon wir schon im Zug nach Bern sitzen. Also, ich möchte damit sagen, dass dieser Vorstoss wirklich unnötig ist. Wir stehen auch im Austausch mit dem Bezirksrat. Wir werden demnächst gegenüber dem Bezirksrat aufzeigen, was passiert ist, was wir vorhaben, was wir machen. Ende Jahr, das sagten Regula und auch andere bereits, werden wir das Massnahmenpaket aufzeigen, das wir umzusetzen gedenken. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir haben alles Interesse daran, das Risiko von solchen Vorfällen zu reduzieren. Das sind v.a. technische und v.a. auch menschliche Sachen. Und wenn diese Arbeitsgruppe, die selbstverständlich auch die gesetzlichen Grundlagen anschaut, die Reglemente anschaut, die wir haben, wenn diese zum Schluss kommt, dass man dort etwas ändern muss, dann kommen sie mit diesem Vorschlag. Und aufgrund dieser Debatte könnt Ihr Euch vorstellen, dass man ohnehin ein Auge auf diese Verordnung haben wird, notabene aus 1973.

Ich möchte Euch wirklich beliebt machen, das nicht zu überweisen. Wir sind daran, auf Hochtouren daran, weil wir ein Interesse daran haben.

Und ich muss auch noch sagen: Natürlich, am Schluss ist ohnehin alles der Stadtpräsident. Ich bin Präsident des Zentralwahlbüros. Dann hat es aber jeweils Präsidentinnen und Präsidenten der Wahlbüros. Und primär sind diese in der Verantwortung. Wir koordinieren oben. Aber wenn man diese Verantwortung mir geben will – ich nehme sie, ich bin Stadtpräsident.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dafür ist, dass das Postulat überwiesen wird, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer das Postulat nicht überweisen möchte, soll das ebenfalls bezeugen. Enthaltungen?

Es sind 27 Stimmen, die das Postulat überweisen möchten, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Damit ist das Postulat überwiesen.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2017.7: Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Winterthur als Kulturhauptstadt Europas

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu dieser Serie von Interpellationen, bei denen ich im Vorfeld darauf hingewiesen habe, dass ich Euch bitte, dass primär die Erstinterpellantinnen und -interpellanten einen ausführlichen Kommentar haben und dass die anderen sich wirklich auf das Wichtigste beschränken und v.a. doppelte Dinge zurückhaltend einbringen, damit wir möglichst schnell vorwärts kommen. Ich denke, es ist im Interesse von uns allen, dass wir unsere Geschäfte abbauen können, nicht dass wir irgendwann einmal noch eine Zusatzsitzung einfügen müssten.

Die erste Interpellation geht um die Kulturhauptstadt Europas. Christoph Magnusson hat sie eingereicht, für ihn spricht Thomas Leemann.

Th. Leemann (FDP): Ich danke für die Antwort auf die Interpellation. Seit 1985 vergibt die Europäische Union jährlich zurzeit an zwei Städte im Jahr den Titel einer Kulturhauptstadt. Damit man den Titel Kulturhauptstadt bekommt, ist es nicht zwingend, dass man in der Europäischen Union Mitglied ist. Es ist schade, dass der Stadtrat zurzeit keine Priorität sieht für dieses Label und sich bei der EU für diese Kulturhauptstadt zu bewerben.

Wenn man es für unsere einzigartige Kultur in Winterthur nicht einmal versucht, einen Antrag in der EU einzureichen, sondern es schon von Anfang an nicht machen will, ist das für mich nicht nachvollziehbar. So chancenlos sind wir doch nicht. Wir haben ja auch Schweizer Vertreter, Politiker, in Brüssel, von denen man erwarten kann, dass sie ein gutes Wort für uns einlegen würden.

Der Vorschlag, bei einer EXPO (Landesausstellung) mit den 10 grössten Städten in der Schweiz mitzumachen, löst bei mir grosses Unbehagen hervor. Da habe ich ein Déjà-vu – EXPO 02 im Seeland. Irgendwie irgendwann hat es dann doch einmal stattgefunden.

Wenn dann die EXPO Landesausstellung doch stattfinden sollte, an welcher Stelle würden wir, Winterthur, dann stehen von diesen 10 Städten? Schlusslicht, Mitte, Anfang? Das wissen wir ja nicht. Würden wir auch entsprechend zum Zug kommen mit unserem Nachbarn, der grossen Stadt Zürich? Dass sie uns nicht alles wegschnappt? Das wissen wir auch nicht. Wenn wir doch einmal Kulturhauptstadt werden wollen, was ja super wäre und den Bekanntheitsgrad von Winterthur in Europa zunimmt, wäre das doch sehr toll. Nur schon die Vorstellung, dass Touristen vom Flughafen Kloten (oder jetzt Zürich) Richtung Winterthur fahren und nicht Richtung Zürich, das wäre ein tolles Gedankenspiel, das wir haben könnten.

Damit wir den Titel Kulturhauptstadt von Europa auch einmal erhalten würden, müssen wir uns zuerst einmal anmelden. Dann kann man immer noch abwägen, ob man die Anmeldung weiterzieht oder nicht. Sollten wir den Zuschlag einmal bekommen, müssen wir uns zusammennehmen und den Anlass immer wieder weiter vermarkten, Jahr für Jahr, immer dranbleiben. Aber ich muss auch sagen, es ist lobenswert, dass der Stadtrat die Kosten im Griff haben will und auch auf das schaut, das ist doch auch wichtig. Aber muss man denn immer teure Anlässe machen für ein solches Label? Ich glaube nicht. Unsere Infrastruktur in Winterthur ist ja vorhanden. Wir haben ÖV, wir haben schon Museen, wir haben viele Schlafgelegenheiten (Hotels, Hostels usw.). Und dass wir etwas auf die Beine stellen können, haben wir mit der 750-Jahr-Feier bewiesen.

Dass sich der Stadtrat vorerst auf die Drei-Häuser-Strategie konzentriert, macht Sinn. Aber wenn wir international etwas erreichen wollen, sollten wir die Kandidatur für die Kulturhauptstadt von Europa ins Auge fassen und einreichen.

Fazit: Bei der Beantwortung der Interpellation Kulturhauptstadt hätten wir vom Stadtrat erwartet, dass er ein bisschen mehr Begeisterung gezeigt hätte. Ich sage nur: Auf zu neuen europäischen Zielen.

L. Banholzer (EVP): In unseren Augen ist diese Interpellation eigentlich obsolet, weil die Auszeichnung Kulturhauptstadt eine europäische Idee ist und EU-Ländern vorbehalten ist. Du hast das jetzt anders gesagt, aber ich habe etwas Anderes gelesen.

Dabei habe ich erfahren, dass es auch auf Bundesebene ein Thema ist und die Schweiz in diesem Bereich anscheinend die Nähe der EU sucht. Anschliessen können wir uns da der Feststellung, dass Winterthur durchaus Potential hätte, eine solche Kulturhauptstadt zu werden, wenn es dann möglich wäre. Da das aber in absehbarer Zeit ja nicht der Fall sein wird, begrüssen wir die Initiative des Stadtrates für die Landesausstellung von 10 Städten. Das finden wir eine Idee mit einem grossen Potential, um die Städte ins Licht zu rücken und auch mit dieser Idee könnte sich die Stadt Winterthur profilieren. Genau das wäre bestes Standortmarketing.

Wir nehmen die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis.

M. Steiner (SP): Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken sind Projekte zentral, die den Austausch fördern. Als Brückenbauer zwischen kultureller Sprache und gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen sie Begegnungen von Personen mit unterschiedlichster Herkunft. Das Rahmenkonzept der Kulturhauptstädte Europas geht genau in diese Richtung. Die Stärkung der Kulturpolitik und der Kulturförderung sind seit Jahren ein wichtiges Anliegen innerhalb der SP. Umso erfreuter sind wir, dass die FDP mit ihrem kulturellen Vorstoss-Päckli diese Linie aufnimmt, auch wenn es als leicht verspätetes Wahlkampf-Vehikel daherkommt. Mit dem letzten EU-Beschluss sind die Regeln für die Vergabe bis ins Jahr 2033 festgelegt. Neu ist, dass sich nicht nur Städte aus den EU-Mitgliedsländern, sondern auch aus EU-Kandidatenländern und aus potentiellen EU-Kandidatenländern bewerben können. Ob die Schweiz von der zuständigen Kommission als potentielles EU-Kandidatenland angeschaut wird, und damit die formalen Voraussetzungen erfüllen würde, ist aber mehr als unsicher. Basel hat sich in der Vergangenheit bereits zwei Mal vergeblich um eine Ernennung zur Kulturhauptstadt bemüht. Aktuell lässt der Basler Regierungsrat eine mögliche dritte Kandidatur prüfen, ob sie in den folgenden Jahren überhaupt zum Wettbewerb zugelassen würden. Die entsprechende Antwort darauf dürfte auch für andere Schweizer Städte spannend sein. Aber Winterthur hat sich in den letzten Jahren auch ohne Titel immer wieder mit grossem Elan und Aufwand als Kulturstadt präsentiert. Auf kleinster Fläche steht ein aussergewöhnlich dichtes, hochstehendes und überregional beachtetes Angebot. Wir schätzen deshalb auch die Bemühungen des Stadtrates, im grenz- und generationenübergreifenden Projekt EXPO eine tragende Rolle zu übernehmen.

Und wir teilen die Einschätzung, dass Winterthur auch noch einige Hausaufgaben bewältigen muss, bevor Bewerbungen in diesem Ausmass angegangen werden können. Dazu gehören die gezielte Förderung der Kultur und die Aufwertung der kulturellen Vielfalt in der Stadt, damit wir mit der Kultur einen langfristigen Beitrag an die Entwicklung dieser Stadt leisten können. Eine Leistung, die man übrigens gerne, auch und vor allem vom neu gegründeten «House of Winterthur» erwarten darf.

Die SP-Fraktion bedankt sich für die ausführliche Antwort zu dieser Interpellation und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis.

S. Gygax (GLP): Auch wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation und nehmen sie positiv zur Kenntnis. Die Mehrheit der GLP-Fraktion fand diese Idee ohnehin nicht so super und unterstützte sie auch nicht. Persönlich hätte ich mir aber Winterthur als Kulturhauptstadt von Europa vorstellen können und sogar sehr gerne vorgestellt. Offenbar ist das aber nicht möglich oder eben vielleicht doch möglich – wir wissen jetzt gerade auch nicht so genau, was die Grundvoraussetzungen sind und wie da vorgegangen werden muss. Wie auch immer: In absehbarer Zukunft wird Winterthur nicht Kulturhauptstadt von Europa, und

das ist schade. Wenn Basel es wird, dann darf man sich aber nicht ärgern. Vielleicht sollte man diese Idee in absehbarer Zeit doch wieder einmal aufnehmen.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrates trotzdem zustimmend zur Kenntnis.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese Antwort. Wir stimmen mit dem Stadtrat überein, dass eine Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas die Ressourcen und auch die Kapazitäten arg strapazieren würde, zumal ja auch rein rechtlich eine Bewerbung ziemlich schwierig wäre.

Wir begrüßen aber, dass hinsichtlich der Kultur auf längerfristige Wirkungen fokussiert wird, und mit dem «10 Städte für eine Landesausstellung», mit diesem gesamtschweizerischen Projekt, dass lanciert wurde und auch in der Realisation ist – der Stadtpräsident kann vielleicht noch mehr sagen, wie weit man da schon ist. Wir freuen uns, dass da doch etwas gemacht wird, das auch realisiert werden soll. Es geht aber schon noch ein bisschen länger, bis das dann stattfinden soll.

Wir hoffen natürlich, dass Winterthur damit dann in aller Munde ist, nicht nur gesamtschweizerisch, sondern auch noch ein bisschen im Ausland. Wir nehmen die Antwort insgesamt positiv zur Kenntnis.

K. Gander (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich beim Stadtrat für die vorliegende Interpellationsantwort und nimmt sie wohlwollend zur Kenntnis. Es wurde eigentlich schon alles gesagt. Da die Schweiz und Winterthur alleine an formalen Kriterien dieses Vergabeverfahrens scheitern, ist das zurzeit nicht möglich. Alternativ, das wurde auch schon gesagt, bleibt das Projekt EXPO der Schweizer Städte. Ich denke, dort haben wir Potential, uns auch noch zu profilieren.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich danke den Interpellanten, also der FDP, für das ganze Kulturpaket. Auch wenn wir das Meiste ablehnen in der Umsetzung, weil es einfach auch etwas kostet und auch Ressourcen braucht. Damit ist aber wenigstens auch ein Ziel erreicht, nämlich dass man über die Kulturstadt Winterthur spricht und einmal absteckt, was sie eigentlich für ein Potential hat. Die Kulturstadt Winterthur hat ein riesiges Potential. Wir haben in den letzten ungefähr 15 Jahren enorm viel gearbeitet an dieser Kulturstadt, wir haben sie vorangetrieben, wir haben sie bekannt gemacht. Wir haben Umfragen gemacht in der Schweiz, als was man die Stadt Winterthur kennt, was ist am bekanntesten: Neben Sulzer, Rieter und AXA Winterthur (damals noch Winterthur) ist die Kulturstadt bereits ein Begriff. Man kennt uns also als Kulturstadt in der Schweiz.

Ich durfte Eindrücke erleben von einer Eröffnung einer solchen Kulturhauptstadt: Das war nämlich Pilsen, unsere Partnerstadt, die vor 2-3 Jahren diesen Titel hatte. Und ich durfte sehen und miterleben und auch im Gespräch mithören, was das gekostet hat und was für Ressourcen gebraucht hat. Diese sind bei diesen Kosten noch nicht dabei. Es ist enorm. Man kann auch sagen: Wenn Europa draufschaut, dann wird es teurer. Pilsen hat da wirklich eine hervorragende Darbietung geboten über das ganze Jahr, aber das war ein riesiger Aufwand und braucht auch entsprechende Leute.

Wir entschieden uns im Stadtrat, dass wir v.a. den Weg der Landesausstellung gehen. Wir sind dort immer noch dabei, wir gehören zu den 10 grössten Städten der Schweiz, die das lanciert haben. Wir haben das Konzeptpapier verfeinert in dieser Arbeitsgruppe dieser 10 Kernstädte. Ich werde diese Woche wieder an einer Sitzung sein. Wir sagten im Stadtrat, das ist das, das uns die Chance gibt, als Stadt, als Kulturstadt, aufzutreten und in der Schweiz eine Rolle zu spielen, auch in diesem Vergleich zu den anderen Städten innerhalb der Schweiz. Und ich bin überzeugt, dass diese Landesausstellung a) zu Stande kommt und b) dass sie auch eine Aussenwirkung haben wird, nicht nur eine Innenwirkung. Und dann haben wir das erreicht, dass wir uns als Kulturhauptstadt in Szene setzen können.

Ich denke, das ist etwas ganz Wichtiges, an dem arbeiten wir, aber das muss jetzt nicht als Kulturhauptstadt Europas sein.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre diese Interpellation abgeschrieben.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2017.8: Beantwortung der Interpellation St. Feer (FPD) betr. «Free Piano» (Kultur näher zur Bevölkerung bringen)

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur nächsten Interpellation zum Thema «Free Piano».

St. Feer (FDP): Wir diskutieren da über ein Geschäft, das sehr wahrscheinlich für die Winterthurer Kulturszene mehr von Interesse und Wichtigkeit ist als in der Produktegruppe Kultur der Winterthurer Verwaltung. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt wie folgt dazu Stellung: Die Antwort des Stadtrates beschränkt sich leider in grössten Teilen auf die Abhandlung des Formates «Play Me, I'm Yours» und antizipiert dieses Format auf die Stadt Winterthur. Eine Kopie dieses Formates war aber definitiv nie die Meinung der FDP, sonst hätten wir das nämlich in der Interpellation geschrieben. Aber wenn man alles ausschliessen muss, was man nicht meint, wird es langsam kompliziert, wie man überhaupt eine Interpellation formulieren soll.

Die Produktegruppe Kultur hätte eigentlich selber auf die Idee kommen können, dass man nicht das meint, denn in diesem Kulturpaket, das als solches (da bin ich froh) ja auch zur Kenntnis genommen wurde, fragen wir ja beim Geschäft 17.9 nach dem Markenkern, nach dem Alleinstellungsmerkmal. Und Alleinstellungsmerkmale erarbeitet man nicht, indem man Formate kopiert. Soweit zur Einleitung.

Zur Antwort des Stadtrates: Wir freuen uns natürlich, dass der Stadtrat diese Idee gleich positiv sieht wie die Fraktion, dass man die Wichtigkeit sieht vom kulturellen Leben in Winterthur. Was die Rahmenbedingungen angeht, handelt der Stadtrat wie schon gesagt «Play Me, I'm Yours» ab und es ist klar, dass er zu einer negativen Bilanz kommt von dieser Aktion, das würde ich unterstützen, denn wie gesagt, wir müssen wirklich nicht das kopieren, was Genf machen kann, wobei das nicht Genf alleine ist, sondern auch für das Copyright etwas zahlt. Genf hat vielleicht mehr Ideen und weniger Kreativität - ich hoffe, Winterthur hat mehr Kreativität als Genf.

Was noch zu sagen ist zu den Rahmenbedingungen, weil der Stadtrat ja nicht sieht, dass man so etwas machen sollte: Dass im Nachgang zur Einreichung der Interpellation und zur Berichterstattung in den Medien verschiedenste Kulturschaffende auf die Fraktion zugekommen sind und eigene Formate an uns herangetragen haben. Diese sind in ihrer Umsetzung alle einfacher und günstiger und optimal auf Winterthur zugeschnitten gewesen, anders als das Format «Play Me, I'm Yours».

Eines bleibt aber allen Vorschlägen gleich: Es braucht eine gute Portion Idealismus, Freiwilligenarbeit und immer wieder eine wohlwollende Unterstützung durch die Behörde.

Wie könnte eine solche Umsetzung in Winterthur aussehen? Eben nicht das, was der Stadtrat abhandelt, das «Play Me, I'm Yours». Es ist für die die Fraktion wichtig, dass eine solche Aktion zur Identität der Kulturstadt passt. Es muss überraschend und erfrischend sein, definitiv keine «Mee too»-Strategie, keine Kopien, sondern eben anders sein als alle anderen, und das mit Erfolg. Was Genf gemacht hat, das sollen sie machen – ich denke, für Winterthur passt das nicht.

Was die Kosten angeht, da unterstützt die FDP den Ansatz der Stadt, dass eine solche Aktion von unterschiedlichen Geldgebern getragen werden sollte und dass die Stadt dabei eine eher untergeordnete Rolle spielen soll. Es ist auch die Idee der FDP, dass die Stadt optimale Rahmenbedingungen schaffen soll und sich auf diese Rolle konzentrieren soll.

Und damit komme ich noch zur Frage 5, zu den Unterstützungsmöglichkeiten. Die FDP sieht die Rolle wie schon erwähnt in den Unterstützungsmöglichkeiten in den niederschweligen Bereichen. Die von der Stadt aufgeführten Spannungsfelder und Interessensabwägungen

sind richtig und nachvollziehbar, aber es ist natürlich auch nicht die Idee, dass man 24 Stunden lang die Stadt beschallt mit Klavieren. Von daher sollten sich die Störungen der Ruhezeiten in Grenzen halten.

Ja, es wurden 2-3 Projekte an uns herangetragen, die wir am Bearbeiten sind. Da spielt auch Markus Wenger eine Rolle in dem Ganzen. Und wenn die Projekte dann kommen, hoffen wir doch, dass die Stadt diesen dann wohlwollend gegenübersteht.

K. Gander (Grüne/AL): Mir persönlich gefällt es sehr, wenn es klimpert und tönt, so finde ich auch die Aktion der SBB toll, die an verschiedenen Bahnhöfen Klaviere für musikalische Einlagen bereitstellt. Die Reisenden hauen in die Tasten, spielen bekannte oder unbekannte Melodien und zaubern den oft doch griesgrämigen Bahnhofsmenschen ein Lächeln auf das Gesicht.

Die Interpellationsantwort erstaunt dann wenig. Der Stadtrat mag zwar Musik, findet die Idee auch grundsätzlich toll - aber Private sollen es umsetzen und selber finanzieren und wenn es dann soweit ist, schaut man, wie man unterstützen kann. Ohne Vorzugsbehandlungen zu machen und mit Rücksicht auf das Ruhebedürfnis der Bevölkerung.

Solche Aktionen brauchen Herzblut und Engagement, wir haben es gehört. Und wenn das in Winterthur vorhanden ist, wie das laut den Ausführungen von Stefan Feer ja ist, dann wäre es doch sehr wünschenswert, wenn wir das auch wohlwollend und grosszügig unterstützen würden. Und bis es so weit ist, hoffen wir, dass die SBB auch einmal ein Klavier in Winterthur deponiert.

L. Banholzer (EVP): Auch uns ist die Idee hinter diesem Vorstoss sympathisch und wir könnten uns solche Aktionen in Winterthur durchaus vorstellen. In der Interpellationsantwort wird aber mehrere Male darauf hingewiesen, dass diese Aktion einfach tönt, aber dass für die Umsetzung doch ein paar Hürden vorhanden sind. Das sehen wir auch so, nicht zuletzt wäre wahrscheinlich der finanzielle und personelle Aufwand ziemlich gross.

Wir könnten uns eine solche «Free Piano»-Aktion in einem kleinen Rahmen, z.B. während der Musikfestwochen in der Altstadt, vorstellen, wenn sowieso an den verschiedensten Orten in Winterthur für das Festival eingerichtet wird. Oder vielleicht einmal im Umfeld von Quartierbibliotheken, da gäbe es wahrscheinlich verschiedene Ideen.

Grundsätzlich sind wir aber auch der Meinung, dass die Initiative von privater Seite her kommen müsste, damit ein solcher Event in Winterthur realistisch wäre.

Wir danken für die Interpellationsantwort und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

G. Stritt (SP): Die Idee von «Free Piano» ist sicher eine total interessante Idee. Musik machen im öffentlichen Raum tönt spannend, kreativ und ist sicher wunderbar. Eine gute Gelegenheit, um Kontakte zwischen verschiedenen Menschen zu unterstützen, die Gemeinschaft zu fördern und urbane Zentren zu beleben. Wirklich eine unterstützungswürdige Sache. Doch neben all diesen positiven Aspekten gibt es halt auch viele offene Fragen. Was auf den ersten Blick als einfach erscheint, ist in der Umsetzung (das hielt auch der Stadtrat in seinem Bericht fest) logistisch aufwändig und ressourcenintensiv.

Diese Art von Event kann keine öffentliche Aufgabe sein, sondern es braucht dafür eine private Initiative, die die Trägerschaft stellt, die Projektplanung und Organisation übernimmt und auch zu einem grossen Teil für die Finanzierung (z.B. über Sponsoring) verantwortlich ist. Bei den bereits lancierten Projekten in diesem Bereich sind die Trägerschaften meistens Vereine und Gruppierungen aus dem Kunst- und Kulturbereich.

Das ist auch richtig so, denn eine solche Idee benötigt mehr als nur Geld und eine Bewilligung. Sie lebt v.a. von einer Bewegung von Menschen, die sie tragen und bereit sind, sich dafür zu engagieren und dafür einen grossen Beitrag zu leisten. V.a. braucht es sehr viele Freiwillige. Ein gutes Beispiel, wie so etwas funktionieren kann, sind die Winterthurer Musikfestwochen, die mit dem grossen Einsatz von über 750 Freiwilligen durchgeführt werden.

Auf keinen Fall würde die SP für ein Projekt «Free Piano» zusätzliche finanzielle oder personelle Ressourcen sprechen oder dem Event zu einer Sonderposition verhelfen. «Play Me, I'm Yours», wie es international läuft, sollte genau die gleiche Behandlung bekommen wie andere

Projekte aus der Kultur- und Kunstszene. Wie der Stadtrat vorschlägt, könnte eine Trägerschaft über projektbezogene Beiträge einen Antrag stellen, dass man sie mitfinanziert, genau gleich, wie das andere Projekte auch machen müssen. In dem Sinn erachten wir das Projekt «Free Piano» zwar als schöne Bereicherung der Kultur- und Kunstszene von Winterthur, wir denken aber nicht, dass man das speziell fördern muss.

Die SP nimmt den Bericht des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis und dankt für die geleistete Arbeit.

S. Kocher (GLP): Auch die GLP-Fraktion findet das Ganze eine interessante Idee, da ein bewährtes Kulturkonzept nach Winterthur zu bringen. Sicher ein Konzept, das seine Wirkung über die Stadtgrenze, vielleicht sogar über die Landesgrenze hinaus entfalten kann. Aber wir sind auch klar der Meinung, dass das nicht die Stadt oder der Stadtrat selber weiterverfolgen soll, sondern wenn das im Rahmen einer privaten Initiative Fahrt aufnehmen soll, dann sehen wir das gleich wie der Stadtrat und hoffen auch, dass er dem Ganzen dann auch entsprechend wohlwollend gegenübersteht und das auch im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen wird.

Die Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates entsprechend positiv zur Kenntnis.

M. Wackerlin (PP): Als Vater eines Piano-begeisterten Sohnes möchte ich doch noch 2-3 Sätze dazu sagen. Es gibt das eigentlich schon und es gibt es privat und die Stadt muss gar nichts machen. Es hat jeweils einen, der da hinten mit dem Klavier kommt. Der ist mega lässig. Ich freue mich jedes Mal. Macht einfach das Richtige und werft ihm etwas in seinen Hut. Und zwar bitte ein bisschen mehr als 1.50 Fr., wie das der Durchschnitt bei den Musikfestwochen gewesen sein soll.

Es ist wirklich ein ziemlicher Aufwand, ein Klavier zu transportieren. Der kommt mit einem Klavier. Einmal, als wir einen Stand da unten hatten, kam einer mit einem Flügel. Mit einem richtig grossen Konzertflügel und hat diesen in die Marktgasse transportiert. Also: Lasst die Leute einfach machen, die etwas machen wollen! Gebt den Leuten den Spielraum, den sie brauchen. Mein Sohn hat auch schon mal da draussen gespielt, im Rahmen vom Konservatorium Winterthur. Sie stellten auch ein Klavier hin. Es gibt solche Sachen. Würgt sie nicht ab, unterstützt sie.

Stadtpäsident M. Künzle: Wir wollen nichts abwürgen und wir wären auch bereit zu unterstützen. Wir sagen nur: Das machen nicht wir, sondern das ist ein typisches privates Projekt. Die FDP hat diesen Vorschlag ja gemacht und ich finde gerade den Vorschlag mit der Verknüpfung mit den Musikfestwochen sehr gut.

Wenn man das liest, könnte man den Eindruck bekommen, dass wir das nicht wollen. Das ist aber genau so. Wir sagten, wir selber können das nicht machen, aber wir sind der Meinung, mit privater Initiative wäre das eine Möglichkeit und da würden wir uns auch nicht verschliessen, wenn es ein privates Projekt gibt.

Wenn ich mir überlege, wer das bei uns an die Hand nehmen müsste, wenn wir den Auftrag bekämen, das zu machen, oder wir selber auf die Idee kommen würden, das selber zu machen... Wenn ich schaue, was wir momentan im Kulturbereich auf der Liste haben, was erledigt werden muss, wer das jetzt an die Hand nehmen sollte.

Aber wie gesagt: Vor einer privaten Initiative stehen wir nicht. Die Idee ist sicher sympathisch, wenn auch in der einen oder anderen Form dann nicht mehr originär, aber ja – dann warten wir einmal auf das Gesuch.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre die Interpellation «Free Piano» auch abgeschlossen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2017.9: Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Entwicklung einer langfristigen Kulturmarke für Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Interpellation betreffend Entwicklung langfristiger Kulturmarke für Winterthur.

St. Feer (FDP): Wir haben es gehört, Winterthur ist eine Kulturstadt und anscheinend ist das schweizweit bekannt. Doch wer die Region verlässt und die Aussage mal in Bern oder in Basel macht, der schaut eigentlich in grosse, fragende Gesichter und irgendwann heisst es: «Ach ja stimmt, Ihr habt doch da ein Museum.» Dann kommt man irgendwann einmal auf das Römerholz oder Oskar Reinhart. Also so wahnsinnig bekannt ist es nicht.

Man muss feststellen, es klafft eine grosse Lücke zwischen dem, was in Winterthur vorhanden und gelebt ist an Kultur und der Wahrnehmung nach aussen. Die international renommierten Werke, die schon seit Jahrzehnten in der Stadt sind, sind nur bedingt Botschafter für die Kulturstadt. Deshalb ist eine klar strukturierte Markenführung notwendig und diese fängt immer mit der Definition des Markenkerns an. Das ist ein bisschen theoretisch, die ganze Geschichte, aber ich empfehle dem Stadtrat, sich dieser Frage des Markenkerns zu stellen, auch wenn das vielleicht im ersten Moment nicht wahnsinnig sexy ist.

Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt wie folgt Stellung: Die Fraktion freut sich, dass der Stadtrat die Notwendigkeit sieht, an einer Kulturmarke Winterthur zu arbeiten und ist auch der Meinung, dass es aufgrund der nationalen und internationalen Konkurrenz nicht reicht, einfach nur dabei zu sein. Winterthur, das wurde schon einige Male gesagt, hat ein vielschichtiges und beeindruckendes Kulturangebot. Der Stadtrat sieht auch die Konkurrenz in der Kulturlandschaft in der Region und auch national und sagt selber: Winterthur hat ein eigenes Kulturprofil mit beträchtlichem Potential. Er sieht die Nähe zu Zürich im kulturellen Bereich als eher problematisch, wenn ich das richtig verstanden habe. Das müsste man vielleicht nochmals prüfen, in anderen Bereichen sucht man ja eher die Nähe zu Zürich. Vielleicht kann man auch dort gewisse Synergien nutzen und die Nähe als Chance und nicht als Herausforderung sehen.

Die Frage der Ausgestaltung des Markenkerns, Markennutzen und Markenpersönlichkeit: Vielleicht zuerst zur Definition des Markenkerns, auf die anderen beiden (Markennutzen und Markenpersönlichkeit) verzichte ich dann, denn der Markenkern ist eigentlich wirklich das Zentrale und daraus sollte man dann den ganzen Rest aufbauen, bevor man irgendwelche weiteren Sprünge macht, ganz generell, ob das nun in der Kultur, in der Wirtschaft oder in einer Firma ist. «Der Markenkern umfasst das zentrale Nutzenversprechen einer Marke gegenüber allen Anspruchsgruppen und dient der Abgrenzung gegenüber anderen Marken, hält das Alleinstellungsmerkmal fest, den ultimativen Nutzen. Der Markenkern ist Ausgangsbasis aller weiteren Markenaktivitäten.» Soweit die Definition. Und deshalb nochmals zurück zu «Free Piano», dem Konzept, das die Stadt vorschlug: Wer kopiert, verliert Alleinstellungsmerkmale und hat dann eigentlich die ganze Diskussion verloren.

Die Frage nach dem Markenwert hat die Fraktion nicht dem «House of Winterthur» gestellt, das ist ein weiterer Punkt, den ich anbringen möchte, sondern an den Stadtrat. An die Stadt, die der grösste Finanzgeber vom «House of Winterthur» ist, und die Fraktion hätte gerne gewusst, was die Stadt für eine Meinung in die Diskussion hineinbringt im «House of Winterthur». Und was im «House of Winterthur» damit gemacht wird, das ist dann wieder eine andere Geschichte, weil «House of Winterthur» ja auch nicht nur die Stadt Winterthur ist. Dass die Produktegruppe Kultur keine Antwort darauf hat, was der Markenkern ist der Stadt, also der Kultur der Stadt Winterthur, finden wir enttäuschend. Nach so vielen Jahren Kultur, nach so vielen Jahren intensiver Bearbeitung (der Stadtrat sagte 15 Jahre), hätte man sich irgendwann mit diesem Thema beschäftigen sollen.

Zur Beurteilung des Modelles «Neubau»: Wir fanden, wir bringen einmal Ideen ein, was man machen könnte. Man schlug das Modell «Neubau» vor. Es ist ja heute vielmals so, dass die

Verpackung von Kultur ein wesentlicher Bestandteil ist der gesamten Inszenierung. Das war vielleicht schon immer so, auch früher schon, aber heute über die Medien hat sich das Ganze verstärkt. Und über diese Verpackung wird dann die Kultur eben näher zu den Menschen gebracht. Die Frage zielt nicht darauf ab, dass Winterthur das machen muss, also Gebäude bauen, sondern wir denken, dass die Chancen von Winterthur eher bei der Geschichte der Stadt liegen und im Verweben von Kultur mit dieser Geschichte. Es geht also nicht darum, dass man am Schluss einfach Museum an Museum reiht, sondern dass man vielleicht eben auch die Geschichte erzählt, woher das Kapital kommt für die Museen, was ist die Industriegeschichte von Winterthur etc. Der Begriff «Kultur» ist viel breiter gefasst in der Interpellation als vielleicht in der Antwort des Stadtrates.

Dann zum Thema Geld: Wenn die Kultur eines von drei strategischen Fokus-Themen der Stadt Winterthur ist und die Stadt das auch mit Begeisterung und Leidenschaft vorantreibt, sind wir überzeugt, dass wir sowohl die politische Mehrheit wie auch die privaten Geldgeber für wesentliche Weiterentwicklungen finden werden.

Vielleicht noch zur «Kulturmeile», da haben wir noch einen Versuch gemacht, um etwas anzustossen: Die «Kulturmeile», das ist uns auch bewusst, ist nichts Neues. Das hat sogar der heutige Stadtrat Stefan Fritschi 2007 (glaube ich) ins Gespräch gebracht. Das ist uns auch klar. «Wer hat's erfunden?» war heute Abend schon einmal ein wichtiger Satz. Die «Kulturmeile» stand schon einmal zur Diskussion. Wir sehen diese eben nicht in einem so engen Korsett, wie das der Stadtrat sah, sondern wir sehen das wirklich im Sinn von «Story telling», mehr über Winterthur erzählen als nur gerade in die Kulturhäuser hineingehen oder an Veranstaltungen gehen.

Der Stadtrat nimmt noch zur Fläche des Kunstmuseums Stellung. Die FDP-Fraktion freut sich, dass im Zusammenhang mit der Markenfrage Kultur dieser Raum vor dem Kunstmuseum und dem Anbau im Kunstmuseum neu beurteilt wird. Die FDP stimmt dem Stadtrat zu, dass in diesem Gebiet ein grosses Entwicklungspotential steckt.

Wir nehmen diese Antwort bis auf das Fehlen des Markenkerns, der wesentlich ist, zustimmend zur Kenntnis.

A. Geering (CVP/EDU): Wir haben bei den letzten Traktanden nichts gesagt. Das ist nicht, weil die CVP/EDU-Fraktion auf einmal wortlos ist und die Stimme verloren hat, sondern weil wir fanden, wir beschränken uns auf einzelne Interpellationen, die heute Abend auf der Traktandenliste sind, auch im Sinne der Effizienz des Ratsbetriebes, und sagen dort, wo es uns wichtig ist, was wir denken. Grundsätzlich: Dort, wo wir nichts sagen, nichts sagten und nichts sagen werden, nehmen wir die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis und danken für die Arbeit, die im Stadtrat geleistet wurde.

Auf der heutigen Traktandenliste ist eine ganze Liste von Vorstössen aus der FDP-Fraktion. Von Kulturvorstössen, bei denen man das Gefühl hat, sie seien alle in einem FDP-Workshop geschrieben worden, vor ca. 1.5 Jahren, ungefähr Januar 2017. Es handelt sich dabei eigentlich um FDP-Werbemassnahmen, die für den kommunalen Wahlgang hätten sein sollen, der jetzt allerdings schon vorbei ist, und Euch in diesem Sinne im Gespräch hält, auch über die Wahlen hinaus.

Zur vorliegenden Interpellation und deren Beantwortung machen wir eine Ausnahme. Stefan Feer war im 2017 sehr nahe am «House of Winterthur», er war im Vorstand des «House of Winterthur». Ein Schelm, wer denkt, Stefan frage, ob etwas kommt, von dem er weiss, dass es kommt, um zu hören, dass es dann kommt. Ihr fragt nach der Entwicklung einer Kulturmarke Winterthur, obwohl schon anfangs 2017 bekannt war, dass dies eine Aufgabe des «House of Winterthur» sein wird, diese Kulturmarke zu entwickeln. Nun gut, der Stadtrat hat die Gelegenheit auf sympathische Art genutzt, um einmal mehr aufzuzeigen, was in Arbeit ist und was kommen soll. Und wenn Du heute Abend sagst, Du hättest hören wollen, was der Stadtrat dazu sagt: Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wieso die Stadtverwaltung die gleiche Arbeit nochmals machen soll, die das «House of Winterthur» auch macht. Das ist dann wirklich schlechte Nutzung von Synergien, wenn zwei Institutionen das Gleiche zeitlich parallel machen müssen.

In der Antwort des Stadtrates begrüßen wir insbesondere, dass ein exklusiver Neubau für die Kunst in Winterthur zurzeit kein Thema sei. Der Stadtrat gewichtet damit das Wünschbare richtig. Investitionen in anderen Bereichen sind dringlicher und wichtiger und der Stadtrat gibt da die richtigen Prioritäten. Was uns in der stadträtlichen Antwort fehlt, ist ein zeitlicher Ablauf zur Entwicklung der Kulturmarke und der Marke «Winterthur» generell, wann sie kommt und wie das zeitlich aussieht. Diese Timeline fehlt uns.

Die CVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden im Departement für die Antworten und für alle anderen Antworten, zu denen wir heute Abend nichts sagen werden.

S. Gygax (GLP): Auch wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Wir nehmen sie positiv zur Kenntnis. Der Zeitpunkt, zu dem die Interpellation eingereicht wurde, war im Januar 2017. Damals war noch nicht einmal die Abstimmung über das «House of Winterthur», man wusste also nicht, ob das überhaupt kommt oder nicht. Da müssen wir Stefan Feer ein bisschen in Schutz nehmen. Ich finde auch den Inhalt gar nicht so schlecht, denn zu diesem Zeitpunkt gab es kein Kulturmarketing in der Stadt. Von daher war das der richtige Zeitpunkt, um diese Interpellation einzureichen.

Die Erarbeitung hat man aber nach der Abstimmung effektiv an das «House of Winterthur» übertragen. Weil das «House of Winterthur» das Standortmarketing als erstes als integriertes Standortmarketing, wie sie das nennt, macht, steht es für Kultur, Wirtschaft, Bildung und Tourismus. Die neue Marke, die man dort erarbeitet, muss alle vier Bereiche abdecken können. Deshalb finden wir Grünliberalen es ungeeignet, dass man jetzt eine zusätzliche Marke nur für die städtische Kultur noch irgendwie dazwischen schieben will, und in dem Sinne auch wenig hilfreich.

Zurück zum «House of Winterthur»: Wie gesagt hat man im Verlauf des letzten Jahres in einem breit abgestützten partizipativen Prozess mit sehr viel Herzblut und Engagement eine neue Marke Winterthur erarbeitet. Es wurde ein Steuerungsausschuss eingesetzt, man hat Markenlabors durchgeführt und man hat Vertreter von allen vier Bereichen befragt. Man hat wirklich auch darauf geachtet, dass die Kultur da ihrem Potential gerecht werden kann. Die Lancierung dieser neuen Marke Winterthur wird am 25. September stattfinden. Die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen sollten alle eine Einladung erhalten, direkt vom «House of Winterthur», und es wäre natürlich schön, wenn möglichst viele dort auch teilnehmen würden und sich dann gleich selber ein Bild über diese neue Marke Winterthur machen.

In dem Sinn nehmen wir die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese Interpellationsantwort. Lange Zeit wurde die Marke Winterthur v.a. mit der Winterthur-Versicherung assoziiert. Heute existiert diese Versicherung bekanntlich unter dem Namen AXA. Der Name «Winterthur» braucht also neue Assoziationen.

Der Interpellant möchte Winterthur demnach v.a. mit dem Thema Kultur verbunden haben. Wir begrüßen aber, dass der Stadtrat «House of Winterthur» einen umfassenden Auftrag erteilt hat, Winterthur als Marke zu etablieren. Darunter ist eine Kulturmarke nur ein Teil davon. Ebenso wichtig ist für uns, dass Winterthur auch als Wirtschaftsstandort und Geschäftsdestination Fuss fassen kann.

Ein weiterer Neubau für Kultur käme für uns nur in Frage, wenn ein solcher von Privaten finanziert und auch betrieben würde. Die Stadt vorerst dringendere Baustellen, die sie abschliessen muss und ist demnach damit auch genügend ausgelastet.

Die SVP nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

St. Feer (FDP): Ich möchte doch noch etwas sagen zu Andreas Geering: Die Ideen, die Vorstösse, die wir da vorgebracht haben, die sind aus 2015. Die haben wir in der Vision 2015 präsentiert, das konnte man auch in den Zeitungen lesen. Es war nichts Neues, das wir 2017 brachten. Es hat auch nichts zu tun mit dem Wahlkampf. Aber es ist eigentlich umso schöner, wenn es nach dem Wahlkampf diskutiert wird – wir haben trotzdem einen Sitz gewonnen. Wenn wir es vorher diskutiert hätten, hätten wir vielleicht sogar zwei Sitze gewonnen. Aber

trotzdem, obwohl es nicht in den Wahlkampf hineingekommen ist, haben wir einen Sitz gewonnen. Von daher ist es eigentlich eine erfreuliche Geschichte.

Das andere, das ich doch noch sagen muss: Es ist nicht richtig, und das muss ich halt als ehemaliger Vertreter des Parlaments im «House of Winterthur» sagen, wenn wir der politischen Stadt nicht die Fragen stellen, die am Schluss das «House of Winterthur» erarbeitet. Wenn ich sehe, in all diesen Vorschlägen, was das «House of Winterthur» alles machen sollte, dann brauchen sie viel mehr Leute, um das zu erarbeiten. Dann könnte man eigentlich bei der Stadt ein paar abbauen und diese in das «House of Winterthur» geben. Aber das, wenn man all diese Vorstösse anschaut, wo das «House of Winterthur» erwähnt wird, was das machen muss – sie haben diese Ressourcen gar nicht.

Und deshalb kommt ein wesentlicher Bestandteil aus der Stadt und darum ist es legitim, wenn wir fragen, was die Stadt für eine Position hat im «House of Winterthur». Wir sind der grösste Geldgeber und deshalb ist die Frage legitim. Einfach sagen, das «House of Winterthur» mache es... Dann können wir mit Michael Domeisen Kaffee trinken und wissen dann auch, was in der Stadt passiert. Er hat einen geilen Job, das gebe ich zu, aber wir fragen die Stadt, den Stadtpräsidenten: «Was ist los, wohin geht die Reise?» und das ist legitim.

Und die Frage des Markenkerns, die habe ich nirgends gesehen, weder bei der Stadt noch beim «House of Winterthur». Es gibt viele Dokumente, aber den Markenkern Kultur, fokussiert auf 3-4 Begriffe, habe ich nirgends gesehen. Natürlich muss man die Stadt übergeordnet anschauen, aber darunter gibt es die 4 strategischen Stossrichtungen Tourismus, Bildung, Arbeitsplätze und Kultur und diese haben alle ihren Markenkern und den muss man irgendwann einfach definieren.

K. Gander (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die vorliegende Antwort und nimmt sie positiv zur Kenntnis. Ich kann es ganz kurz machen: Wir sind uns wohl alle einig, Kultur ist ein ganz zentraler Eckpfeiler unserer Stadt, den es zu fördern und zu unterstützen gilt. Wir haben es gehört, vieles ist im Umbruch, es gibt diverse Erneuerungen bei den Museen und auch im Bereich Marketing. Alles, was Du ausgeführt hast, Markenkern etc., das sind Basics vom Marketing und ich gehe schwer davon aus, dass das auch im «House of Winterthur» angekommen ist. Lassen wir es doch ein bisschen laufen und schauen, was noch kommt.

Stadtpräsident M. Künzle: Eines der grossen Probleme, die wir in den letzten Jahren hatten, war, dass wir das Potential, das wir (gerade als Kulturstadt, aber nicht nur als Kulturstadt) haben, nicht voll entfalten konnten. Wir setzten uns als Stadt wie auch mit dem «House of Winterthur» zur Aufgabe, dass wir an dieser Potentialumsetzung arbeiten können und dass wir dort stärker werden. Dass wir nach aussen zeigen können, was wir sind und was wir haben. Und an diesen Arbeiten sind wir.

Und wir waren im Rahmen der Strategieverarbeitung des «House of Winterthur» intensiv daran, wir sind intensiv daran beim Markenprozess, an dem wir jetzt gerade dran sind und wir im September eine Antwort liefern können – wir sind intensiv, mit dem «House of Winterthur», genau an diesen Fragestellungen. Und ich fahre nicht doppelt und mache die gleichen Arbeiten in der Stadt auch noch.

Wir haben Legislaturschwerpunkte, dort spielt die Kulturstadt Winterthur auch wieder eine Rolle, das werden wir dann präsentieren, wenn wir alles abgeschlossen haben. Das Thema Kulturstadt, wie wir es präsentieren, wie wir damit umgehen, wie wir Marketing betreiben usw., das machen wir als Stadt, mit dem «House of Winterthur», das ist unser Instrument, das wir einsetzen dürfen.

Und ich möchte noch darauf hinweisen - es kam jetzt zwei Mal «die Produktegruppe Kultur hat halt oder hat halt eben nicht»: Am Schluss verabschieden wir als Stadtrat die Interpellationsantworten oder was es dann ist. Wir diskutieren das, wir stehen dafür gerade und bestimmen, wer spricht im Parlament. Es sind nicht unsere Produktegruppen, diese haben die Vorarbeit geleistet, aber wir sagen, dass wir das dem Grossen Gemeinderat mitteilen wollen. Dann möchte ich Sie alle auffordern, auch Botschafter zu sein. Gerade für solche Markensachen braucht es Botschafter. Ich hoffe, dass ich 60 Botschafterinnen und Botschafter habe,

die mithelfen, die Marke Winterthur weiterzutragen, das Potential weiterzutragen und uns helfen, dass wir das alles umsetzen können zur Stärkung unserer Stadt. Danke.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir diese Interpellation zur langfristigen Kulturmarke abgeschrieben.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2017.24: Beantwortung der Interpellation M. Wenger (FDP), B. Konyo (SP), R. Dürr (Grüne/AL), K. Cometta (GLP/PP), M. Bänninger (EVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Aus- und Weiterbildung für Stadträtinnen und Stadträte

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Interpellation zur Weiterbildung von Stadträtinnen und Stadträten. Markus Wenger.

M. Wenger (FDP): Ich danke zuerst für die Unterstützung, dass Ihr mitunterschieden habt, $\frac{3}{4}$ haben uns da mitunterstützt. Dem Stadtrat danken wir für die Beantwortung der Interpellation Aus- und Weiterbildung für Stadträte.

«Hilf Dir selbst, sonst hilft Dir keiner?»

In der stadträtlichen Antwort lesen wir, dass es ein gesamtstädtisches Einführungsprogramm nicht existiert. Es sei zu einem grossen Teil die Aufgabe der Departemente, ihre neuen Vorsteherinnen und Vorsteher in ihre spezifischen Fachbereiche, Strukturen und Prozesse einzuführen. Eine wichtige Funktion könne dabei bei den Departementssekretariaten sowie der eigene Personaldienst in den Departementen, das Personalamt, die Personalentwicklung und die Stadtkanzlei liegen. Ein bisschen viel wäre, wenn, würde, man könnte – diese Worte brauche ich sehr oft, wenn ich etwas nicht weiss und nicht ganz klar bin.

Auch fachlich und administrativ dünkt mich das eine riesige Menge «könnte». Das Persönliche fehlt mir aber ganz klar. Ein klares Einführungsprogramm unter einem erfahrenen Götti (z.B. Stadtschreiber), eine Vertrauensperson aus dem Stadtrat, aber auch aus der Personalentwicklung – die Profis aus der Personalentwicklung sind sich gewohnt, diskret Unterstützung zu leisten, das ist ihr Job.

In seiner Antwort zeigt der Stadtrat auf, dass die Aus- und Weiterbildung seiner Mitglieder eine wichtige Bedeutung habe. Das unterstützen wir natürlich. Ein Budget von Fr. 25'000 pro Jahr ist gut eingesetztes Geld. Neue Stadtratsmitglieder benötigen am Anfang ein bisschen mehr Aus- und Weiterbildung, etablierte dafür ein bisschen weniger.

Für Mitarbeitende vom Topkader macht es zudem Sinn, dass jeder seine Weiterbildung selber verantwortet und das aussucht, was er machen will.

Die neuen Direktunterstellten eines Stadtrates sind etablierte Topkaderleute aus der Verwaltung. Wichtig ist es nun, dass man diese Kaderleute richtig führt, sie in die politische Entscheidungsfindung richtig integriert und natürlich dann auch kontrolliert. Um in einer Führungsfunktion erfolgreich zu sein, müssen die spezifischen Fähigkeiten irgendwann ausgebildet und trainiert werden. Learning by doing geht in dieser Stufe definitiv nicht mehr.

Statt dass wir jetzt die Interpellation als Kenntnisnahme formulieren, möchte ich unsere drei Empfehlungen an den Stadtrat formulieren:

1. Ein Einführungsprogramm für neue Stadträtinnen und Stadträte auf hohem Level standardisieren.
2. Individuelle Führungsausbildung beibehalten.
3. Ein internes Coaching mit einem Gotte/Götti-System einführen.

R. Dürr (Grüne/AL): Auch wir danken dem Stadtrat für die Antwort. Ich muss sehr vieles schon nicht mehr sagen, das hat Markus Wenger schon gesagt. Wir finden die Antwort ein bisschen spärlich.

Ich muss noch etwas korrigieren, Markus, es sind nur Fr. 20'000 im Jahr und nicht Fr. 25'000 und wir finden das relativ wenig, wenn man doch eigentlich gewährleisten möchte, dass die

Departemente professionell und nach heutigen Anforderungen und zeitgemäss geführt werden.

M. Bänniger (EVP): Von einem lebenslangen Lernen dürfen auch die Mitglieder des Stadtrates profitieren. Von diesem Standpunkt her nehmen wir als EVP die Interpellationsantwort eher kritisch zur Kenntnis.

Es besteht gemäss der Antwort zwar ein Budget für Weiterbildungen, aber es ist nicht wirklich ersichtlich, dass der stadträtliche Weiter- und Ausbildung eine aufbauende Strategie zugrunde liegt. Es wird von der Verantwortung jedes Einzelnen gesprochen, was grundsätzlich sicher richtig ist, aber dem Gesamtgremium nur punktuell hilft, nämlich dann, wenn die einzelne Person sich auch weiterbildet. Eine koordiniertere Haltung und Handhabung wäre sicherlich ein Gewinn für alle: Für die einzelne Person, den Gesamtstadtrat und auch für die Bevölkerung von Winterthur.

Weiterbildung ist eine Chance und sicher ein Profit für alle.

K. Cometta (GLP): Auch wir finden die Antwort des Stadtrates eher ein bisschen spärlich. Es geht ja nicht zuletzt auch um die Qualität der Regierung, der Führung unserer Stadt. Ich möchte noch kurz präzisieren: Ich spreche von Weiterbildung und nicht von Ausbildung. Wir haben nicht das Gefühl, dass Stadträte zuerst noch eine Ausbildung brauchen über längere Zeit, eine zeitintensive und teure. Ob sie eine Lehre brauchen, ist eine andere Frage.

Wir finden, dass es sicher sinnvoll wäre, wenn ein Stadtrat am Anfang, wenn er neu gewählt ist und neu ins Amt kommt, jeder ein Assessment macht, bei dem es darum geht, die eigenen Stärken und Schwächen kennenzulernen, so dass man dann auch weiss, wo man ansetzen muss. Eine grössere Institutionalisierung der Weiterbildung würden wir wünschbar finden.

Ebenso finden wir, dass ein Coaching standardmässig zum Programm gehören sollte. Das kann auch ein externes Coaching sein. Dort geht es nicht darum, wer das am Schluss zahlt (das liegt bei einem Stadtratslohn drin), aber es ist doch etwas sehr anderes, ob eine Chefin vom Personalamt kommt und das Angebot eines Coachings macht, oder ob es einfach heisst, man müsse das selber organisieren.

Grundsätzlich haben wir das Gefühl, Weiterbildung ist gut, sinnvoll und man sollte dort vielleicht auch ein bisschen mehr helfen, damit es ein wenig selbstverständlicher wird. Wir wissen alle, dass die Zeit von Stadträten knapp ist, umso mehr ist es dort vielleicht auch gut, wenn die Stadträte auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht werden.

M. Sorgo (SP): Auch nur kurz die Stellungnahme der SP, ich kann mich vielem anschliessen, was bereits von den Kolleginnen und Kollegen gesagt wurde. Wir gehen zwar auch davon aus, dass ein Regierungsamt ein spezielles Amt ist (nur schon das Einstellungsverfahren an sich, das wissen wir alle, läuft nicht so ab wie normal) und nicht alle Regelungen und Anforderungen 1:1 übernommen werden können.

Wir sind aber auch der Meinung, dass es eine adäquate Einführung braucht, eine tiefgreifende Einführung, und da glauben wir auch, dass eine gewisse Standardisierung des Einführungsprozesses da doch hilfreich sein könnte, das auch umsetzbar sein könnte. Es gibt zwar nicht täglich Änderungen im Stadtratsgremium, aber es kommt doch ab und zu vor. Und da ist es sicher sinnvoll, wenn da gewisse Abläufe eigentlich vorgegeben sind.

Wir finden es auch sehr wichtig und immer wichtiger, dass sich die Stadtratsmitglieder wie alle anderen Mitarbeitenden der Stadt auch kontinuierlich weiterbilden. Das ist für uns eine wichtige Voraussetzung, dass sie das Amt auch den Anforderungen entsprechend ausführen können.

Die Standortbestimmung und die Wahl der geeigneten Weiterbildung liegt aus unserer Sicht klar in der Hand der einzelnen Stadträte. Da muss man individuell schauen, was die Leute mitbringen, was aufgrund der verschiedenen Ämter auch gefordert ist. Aber wir finden auch, dass die Wichtigkeit von solchen Weiterbildungsmassnahmen im Gesamtstadtrat doch noch ein bisschen mehr ins Zentrum gerückt werden könnten. Bis jetzt scheint es in der Mehrheit der Fälle doch so zu sein, dass längere Weiterbildungsmassnahmen noch wenig Gewicht haben. Eine aktuelle Ausnahme, die wir natürlich auch sehr begrüssen, ist die Finanzstadträtin,

die eine langdauernde Weiterbildung in Angriff genommen hat. Sie hat auch der Aufsichtskommission sehr transparent und offen dargelegt, wie sie das an ihrem anstrengenden und zeitaufwändigen Regierungsamt vorbeibringt. Ich glaube, da war sich die ganze Aufsichtskommission einig, dass sie das sehr gut umgesetzt hat. Da würden wir uns freuen, wenn das in Zukunft der eine oder die andere aus dem Stadtrat, egal von welcher politischen Seite, sich auch getrauen würde, eine längerdauernde Weiterbildung in Angriff zu nehmen.

In dem Sinne nehmen wir die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis. Es fehlt uns ein bisschen das Innovative darin. Wir würden uns freuen, wenn die Öffnung in Zukunft noch ein bisschen grösser werden würde.

F. Albanese (SVP): Die Interpellation war eine richtig bilderbuchtaugliche, lauwarmer Anfrage. Aber mehr leider auch nicht. Denn die Wähler sollten ja eigentlich aus unserer Sicht mündig genug sein, um einen Regierungsvertreter zu wählen, der die nötige Kompetenz und Qualität hat, um das Amt ohne grössere Weiterbildungsschleife zu bewältigen. Sollte jemand davon in seiner Amtsausübung überfordert sein, kann diese Person ja zurücktreten oder man kann diese Person spätestens nach vier Jahren einfach nicht mehr wählen.

Dem Stadtrat danke ich deshalb für diese stoische, unaufgeregte Beantwortung der Interpellation. Ich nehme diese zwar ebenso lauwarm, aber immerhin positiv zur Kenntnis.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist halt so, Maria Sorgo hat darauf hingewiesen, es ist nicht ein übliches Verfahren, wie man Stadträtin und Stadtrat wird. Und in der Tat sind unsere Kompetenzen verschieden verteilt, das ist so. Und weil die Kompetenzen, je nachdem woher man kommt, anders sind, vielleicht vom Volk anders beurteilt worden sind, braucht es kein standardisiertes Verfahren.

Was wir z.B. momentan machen mit der neuen Stadträtin: Ich hatte mit ihr das Gespräch gleich, als sie frisch kam. Wir haben das mit den Kompetenzen angeschaut. Nach drei Monaten habe ich jetzt wieder ein Gespräch mit ihr gehabt, in dem wir wieder angeschaut haben, was für Kompetenzen es braucht. Wir haben auch festgestellt, dass am Anfang die grösste Weiterbildung im eigenen Departement stattfindet. Wenn man noch nie etwas mit dem Bau zu tun hatte, muss man zuerst einmal in diese Thematik hineinkommen. Man muss zuerst einmal alle Dossiers sichten, muss zuerst in die Tiefe steigen – und das braucht weiss Gott genügend Zeit. Und nicht noch gleich am Anfang einen standardisierten Einführungskurs, wenn der eine oder andere die Kompetenzen, die dort vermittelt werden, ohnehin schon mitbringt. Aber wir kümmern uns um das.

Es gab vor einigen Jahren noch gar nichts, Weiterbildungen für Stadträtinnen und Stadträte war kein Thema. Dann, leider durch einen Fall, der passiert ist, kamen wir wirklich zur Erkenntnis, dass wir etwas machen müssen. Das Thema Weiterbildung ist ab und zu ein Thema. Eines wurde genannt, von Yvonne Beutler, die jetzt eine Ausbildung macht. Ich muss Ihnen aber sagen: Wir haben das im Stadtrat besprochen. Wir sahen den Zeitplan, wir befanden das für gut – aber die Absenzen, die dadurch entstehen, tragen dann die anderen Stadträtinnen und Stadträte. Man muss das gut besprechen, man muss den Zeitplan anschauen, und es bedeutet einen Zeitaufwand, der gerade bei unseren engen zeitlichen Korsetts nicht ohne ist. Dessen muss man sich einfach bewusst sein.

Es ist richtig, dass Stadträtinnen und Stadträte sich damit befassen müssen. Es ist bei uns ein Thema, wir haben ein Beispiel, wo das jetzt schon durchgeführt worden ist. Wichtig ist, dass wir uns am Anfang auch untereinander kümmern, unterstützen. Das findet statt und wie gesagt, die erste Weiterbildung ist die im Departement.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre die Interpellation betreffend Aus- und Weiterbildung für Stadträtinnen und Stadträte abgeschlossen.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2017.25: Beantwortung der Interpellation M. Sorgo (SP) betr. Umgang und Prävention von stressbedingten Erkrankungen am Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Interpellation betreffend Umgang und Prävention von stressbedingten Erkrankungen am Arbeitsplatz. Das Wort hat Maria Sorgo.

M. Sorgo (SP): Im Namen der SP-Fraktion danke ich dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Die Interpellation wurde schon vor einiger Zeit eingereicht und auch die Antwort ist nicht mehr gerade brühwarm. Auch das ist eine der Interpellationen, die schon eine Weile behandlungsreif gewesen wären. Trotzdem gehe ich gerne noch auf 2-3 Punkte ein, auch wenn vielleicht nicht mehr alles brandneu und aktuell ist, seien es Zahlen, seien es Massnahmen, die in der Stadtverwaltung im Moment umgesetzt werden.

Wie man aus der Antwort lesen kann, werden in der Stadtverwaltung verschiedene Konzepte geplant und umgesetzt, es gibt verschiedene Sensibilisierungsmassnahmen, auch auf verschiedenen Stufen (Kader oder Mitarbeitende), die darauf abzielen, dass Überbelastungen der Mitarbeitenden durch Stress am Arbeitsplatz oder anders bedingten Stress, der die Arbeit belastet, frühzeitig erkannt wird und so stressbedingte Krankheitsausfälle nach Möglichkeit auch reduziert werden. Das begrüsse und unterstütze ich natürlich auch sehr.

So kann zum einen persönliches Leid reduziert werden, zum anderen können aber auch Kosten durch langdauernde Krankheitsausfälle gespart werden.

Deshalb schauen wir es als sehr wichtig an, dass es weiterhin ein gut aufgestelltes oder in Zukunft gut aufgestelltes betriebliches Gesundheitsmanagement gibt, das flexibel auf die aktuellen Bedürfnisse und Veränderungen reagieren kann. Denn wie der Stadtrat auch schreibt, ist ja gerade Flexibilität und Schnelligkeit etwas Zentrales in der aktuellen Zeit.

Aber Strategien und Papiere sind natürlich auch nur ein Teil des ganzen Umganges mit stressbedingten Erkrankungen. Es zeigt sich deshalb auch in der Antwort, dass trotz vielen dieser Massnahmen die stressbedingten Erkrankungen weiterhin kontinuierlich zunehmen, wenn auch nur in leichtem Ausmass. Da sind wir aber der Meinung, dass es in Zukunft auch so sein muss, dass nicht nur die krankheitsbedingten Ausfälle, die mehr als 5 Tage dauern, erfasst werden, sondern auch die kürzer dauernden Krankheitsausfälle. Denn auch bei Mitarbeitenden, die immer nur kurz krank sind, aber relativ häufig, braucht es auch unserer Sicht dringend die richtigen Massnahmen, denn auch das belastet auf Dauer die Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen, aber auch die Stadtverwaltung als Ganzes.

Weiter geht es auch darum, wie die Konzepte umgesetzt werden in den einzelnen Departementen. Das ist eine Führungsaufgabe, das ist Aufgabe der einzelnen Stadträte. Ich denke aber, auch wir als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen haben eine wichtige Funktion, dass wir schauen, dass es unserem Personal gut geht und dass sie auch merken, dass wir ihre Arbeit wertschätzen.

Wir gehen davon aus oder hoffen zumindest, dass gerade bei die Lehren, die aus den Ausfällen bei der Stadtpolizei gezogen wurden (die Interpellation wurde kurz darauf eingereicht), falls möglich die anderen Departementen beigezogen wurden und das dort in anderen Bereichen auch einfließt.

Deshalb danken wir dem Stadtrat für seine Antwort und nehmen sie auch positiv zur Kenntnis. Wir denken, das ist ein Thema, das man unbedingt weiterverfolgen muss.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir nehmen die Antwort dankend zur Kenntnis. Das Ganze steht in etwa unter dem Motto «Gesundheit der Mitarbeitenden ist wichtig». Fehlende Gesundheit kann sehr viel kosten.

Kritisch zu erwähnen ist meiner Ansicht nach (ich möchte auf die Personalbefragung verweisen): Ich zweifle daran, ob Personalbefragung wirklich eine Früherkennung von stressbedingten Erkrankungen zulässt.

Dann steht in der Antwort halt auch, was keine Freude macht, aber offensichtlich so ist, dass die Absenzen in Winterthur doch höher sind als im Durchschnitt und was eben auch ein bisschen unerklärlich ist, ist dass nach wie vor die Kurzabsenzen nicht erfasst werden und man so auch nicht genau weiss, wie viele Kurzabsenzen es gibt. Aber dort scheint ja etwas im Tun zu sein.

Th. Wolf (SVP): Die SVP hat den Bericht behandelt und festgestellt, dass die Angebote und Abläufe klar definiert sind, dass dem jeweilige Vorgesetzte die Hauptaufgabe zukommt in der Erkennung von Problemen und deren weitere Bearbeitung, mit Unterstützung der Fachstellen, was wir so sinnvoll finden. Die Entwicklung der Absenzen ist nicht besorgniserregend, deshalb besteht auch keine Veranlassung zu dringlichen Massnahmen. Wir nehmen den Bericht dankend zur Kenntnis, positiv.

U. Glättli (GLP): Die Stadt ist bei diesem Thema schon länger gut aufgestellt, v.a. mit der bereits 2007 geschaffenen Stelle Koordinator Betriebliches Gesundheitsmanagement. Maria Sorgo hat das bereits erwähnt. Koordinator Betriebliches Gesundheitsmanagement, sogenannte BGM (da ist Frau Barbara Günthard-Maier wohl soeben erst Mitglied geworden im Parlament). So oder so, die GLP-Fraktion nimmt wohlwollend Kenntnis von dieser Interpellationsantwort des Stadtrates.

F. Helg (FDP): Die Interpellationsantwort zeigt, dass einerseits ein organisatorisches Instrumentarium vorhanden ist, eben mit dieser Fachstelle Betriebliches Gesundheitsmanagement, mit einer Mitarbeiterbeurteilung, Weiterbildungsangeboten und mit einem Case Management bei längerdauernden Absenzen. Es gibt auch ein konzeptionelles Instrumentarium mit dem Konzept «Stress- und Ressourcenmanagement».

Letztlich ist es aber sicher auch wieder eine Frage der direkten Führungsaufgabe, v.a. was die direkten Vorgesetzten betrifft, dass sie auf Absenzen rechtzeitig reagieren und da ist sicher ein wichtiges Hilfsmittel das Absenzenmanagement. Das haben wir in unserer Fraktion schon mehrmals zur Sprache gebracht, letztmals in der schriftlichen Anfrage vom Markus Wenger 2017.6, das ist auch in der Interpellationsantwort erwähnt. Und schon länger zurück, im Jahr 2010, mit der Interpellation vom ehemaligen Fraktionskollegen Urs Brügger betreffend Absenzenmanagement/Case Management/Betriebliche Gesundheitsförderung. In diesem Zusammenhang war auch immer die Frage ein Thema, wie man mit den Kurzzeitabsenzen umgeht. Das war über die parteipolitischen Grenzen immer auch ein Thema, dass man da noch nicht so weit ist, dass man Absenzen unter 5 Tagen statistisch erfassen und auswerten kann. Das finden wir nach wie vor auch ein Defizit, aber wir konstatieren, dass in den letzten Jahren in diesen Fragen einige Fortschritte erzielt worden sind.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich glaube es ist klar, dass wir alles Interesse daran haben, dass die Leute, die wir zur Verfügung haben, die für die Stadt arbeiten, die diese Dienstleistungen erbringen für unsere Bevölkerung, dass diese gesund sind und dass diese ihre Arbeit auch leisten können. Das Zauberwort, das wurde genannt, ist Führung. Die direkten Vorgesetzten wissen, wenn jemand auch nur einen Tag fehlt. Da ist für uns wichtig, dass wir die grösseren Absenzen auch nach oben spülen können, dass wir wissen oben hinaus, wenn es längere Absenzen gibt.

Ich kann aus meinem Departement berichten: Mein Stab hat immer den Überblick, wer nicht an der Arbeit ist. Wir bekommen das gemeldet, das hat mit dem Informationsfluss zu tun. Dort, wo wir längere Absenzen feststellen in einem Bereich, dort fragt man nach, dort beauftragt man den dezentralen HR, dass man dort genauer hinschaut. Ich meine, man kann sich so organisieren. Es ist mir auch klar: Je grösser das Departement, desto schwieriger ist es dann, die Übersicht zu behalten, aber ich attestiere nun einmal dem Stadtrat, dass er aus dem Interesse heraus für unsere Leute, wirklich alles daran setzt, um solche Absenzenbilder, die sich dann ergeben, Krankheitsbilder, die sich ergeben können, mit den Führungsstufen

aufnehmen und bearbeiten können. Da, so denke ich, haben wir in den letzten Jahren auch einiges gemacht.

Wir haben auch seitens des Personalamtes natürlich Möglichkeiten, mit dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement, allgemein (auch in der Prävention) tätig zu sein. Das machen wir auch. Wir haben Instrumente überall dort, wo solche gesundheitlichen Probleme vorhanden sind, die ja häufig auch noch mit anderen Problemen einhergehen. Man kann die Instrumente nutzen bei uns, bei der Mitarbeitendenberatung, wenn man es über die Führung nicht mehr schafft, das Gespräch zu suchen, kann man zu der Mitarbeitendenberatung, man kann zur Ombudsfrau – man hat Instrumente, mit denen die Leute nicht die Faust im Sack machen müssen und krank werden, sondern dass sie sich öffnen und etwas sagen können.

Die Personalbefragung ist natürlich nicht für den Einzelfall, aber um eine Stimmung, eine Grundstimmung aufzunehmen, ist sie ein sehr wichtiges Instrument.

Wir machen das auch bei der Führungsausbildung, bei den Kaderngefässen, die wir haben, immer wieder zum Thema, die Gesundheit unserer Leute oder eben auch das Beobachten unserer Leute, damit man möglichst schnell erkennt, wenn es irgendwo in eine falsche Richtung geht.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit ist auch diese Interpellation abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2017.26: Beantwortung der Interpellation R. Keller (SP) und Ch. Baumann (SP) betr. Information über Einbürgerungsverfahren / Bürgerrechtserwerb

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Interpellation bezüglich der Einbürgerungsverfahren. Das Wort hat Regula Keller.

R. Keller (SP): Als ich die Antwort bekam und las, fühlte ich mich ehrlich gesagt ein bisschen unverstanden. Es scheint eine Art von Missverständnis zu geben.

Die Antwort, wie sie daher kommt, zeigt einem oder listet auf, warum man nicht einen Brief an die Ausländerinnen und Ausländer geschrieben hat, um sie darauf aufmerksam zu machen, welche erhöhten Bedingungen nun gestellt werden für eine Einbürgerung.

Ich dachte dann, irgendetwas habe ich falsch gemacht, irgendetwas wurde nicht verstanden. Der Vorstoss selber zielte nicht wirklich auf das ab. Der Vorstoss selber war so, dass Christoph Baumann und ich sagten, wir möchten gerne, dass man überlegt, wie man immer wieder Leute darauf aufmerksam machen kann, dass wir als Gemeinwesen, als Stadt, es eigentlich begrüßen würden, wenn sie sich in Winterthur einbürgern lassen würden – sofern sie natürlich die Bedingungen erfüllen, die sie erfüllen müssen (sie müssen genügend lange hier wohnen, sie müssen wirtschaftlich selbständig sein, kein Sozialhilfebezug usw.). Das war eigentlich der Vorstoss.

Die Antwort hat dann darauf gezielt, dass steht, man wolle keinen Brief an Leute schicken, um ihnen zu sagen, dass jetzt die Bedingungen erhöht werden.

Und deshalb stehe ich ein bisschen ratlos da und weiss gar nicht so richtig was sagen. Ich kann das nachvollziehen, wenn der Vorstoss so gewesen wäre, hätte ich gedacht: Tja, sie sagen nein, sie möchten das nicht, der Nutzen ist nicht so gross. Aber der Vorstoss, den wir gebracht haben, hatte gar nicht wirklich auf das abgezielt, sondern es ging darum, als Stadt eine Haltung auszudrücken, dass wir interessiert daran sind, dass quasi die künftigen BürgerInnen, die Ausländerinnen und Ausländer, sich motivieren oder sich willkommen fühlen, auch eingebürgert zu werden.

Deshalb, was soll ich da nun sagen? Es gibt Beispiele wie z.B. in Basel-Stadt, wo man immer wieder Veranstaltungen macht für Leute, die sich potentiell auch einbürgern lassen könnten.

Wir haben uns eigentlich solche Sachen vorgestellt, dass man dazu etwas sagen würde. Das

steht nun nicht da, ich weiss auch nicht, das gibt es manchmal, dass man sich irgendwie nicht trifft bei dem, was man meint, habe man gefragt und meint, müsse man beantworten. Ich verdanke aber in diesem Fall das Bemühen des Stadtrates natürlich trotzdem und wir werden schauen, wie es damit weitergeht.

D. Oswald (SVP): Das Thema Bürgerrecht, ein sehr wichtiges Thema, auch ein sehr emotionales Thema. Ich will es gleich vorweg nehmen: Wir von der SVP und ich persönlich sind überhaupt nicht der Meinung, dass wir da Marketing-Massnahmen machen müssten, dass sich die Leute einbürgern lassen sollten.

Erstens einmal auf persönlicher Ebene: Ich kenne das Thema. Meine Partnerin, meine Frau, ist nicht Schweizer Bürgerin. Das ist oft ein Diskussionsthema: Soll sie oder soll sie nicht einbürgern, will sie oder will sie nicht? Da hängt sehr viel zusammen, sehr viele Emotionen (verständlicherweise). Ich glaube, gerade dieses Jahr hat gezeigt, zu welchen Problemen es führen kann, wenn man Leute einbürgert aus irgendwelchen anderen Beweggründen (damit sie vielleicht beim Sport an einem gewissen Ort mitmachen können), die aber den emotional erforderlichen Prozess natürlich nicht durchgemacht haben. Und zwar meine ich damit nicht unbedingt nur die Geschehnisse in der Schweizer Landschaft, sondern auch in unseren Nachbarländern.

Ich glaube, es geht generell da auch darum, wenn ich vom Persönlichen und einzeln Betroffenen wegkomme, dass man da mindestens mathematisch Fehlanreize und Fehlentwicklungen, die durch die unkontrollierte Einwanderung entstehen, beschönigen will. Wenn auch gesagt wird, die Einbürgerungen würden laufend verschärft in der Schweiz – ich glaube, kein Land bürgert so viel ein wie die Schweiz. Es hat kein Land oder nur wenige Länder einen so hohen Ausländeranteil wie die Schweiz und es läuft eigentlich bis jetzt zum Glück noch sehr gut in den verschiedenen Zusammensetzungen.

Ich glaube, es braucht es nicht, dass wir aktiv Werbekampagnen machen, dass man sich einbürgern soll. Es wird gesagt, das steht auch in der Einleitung, Einbürgerung fördere die politische Integration. Das ist ganz klar. Aber: Einbürgerung ist nicht der Beginn und nicht Teil der Integration, sondern die Einbürgerung ist der Abschluss der Integration. Und das ist der Punkt. Ich weiss schon, dass Ihr das anders wollt - die Rechnung von dem, das sich langsam anhäuft, werdet Ihr sehen – das ist falsch. Und schlussendlich: Die Einbürgerung ist nicht Teil der Integration.

Und was auch noch zu sagen ist in Zusammenhang mit der Einbürgerung: Wenn wir dann so weit gehen wollen – ich würde mir wünschen, dass Leute, die hier leben, sich einbürgern, das wäre gut - aber dann müsste man auch konsequent sein und von der doppelten Staatsbürgerschaft wegkommen. Entweder wird man Schweizer und muss die andere Staatsbürgerschaft abgeben, oder dann soll man die andere behalten.

Dieses Thema wird uns - nicht so sehr auf kommunaler Ebene, da diese Gesetze primär auf andere Ebene geführt werden - sicher weiter beschäftigen, diese Diskussionen werden wir nicht das letzte Mal führen. Ich denke, wir haben keine restriktive Einbürgerung, im Gegenteil, wir bürgern sehr viel ein und z.T. bürgern wir unserer Meinung nach auch zu schnell ein.

Th. Leemann (FDP): Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt sie positiv zur Kenntnis.

Momentan sind Bund und Kanton daran, die Einbürgerungsvoraussetzungen neu zu bestimmen. Auf kommunaler Ebene können wir ja wirklich nicht mehr viel machen, dort ist vieles schon vorgegeben und von Bund und Kanton bestimmt. Bei den neuen Bestimmungen gibt es Verschärfungen, aber auch Erleichterungen, wie das in der Interpellation ja erläutert wird. Für die kommende Rechtsänderung ist die Information gut aufgegleist. Wer wirklich Schweizer Bürgerin oder Bürger werden will, kann sich an so vielen Stellen informieren lassen oder die dort abholen, sei es im Internet, Stadtkanzlei, Ausländerinnen/Ausländer-Beirat von Winterthur, auch kirchliche Institutionen, Bekannte, Verwandte, Kollegen usw.

Ein brieflicher Versand macht nicht viel Sinn. Man kann nur das Kriterium der Aufenthaltsdauer für den Versand einsetzen, weil der Antrag ja noch nicht läuft, dass man dann die an-

deren Dinge einfordern könnte, die ja relevant sind für die Einbürgerung: Keine offenen Strafverfahren (Auszug aus dem Strafregister), keine Betreibungen, ist die Selbsterhaltung gewährleistet, keine Sozialhilfebezüge über einen gewissen Zeitraum vor der Einreichung des Gesuches, Deutsch- und Staatskundetest.

Der Aufwand für briefliche Mitteilungen von der Stadtkanzlei ist hoch und sicher nicht zielführend. Solche Massenbriefe würden bei den Gesuchstellenden nur Unsicherheiten und Fragen aufwerfen und bei der Stadtkanzlei zu einem sicher grösseren Aufwand führen.

Ich kann mich noch erinnern, als die Motion für eine einheitliche Einbürgerung durch den Stadtrat im GGR eingereicht wurde, wurde u.a. auch gesagt, durch die Weglassung der Bürgerrechtskommission könne man pro Jahr Fr. 20'000 einsparen. Mit so einem brieflichen Versand würde diese Einsparung auch wieder verpuffen.

Ich bin immer noch der Überzeugung, dass Personen, die Schweizer werden wollen, die das Schweizer Staatsbürgerrecht erlangen wollen, die müssen Eigeninitiative zeigen. Sie müssen sich darum bemühen, dass sie Schweizer werden können, und sich auch dafür einsetzen. Sie sollen holen, nicht wir müssen bringen. Sie wollen ja etwas.

B. Huizinga (EVP): Wenn ich da zuhöre, habe ich das Gefühl, wir bekommen gleich einige Predigten. Jeder sieht ein bisschen etwas anderes, interpretiert etwas anderes, gewichtet es ein bisschen anders.

Ich muss sagen, mein Votum passt auch nicht mehr, nachdem ich von Dir gehört habe, wie Du es eigentlich gedacht hast. Ich bin ein bisschen baff, dass das so aneinander vorbeigehen kann. Ich möchte nur sagen: Go for it – probiere es nochmals auf eine andere Art und Weise.

K. Cometta (GLP): Mir geht es ganz ähnlich. Ich teile die Auffassung von Regula Keller, dass wir eine offene Grundhaltung haben gegenüber Leuten, die sich einbürgern lassen wollen. Aber auch ich habe die Frage nicht als Frage nach der Grundhaltung verstanden, sondern eben eigentlich nach Marketing-Massnahmen, um die Einbürgerungen zu fördern. Da finde ich schon: Man spricht von einbürgerungswilligen Personen und wo ein Wille ist (so finde ich), gehört auch ein bisschen Eigeninitiative dazu. In dem Sinne konnte ich die Antwort des Stadtrates ganz gut nachvollziehen, aber eben, Barbara hat Dich schon aufgefordert, es vielleicht noch auf eine andere Tour zu probieren.

Stadtpräsident M. Künzle: Du musst es nicht nochmals probieren, Regula. Wir machen jedes Mal eine Auftragsanalyse, wenn wir einen solchen Vorstoss erhalten, und schauen, was gemeint ist, in welcher Richtung beantworten wir ihn. Damals, im Kontext, war gerade das Thema da (vielleicht in der Öffentlichkeit weniger, aber bei uns intern), dass wir wussten, es gibt neue Vorschriften, die Hürde wird höher. Ja, wie reagieren wir nun auf das? Andere Städte haben tatsächlich Briefe verschickt. In dieser Auftragsanalyse, ich kann mich erinnern, waren wir geprägt von dem, was rundherum lief zu diesem Thema. Und deshalb gab es auch genau eine solche Antwort, bei der dann eben der Briefversand plötzlich das Thema war. Ich gebe Dir recht, die Auftragsanalyse lief da ein bisschen daneben.

Aber nichts desto trotz, ich glaube, es hat gute Aussagen drin, die man auch verwenden kann. Ich denke, die Leute, die eingebürgert werden wollen, die kommen auch zu uns. Die kommen zur Einwohnerkontrolle, zur Stadtkanzlei, zur Integrationsförderung. Wir haben genügend Anlaufstellen, wenn ein Interesse da ist. Dann meldet man sich bei uns und wir geben diese Beratung auch. Was ich aber auch falsch finden würde, wäre wenn wir da – um einen Begriff von vorhin aufzunehmen – ein eigentliches Einbürgerungsmarketing machen würden. Ich denke, das schiesst über das Ziel hinaus und ist auch nicht die Meinung des Stadtrates. Diejenigen, die das wollen, haben Herzblut in dieser Sache, das ist ihnen ein sehr wichtiges Anliegen. Diese informieren sich, diese kommen zu uns und die erhalten diese Beratung auch von uns.

Ich nehme mit, dass wir die Auftragsanalyse noch ein bisschen offener machen müssen, aber ich denke, in der Stossrichtung haben wir eigentlich die Antworten gegeben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit ist auch diese Interpellation abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2017.36: Beantwortung der Interpellation Th. Leemann (FDP) betr. bessere Vermarktung des Tech-Umzuges in der Kommunikation für die Bildungsstadt Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Interpellation zum Tech-Umzug, Thomas Leemann.

Th. Leemann (FDP): Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nehmen sie positiv zur Kenntnis.

Seit 1925 ist die Frackwoche und der Tech-Umzug ein fester Bestandteil einer alten Winterthurer Tradition. Sie ist Symbol unserer Bildungsstadt.

Vor dem Einreichen der Interpellation haben wir von der FDP-Fraktion mit der Schulleitung der ZHAW das Gespräch gesucht. Das mit dem Ziel, der Frackwoche und dem Tech-Umzug und der Nacht der Technik als Leuchttürme unserer Bildungsstadt Winterthur mehr Bedeutung zu verleihen. Leider war das Gesprächsergebnis dürftig und hinterliess letztlich bei uns mehr Fragen als Antworten, die wir erhalten haben.

Uns ging es darum, als wir diese Interpellation schrieben, dass unsere Bildungsstadt mit dem Tech- und Frackumzug und der Nacht der Technik nicht nur in unserer Region bekannt sein soll, sondern auch international bekannt werden würde. Das geht auch wieder in das vorherige Thema mit der Kulturhauptstadt von Europa.

Dass die ZHAW die jetzige Situation nicht ändern will, ist schade. Überregional oder sogar international wäre es doch toll. Wer hat denn schon einen solchen Umzug und eine Nacht der Technik in seiner Stadt? Mir kommt da gerade nichts in den Sinn.

Ich danke der ZHAW aber doch dafür, dass sie den Anlass weiterhin alleine stemmen will. Aber zu zweit würde es besser gehen.

Es ist auch lobenswert, dass das «House of Winterthur» der ZHAW helfen würde, um den Bekanntheitsgrad dieser Veranstaltung zu erhöhen. Da sind wir wieder bei dem «House of Winterthur», dem wir wieder etwas anhängen wollen. Aber das ist gut so.

Ich sehe wirklich nicht ein, was falsch daran ist, diesen Anlass einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen. Als Kind war ich früher etliche Male am Frackumzug am Samstag dabei und habe nur gestaunt, was die angehenden Absolventen in ihrer Freizeit für den Anlass gebaut haben. Einfach toll.

Schade sind die Veränderungen, die stattgefunden haben, mit der traditionellen Route durch die Altstadt und dem Verlegen des Umzuges von Samstag auf Freitag und die angekündigten Einschränkungen rund um den Festbetrieb. Das war ja ein grosses Thema. Zum Glück konnten sich Studenten und die Schulleitung der ZHAW im letzten Augenblick noch finden und eine Lösung finden. Es braucht alle drei Elemente: Frackwoche, Tech-Umzug und Abend der Technik. Das eine kann ohne das andere nicht überleben, es braucht die drei Sachen.

Dass der Frackumzug am Freitag stattfindet mit der Begründung, dass die Absolventen der ZHAW am Samstag nicht mehr zahlreich kommen, das glaube ich persönlich nicht. Wer eine solche Ausbildung macht und sie auch besteht, der würde auch am Samstag an einem solchen Anlass teilnehmen.

Dass die Schulleitung ihren Anlass regional halten will und Unterstützung durch das «House of Winterthur» nicht erwünscht ist, ist schade. Dass unser Schweizer Fernsehen an diesem Anlass nicht für eine Kurzreportage aufgeboten wird, kann ich auch nicht nachvollziehen. Das könnte doch wohl nicht einen so grossen Mehraufwand geben. Ab und zu braucht es Veränderungen, um vorwärts zu kommen. Stillstand oder Status bewahren bedeutet für die Zukunft sicher nichts Gutes.

Aus der Antwort des Stadtrates sehen wir, dass er gewillt ist, diesen Anlass durch das «House of Winterthur» zu unterstützen. Nun liegt der Ball halt wieder bei der ZHAW. Wir hoffen, dass sie diese Möglichkeiten mit dem «House of Winterthur» wahrnimmt.

L. Banholzer (EVP): Wenn diese Interpellation vor 20-30 Jahren eingereicht worden wäre, dann hätte ich das eigentlich noch verstanden. Ohne dass ich die alten Zeiten gross glorifizieren möchte, aber es war doch früher ein bisschen etwas anderes als heute. So wie der Tech-Umzug heute ist, wenn man ihn über das Umfeld der ZHAW-Absolventen und ihrer Angehörigen und über die Bevölkerung von Winterthur hinaus vermarkten will, das sehen wir nicht als zielführend an und dem Anlass nicht angemessen. Die Einbettung in die Nacht der Technik finden wir aber eine sinnvolle Sache. Damit bekommt der ganze Anlass eine Ausrichtung, die für die ZHAW und die Bevölkerung einen wirklichen Mehrwert bringt, einen Einblick in die Arbeit der Hochschule gibt und auch die Technik und Innovation näher bringt. Wir sehen es folglich auch nicht als Aufgabe der Stadt an, da irgendwie aktiv zu werden. Wir danken für die Antwort.

S. Kocher (GLP): Die Grünliberalen nehmen den Bericht dankend zur Kenntnis. Die Interpellation und auch die Antwort des Stadtrates zeigen sehr gut auf, dass der Tech-Umzug, die Frackwoche und auch die Nacht der Technik ein grosses Erfolgsrezept sind. Das beweisen auch die regelmässig hohen Besucherzahlen dieser Veranstaltungen. Aber es ist eine Veranstaltung der ZHAW und es ist eine Veranstaltung von und für Studentinnen und Studenten. Und das soll und muss auch gerne weiterhin so bleiben.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie wohlwollend zur Kenntnis. Der Tech-Umzug und die Nacht der Technik locken jedes Jahr mehrere Tausend Besucherinnen und Besucher an und werden von der ZHAW konzipiert, organisiert und finanziert. Die Veranstalterin, wir haben es gehört, scheint wenig Wachstums- oder Optimierungsgelüste zu verspüren und setzt auf das bewährte Konzept. Auch die Begründung für die Verschiebung des Tages leuchtet meiner Meinung nach ein. Ohne Motivation und Lust von einer Organisation, eine gut laufende Veranstaltung vielleicht noch ein bisschen besser und breiter bekannt zu machen, erachten wir nicht als zielführend. Und falls dann doch einmal Unterstützung im Marketing gewünscht ist, das konnte man auch lesen, steht die entsprechende Unterstützung bereit.

G. Gisler (SVP): Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die ZHAW in diesem Bereich eigenständig eine Lösung gefunden hat. Für uns sind ihre Überlegungen nachvollziehbar. Mit der Veranstaltung Nacht der Technik konnten die Interessen verbunden werden und für die Vermarktung hat das sogar noch einen Synergieeffekt. Dass der Tech-Umzug schon am Freitag stattfindet, hat meines Erachtens den Vorteil für die Studentinnen und Studenten, dass sie mit dem Samstag dann nochmals einen Tag haben zum Feiern. Und was wollen wir noch mehr?

Stadtpräsident M. Künzle: Auch der Stadtrat hat sich eingeschaltet, obwohl das ja eigentlich nicht unser Bier ist... Der Tech-Umzug wird von den Studierenden gemacht. Wir haben aber auch einen Brief geschrieben, dass wir der Meinung sind, dass das ein wertvoller Beitrag ist, dass das zu unserer Bildungsstadt gehört und und und. Und dass wir uns wünschen, dass das weitergeht.

Aber wenn ich zur Kommunikation Bildungsstadt schaue, was wir sonst noch für Themen haben, bei denen wir wirklich bei der Kommunikation dranbleiben müssen: Genügend Räumlichkeiten, die Hochschulstrategie, Investitionen vom Kanton Zürich da auf dem Platz Winterthur für die Bildungsstadt Winterthur, für eine ZHAW, Studentenzahlen, Studentenwohnungen, auch die ganzen Pendlerbewegungen von Studierenden, aber auch die Zusammenarbeit von Bildungsinstituten zur Privatwirtschaft, Bildungsinstituten untereinander und und und. Ich glaube, wir haben neben dem Tech-Umzug noch andere Themenfelder, die wir unter dem Begriff Bildungsstadt kommunizieren müssen, und bei denen wir schauen müssen, dass sie auch immer wieder zum Thema werden.

Ich denke, es hilft der Identifikation auch zu unserer Stadt, zur ZHAW, zum Tech, dass man einen solchen Umzug hat. Ich finde auch, solche Traditionen sollte man beibehalten. Es

schweisst auch die Studierenden untereinander zusammen und sie haben etwas zu erzählen. Von daher denke ich, sollte man das beibehalten. Aber letztendlich, die Ausgestaltung liegt bei den Studierenden und der ZHAW. Ich glaube, das muss man auch so weiterlaufen lassen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit ist auch diese Interpellation abgeschrieben.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2017.39: Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Mehrwert für Winterthur durch Studierende

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Mehrwert für Winterthur durch Studierende, Carola Etter-Gick. Eigentlich war Stefan Feer Einreichender?

C. Etter (FDP): Wir bleiben beim Thema Studenten und Bildungsstadt. Wir sprechen über den Mehrwert, den unsere Studenten Winterthur bringen und dieser ist nicht zu bestreiten. Ich habe u.a. übernommen, weil ich ZHAW-Dozentin bin und täglich mit den Studierenden zu tun habe und überzeugt bin von ihrem Potential.

Die FDP-Fraktion nimmt dankend Kenntnis von der stadträtlichen Antwort. Ich muss aber sagen, dass wir uns einige Punkte schon noch ein bisschen vertiefter gewünscht hätten. Studierende, die während dem Studium schon da in Winterthur wohnen, die bleiben eigentlich da, denn diese identifizieren sich viel stärker mit der Stadt. Und eben, der nennenswerte Mehrwert wird nicht bestritten, das ist in der Antwort zur Frage 1 vom Stadtrat auch ausführlich dargelegt worden.

Ein Hauptproblem für unsere Studenten ist aber tatsächlich der Wohnungsmarkt. Nach der Rolle von privaten Anbietern für studentischen Wohnraum haben wir in der Frage 6 gefragt und dort wünschen wir uns ein Weiterdenken. In Sachen Freizeit bietet die Stadt viel, und auch die ZHAW, z.B. mit dem Betreiben des HSVZ, bietet ihnen einiges. Aber um der Herausforderung bezüglich Wohnraum zu begegnen, müsste man eben über solche Lösungen wie Schlummermütter, die in der Frage 6 genannt sind, nachdenken. Ich habe nicht das Gefühl, dass unsere Studenten wesentlich älter sind als die an der Uni oder ETH. Und ich weiss auch von solchen, die eine Wohnung suchten, sehr verzweifelt, und die eine solche Lösung in Betracht zogen. Denn ihre Möglichkeiten sind beschränkt und ich glaube, da müssen wir uns darum kümmern.

Wenn mehr Studenten in Winterthur wohnen, haben wir auch weniger Pendlerverkehr. Das war die Frage 5, die eigentlich nur am Rande beantwortet wurde. Man hat das Modell des zeitverschobenen Unterrichts vorgeschlagen. Ich muss Ihnen sagen aus Sicht der ZHAW wäre das nicht umsetzbar: Der Stundenplan ist von 8 Uhr morgens bis 20 Uhr abends voll und es gibt zu wenige Räume, um den Unterricht aus den Spitzenzeiten des Pendlerverkehrs hinauszuschieben.

Vor diesem Hintergrund danke ich nochmals für die Antworten, möchte aber an einigen Punkten wirklich zum Weiterdenken motivieren, weil die Interpellation einen für unsere Stadt wirklich wichtigen Aspekt, nämlich das Potential unserer Zukunft, betrifft.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die vorliegende Interpellationsantwort. Studentinnen und Studenten sind allgegenwärtig in Winterthur, sie werden ausgebildet, arbeiten, verpflegen sich, hängen herum und geniessen das Leben – aber sie wohnen leider nur sehr punktuell in Winterthur.

Die Interpellanten weisen auf die Schwierigkeiten hin, die das mit sich bringt: Verstopfter ÖV und auch weniger Verbundenheit mit unserer Stadt. Ja, warum wohnen nur gerade 6-7% aller Studierenden hier? Sind sie zu faul, um Zuhause auszuziehen? Ist eine eigene Wohnung mit zu vielen Kosten und Aufwand verbunden? Oder liegt es wohl auch daran, dass es wirklich schwierig ist, das passende Angebot zu finden?

Eine Untersuchung (übrigens auch von der ZHAW) zeigt klar auf, dass der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Winterthur bei weitem nicht gedeckt ist. Insbesondere Einzelpersonen, die für sich alleine Wohnraum suchen, stellen eine überraschend grosse Gruppe von den 16- bis 29jährigen dar. Als Hindernis für diese Personen werden Ausbildung, Alter und finanzielle Abhängigkeiten definiert.

Es überrascht wenig, dass Studis, die da leben, eine ganz andere Verbundenheit zu unserer Stadt aufbauen können, sie auch anders schätzen lernen und auch öfters auch nach dem Studium hier hängen bleiben. Nebenbei konsumieren sie auch und unterstützen somit das lokale Gewerbe. Und auch nach dem Abschluss des Studiums sollten sie ja dank ihrer guten Ausbildung attraktive Steuerzahler werden, was ja ganz im Sinn unserer Stadt ist.

In den letzten Jahren sind die Angebote, wir konnten es lesen, erweitert worden, es gibt rund 500 Studentenzimmer, was wir sehr begrüßen. Aber man muss auch ganz klar sagen, dass nicht alle Studis in möblierten Zimmern mit wild zusammengewürfelten Gspänli zusammenleben wollen.

Eine tolle Weiterentwicklung bietet sicher ein Projekt von Pro Senectute, das generationenübergreifende Wohnpartnerschaften vermittelt. So stellen ältere Menschen Studenten ungenutzten Wohnraum zur Verfügung und erhalten als Gegenleistung Unterstützung im Alltag. Mit diesem Ansatz werden gleich mehrere Pluspunkte erreicht: Nutzbarmachung von brachliegendem Wohnraum, Vermeidung von Isolation, Kostenreduktion für die Studis und die Förderung eines intergenerativen Austausches.

Für alle diejenigen, die aber einfach alleine oder mit Kollegen in einer Wohnung wohnen wollen, ist es unumgänglich, dass es einfach genügend bezahlbare Wohnungen, v.a. auch kleine Wohnungen, gibt.

Wir fordern den Stadtrat auf, sich aktiv für dieses Anliegen einzusetzen, sei das bei seinen eigenen Liegenschaften oder auch in Zusammenarbeit mit Partnern. Ein Überangebot von bezahlbarem Wohnraum und damit verbundene Leerstände erachte ich doch als sehr unwahrscheinlich, mit diesen Problemen kämpft definitiv doch eher das Luxussegment.

S. Kocher (GLP): Die Grünliberalen haben positiv zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat erkannt hat, dass die grossen Pendlerströme ein Problem darstellen. Die GLP hat schon mit ihrer Initiative «Schaffe und Wohne z'Winterthur» auf diese Problem hingewiesen. Dass eben auch Studieren und Wohnen in Winterthur dazu beitragen, das versteht sich von alleine. Mit grossem Interesse warten wir auf die angekündigten konkreten Massnahmen und entsprechend nehmen wir die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

M. Sorgo (SP): Kurz die Stellungnahme der SP-Fraktion: Wir danken dem Stadtrat auch für die Beantwortung. Als jetzt ehemalige Studentin der ZHAW, aber bis am 31.7. dieses Jahres immatrikuliert - allerdings habe ich in Zürich studiert und von daher auch zu diesen Pendlerströmen beigetragen, die da mehrmals auch zu Recht beklagt wurden – aber ich arbeite jetzt in Winterthur und von daher ist das Ziel der GLP auch wieder ein bisschen mehr erreicht. Aber das nur als Nebensatz.

Es ist sicher so: Wir hatten in meinem Studiengang viele ältere Studierende. Gewisse davon hatten Familie, für die war es klar, dass sie nicht umziehen. Aber es hatte doch verschiedene Kolleginnen und Kollegen von mir, die am Anfang irgendwo in Bern oder noch weiter weg wohnten, die einen langen Anreiseweg hatten und auch im hohen Alter von 35 oder sogar darüber dann irgendwann fanden, sie ziehen in die Nähe und zogen dann Richtung Zürich/Winterthur. Irgendwo, wo sie auch eine Wohnung fanden. Es ist in Zürich das gleiche Problem wie in Winterthur, günstiger Wohnraum ist rar. Und wenn man studiert, dann ist man darauf angewiesen, dass die Wohnkosten nicht allzu hoch sind.

Das ist auch in Winterthur ein grosses Problem. Ein aktuelles Beispiel ist da auch die Villa Wolfer, die gerade im Landboten ausgeschrieben war. Der Kanton will diese jetzt verkaufen, das habe ich persönlich auch mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Da kann die Stadt an sich nicht direkt etwas dafür, dennoch hätten wir es sehr begrüsst oder würden es sehr begrüßen, wenn da alles unternommen wird, damit dort eine Möglichkeit für günstigen Wohnraum weitergeführt werden könnte.

In dem Sinne danken wir dem Stadtrat für die Antwort und sind gespannt, wie es weitergeht in dieser Sache.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Winterthur ist seit jeher eine wichtige Ausbildungsstätte für jegliche Berufsbildung (Ausweitung vom Technikum, Studienrichtungen wurden ausgebaut). Es ist klar, dass die Anzahl Studierende mehr Kapazitäten braucht für Wohnraum und ÖV, das liegt ja auf der Hand. Der ÖV wird ausgebaut, da sind wir auf einem guten Weg. Und wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass der Stadtrat auch bezüglich Wohnraum am Ball bleibt, aber auch, dass sich die Studierenden auch weitgehend selber organisieren.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich wäre interessiert an den Zahlen, die genannt wurden, denn ich mache schlichtweg andere Erfahrungen. Ich halte ab und zu bei Semestereröffnung das Grusswort und begrüsse die Studierenden dieser Lehrgänge in unserer Stadt. Ich mache dann immer eine Umfrage: Ich frage immer, wer wohnt in der Stadt Winterthur und wer will in der Stadt Winterthur wohnen? Und da bekomme ich ein völlig anderes Bild, als Ihr das jetzt erzählt habt. Dort bilden sich die 7% wirklich ab. Die Leute, die im Volleyballclub Frauenfeld oder im Fussballclub Hinterdorf oder was auch immer spielen, die wollen in diesem Umfeld bleiben. Diese wollen nicht weg von ihrem sozialen Umfeld, aber sie kommen in unsere Stadt studieren. Diese fahren mit dem Zug hierhin und fahren am Abend wieder zurück.

Ich stelle eine massive Entkrampfung fest, wenn ich es vergleiche mit noch vor einigen Jahren, als wir wirklich bei den Studentenwohnungen ein Manko hatten. Aber mittlerweile hat sich da einiges bewegt. Auch wir als Stadt haben am Obertor Studentenwohnungen zur Verfügung gestellt. Wir haben Mark Würth beim SWOWI dabei, der dafür sorgt, dass solche Angebote geschaffen werden. Wir haben Private, die Angebote schaffen. Man hat dann manchmal auch das Gefühl, man könne die BZO aushebeln, wenn man zu uns kommt und sagt, man möchte gerne Wohnen. Dann sagen wir, aber da ist die BZO, da kann man nicht Wohnen machen. Ja, aber Studentenwohnungen, das ist doch etwas Beliebtbes?

Ich denke, es ist ein Thema. Wir konnten in den letzten Jahren Druck abbauen. Ich nehme es nicht so gross wahr, wie Ihr das geschildert habt, deshalb wäre ich sehr froh, wenn ich diese Zahlen erhalten würde.

Jawohl, die Studenten sind für uns wichtig. Sie sind auch ein Mehrwert für die Stadt Winterthur, weil der Kanton investiert. Er investiert für die Studierenden hier, auf dem Platz Winterthur. Das ist enorm wichtig. Wir müssen immer wieder die Frage beantworten, weshalb uns die Studierenden so wichtig sind. Die zahlen ja eigentlich keine Steuern? Aber wir verweisen regelmässig darauf, dass die Studierenden, die hier an der ZHAW ausgebildet werden, später einmal Führungspositionen haben. Und Leute, die in Führungspositionen sind, sei das in nationalen oder auch in ausländischen Unternehmungen, die kommen früher oder später einmal an Evaluationen von Standorten. Vor noch 20 Jahren schafften wir es nicht einmal auf eine 20er-Liste bei solchen Evaluationen. Mittlerweile hat sich das ein bisschen geändert. Das ist eigentlich unser Langfristziel.

Es wurde gesagt oder angetönt: Die Studierenden, die jetzt hier sind, die jetzt unsere Infrastruktur nutzen, die auch unser Stadtbild bereichern (das muss ich sagen, das macht einen viel jugendlicheren Anschein und peppt die Stadt ein bisschen auf), diese Studierenden kommen wieder zurück in unsere Stadt, wenn sie mit einer Unternehmung kommen oder später mit der Familie, weil sie unsere Stadt gern bekommen. Und an dem arbeiten wir.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre auch diese Interpellation abgeschrieben.

Ich danke allen ganz herzlich, die sich wirklich bemüht haben, kurze Voten zu bringen. Wir haben den Durchschnitt der Interpellationen ein bisschen reduziert, ich kam einmal auf einen guten Durchschnitt von 15 Minuten. Jetzt sind wir schon auf knapp 14 Minuten. Wenn wir so weiter machen, kommt es gut. 10 Minuten müssten es am Schluss sein.

Besten Dank für die Bemühungen und ich wünsche einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)